

228

**Gespräch des Bundeskanzlers Brandt
mit Staatspräsident Pompidou****Z A 5-63.A/71 geheim****5. Juli 1971¹**

Am 5. und 6. Juli 1971 führte der Herr Bundeskanzler mit dem Präsidenten der Französischen Republik, Herrn Georges Pompidou, drei Gespräche unter vier Augen.

Erstes Gespräch, 5. Juli, 11.15 Uhr, an Bord MS Loreley.²

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte zunächst an das Treffen vom Januar 1971³, bei dem Präsident Pompidou dargelegt habe, was im Laufe des Jahres 1971 alles geschehen könne. Seine Vorhersage, Großbritannien werde der Gemeinschaft beitreten, habe sich als richtig erwiesen; der Herr Bundeskanzler wolle Präsident Pompidou zu dem entscheidenden Beitrag gratulieren, den das Gespräch Pompidou–Heath⁴ dazu erbracht habe. Über weitere Vorhersagen – mögliche Berlin-Regelung mit den sich daraus ergebenden Folgen für die Ostverträge der Bundesregierung (der Bundeskanzler halte nach wie vor für möglich, daß die Regelung noch 1971 gefunden werde), Fortschritte in der Lösung der Nahost-Krise – wolle man noch sprechen. Für die Gesprächsführung schlage er vor, im Laufe des Vormittags Europafragen, einschließlich der schwierigen Währungsprobleme, am Nachmittag sodann Fragen des Ost-West-Verhältnisses zu besprechen.

Vorweg könne er zu seiner eigenen Freude sagen, daß eine bilaterale Frage, nämlich die des Unterrichts der französischen Sprache in der BRD, eine günstige Wendung genommen habe. Mit Zustimmung aller Ministerpräsidenten der Länder werde das Hamburger Abkommen so geändert, daß als erste Fremdsprache künftig auch Französisch gelehrt werden könne.⁵

Präsident *Pompidou* dankte dem Herrn Bundeskanzler für diese Mitteilung. Die Änderung des Hamburger Abkommens beseitige eine Benachteiligung der französischen Sprache. Er dankte dem Herrn Bundeskanzler in besonderer Weise für dessen persönliche Bemühungen in dieser Angelegenheit. Mit der vorgeschlagenen Gesprächsführung sei er einverstanden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte zu der Sprachenfrage noch, er wolle das Ergebnis in der morgigen Plenarsitzung⁶ vortragen. Falls Präsident Pompidou ein-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Merten am 8. Juli 1971 gefertigt.

² Für das zweite und dritte Gespräch vgl. Dok. 229 und Dok. 232.

³ Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Pompidou am 25/26. Januar 1971 in Paris; Dok. 27 und Dok. 31 und Dok. 32.

⁴ Zum Besuch des Premierministers Heath vom 19. bis 21. Mai 1971 in Paris vgl. Dok. 186.

⁵ Zur Änderung des Paragraphen 13 des Abkommens vom 28. Oktober 1964 zwischen der Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens („Hamburger Abkommen“) vgl. Dok. 194, Anm. 13.

⁶ Am 6. Juli 1971 fand im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen eine Plenarsitzung beider Delegationen statt. Für das Protokoll vgl. VS-Bd. 9790 (I A 1).

verstanden sei, könnte Ministerpräsident Filbinger dann anwesend sein; dieser solle die Frage mit dem französischen Erziehungsminister⁷ weiterverhandeln.

Was Europa anbelange, bitte er den Präsidenten, aus dessen Sicht zu sagen, wo man zur Zeit stehe und worauf man sich in erster Linie nunmehr konzentrieren solle.

Präsident *Pompidou* erwiderte, seines Erachtens solle man etwas über den Beitritt Englands sagen, sodann die derzeitig aktuellen Schwierigkeiten, nämlich die Währungsfragen ansprechen, dann erst von der Zukunft reden.

Zu Großbritannien: Der Herr Bundeskanzler habe ihm geschrieben, er wünsche, daß es zu einem Gespräch Pompidou–Heath komme.⁸ Ähnliche Wünsche hätten die Herren Colombo und Luns geäußert. Er (Pompidou) sei natürlich zu einem solchen Gespräch bereit gewesen, freilich habe er abwarten wollen, bis die Gewißheit eines positiven Verlaufs gegeben war. Ein Scheitern habe er vermeiden wollen.

Das Gespräch habe ergeben, daß Heath Großbritannien ohne Hintergedanken Europa zuwenden wolle. Einen Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt des Gesprächs und der Affäre der Mark⁹ gebe es nicht. Die wesentlichen Ergebnisse habe Heath im Unterhaus vorgetragen.¹⁰ Der längere Teil des Gesprächs sei den Fragen der Rolle des Pfunds und der britischen Zahlungsbilanz gewidmet gewesen. Heath habe dazu gesagt, das Pfund müsse den gleichen Status wie alle anderen Währungen in Europa haben, müsse also seine Rolle als Reservewährung verlieren. In der Frage der Bilanz glaube er, daß man zu Heath Vertrauen haben könne; es sei nicht erforderlich, auf die Vorlage von Zahlenmaterial zu dringen.

Sei Großbritannien erst einmal Mitglied des Gemeinsamen Marktes, laufe alles schneller. Man müsse die dann einsetzende Entwicklung in der Perspektive der Finalität, nämlich der politischen Finalität Europas sehen. Großbritannien müsse dann eine Mutation seiner traditionellen Politik vornehmen, d. h., präferentielle Bindungen zu Europa suchen, an Stelle seiner alten Bindungen zum Commonwealth und zu den USA.

Es seien auch Verteidigungsprobleme erörtert worden. Allerdings wolle man diesen nicht wieder wie 1963 in Rambouillet¹¹ Vorrang beimessen; die Folge sei Nassau/Bahamas (Polaris-Raketen) gewesen.¹² Großbritannien sei nunmehr

⁷ Olivier Guichard.

⁸ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Brandt an Staatspräsident Pompidou vom 6. April 1971 vgl. Dok. 125.

⁹ Zu den währungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung vom 9./10. Mai 1971 vgl. Dok. 157, Anm. 6, und Dok. 167, Anm. 15.

¹⁰ Für den Wortlaut der Ausführungen von Premierminister Heath am 24. Mai 1971 im Unterhaus vgl. HANSARD, Bd. 818, Sp. 31–47. Für einen Auszug vgl. Dok. 186, Anm. 14.

¹¹ Premierministers Macmillan hielt sich am 15./16. Dezember 1962 zu Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet auf. Vgl. dazu MACMILLAN, *End of the Day*, S. 345–355. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. LE MONDE vom 18. Dezember 1962, S. 2. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 30.

¹² Vom 18. bis 21. Dezember 1962 trafen in Nassau (Bahamas) Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan zusammen. Sie kamen überein, die für den Einsatz in britischen V-Bombern vorgesehene Skybolt-Rakete nicht weiterzuentwickeln. Stattdessen sollte Großbritannien amerikanische Polaris-Raketen zur Ausrüstung von U-Booten erhalten. Für den Wortlaut des Communiqués und der gemeinsamen Erklärung von Kennedy und Macmillan („Nassau-Abkommen“) vom 21. De-

durch Verträge an die USA gebunden, und weder könne noch wolle es sich¹³ aus diesen Verträgen lösen. Er und Heath seien jedoch der Auffassung gewesen, daß der Tag komme, an dem dieses Problem – einschließlich der Verträge mit den USA – sich stellen werde. Zur Zeit sei die Frage der Verteidigung vertagt.

Im Anschluß an sein Gespräch mit Heath habe er dann der französischen Delegation die Weisung gegeben, gemeinsam mit dem Partner die Lösung der technischen Probleme ohne Pfennigfucherei zu betreiben. Die Sechs hätten gewiß ein Interesse daran, daß der Beitrag, den Großbritannien zu Beginn leisten müsse, nicht zu niedrig liege.¹⁴ Andererseits wolle man Großbritannien nicht in parlamentarische Schwierigkeiten, z.B. in der Butterfrage¹⁵, bringen. Natürlich werde der Beitritt Probleme und Änderungen mit sich bringen, die man sehen müsse. Habe man jedoch Vertrauen zu sich selbst und zur Regierung Heath, werde man Lösungen für die Schwierigkeiten finden, die sich zwangsläufig alle drei oder sechs Monate einstellen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, es könne als sicher gelten, daß trotz andauernden Streits um die Frage des Beitritts, die Regierung Heath zwar keine überwältigende, aber eine sichere Mehrheit finden werde. Im übrigen sei es britische Tradition, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich auf den Boden einer einmal getroffenen parlamentarischen Entscheidung stelle. Er sei ebenfalls – wie auch Präsident Pompidou – sich dessen gewiß, daß Heath und seine Regierung nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Bindungen mit uns suche. Sicher würden die Engländer ihre eigene Denkweise in die Gemeinschaft einbringen; dies werde uns aber nicht zurückwerfen. Die Orientierung zu einem Europa, das – ohne Feindseligkeit gegen irgend jemand – sich selbst darstelle, werde von Heath getragen.

Der Beitritt Großbritanniens werfe vier Fragen auf:

1) Wie kommen wir mit den drei anderen beitrittswilligen Ländern¹⁶ zu Rande? Es gebe ein sehr ausgeprägtes, aus der Struktur des Landes gewachsenes Problem Norwegens, das aber lösbar sei. Was könne man hinsichtlich der anderen EFTA-Länder¹⁷ tun? Eine einheitliche Lösung sei schwer, man habe aber kein Interesse, durch den Wegfall der EFTA neue Barrieren zu schaffen.

2) Wie soll sich das weitere Verhältnis zu den USA gestalten? Ein Vergleich der Eindrücke aus der Reise, die er vor vier Wochen nach den USA gemacht habe¹⁸, mit denen aus der Reise, die vor 14 Monaten stattfand¹⁹, erbringe Erstaunliches. Auch damals habe man über das Verhältnis zwischen der Gemeinschaft und den USA gesprochen; die Frage sei aber mehr auf theoretisches Inter-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1052

zember 1962 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 48 (1963), S. 43–45; Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 30–32.

¹³ Korrigiert aus: „wolle sich“.

¹⁴ Zur Regelung der Übergangsmaßnahmen im Finanzbereich vgl. Dok. 218, besonders Anm. 6.

¹⁵ Zur Regelung der Einfuhr von Milcherzeugnissen aus Neuseeland vgl. Dok. 218, besonders Anm. 5.

¹⁶ Zum Stand der Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Dänemark, Irland und Norwegen vgl. Dok. 218, Anm. 8.

¹⁷ Island, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz. Finnland war seit 1961 assoziiertes Mitglied.

¹⁸ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 14. bis 18. Juni 1971 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 208.

¹⁹ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 4. bis 11. April 1970 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 151, Dok. 153 und Dok. 156.

esse gestoßen. Heute sei dies ganz anders: manche hätten sich davon überzeugt, daß die Europäer nicht nur die Erweiterung, sondern auch Ausbau und Vertiefung der Gemeinschaft ernsthafter betreiben.

Er denke – wie auch der Präsident – daß man hinsichtlich der eigenen Autonomie wachsam bleiben müsse, aber weiterhin ein freundschaftliches Verhältnis zu den USA wahren solle. Freilich könnten aus Freundschaft auch Schwierigkeiten erwachsen. Die Amerikaner sähen dies ein – oder müßten dies noch lernen. Auf Klagen habe er gesagt, daß die Steigerung des Handels der USA seit 1958 mit der Gemeinschaft größer war, als mit jedem anderen Teil der Welt. Er wisse nicht, ob das Instrumentarium der Kommission schon ausreiche, um bestimmte Konsequenzen zu vermeiden. Darüber sollte man einmal auf hoher Ebene sprechen.

3) Fragen der politischen Zusammenarbeit und Struktur Europas: Was die politische, also die außenpolitische Zusammenarbeit anbelange, sei es, angesichts der jahrelangen Stagnation, erstaunlich festzustellen, welche Fortschritte in den letzten sechs Monaten zu einigen wichtigen Themen gemacht wurden. Man müsse diese Zusammenarbeit in der Weise ermutigen, daß nicht nur – wie er dies als Außenminister noch habe tun müssen – Berichte verfaßt würden; vielmehr sollten die Mitarbeiter dazu angehalten werden, Probleme abzustecken, zu prüfen, wo eine gemeinsame Haltung zu bestimmten Fragen erarbeitet werden könne. Diese Arbeit müsse noch der nationalen Methodik der Regierungsarbeit angepaßt werden. Sodann stelle sich die Frage, wann man wichtige Partner, wie z.B. die USA, in das, was die Sechs oder die Zehn tun, einbeziehen oder ihnen davon Kenntnis geben wolle.

Zur Struktur: Der Präsident habe ihm im Januar bei einer Pressekonferenz darüber gesagt – wobei sich die Frage stelle, wie er dies heute sehe –, man solle dieses Thema erst nach dem Beitritt Großbritanniens erörtern.

Der Bundeskanzler glaube, ohne dazu festgefügte Auffassungen zu haben, daß man weiterhin versuchen solle, zu so etwas wie einer europäischen Regierung zu kommen. Konkret bedeute dies, daß der Ministerrat der Gemeinschaft effizienter werden müsse; die Erweiterung werde dieses Problem noch aktualisieren. Des weiteren müsse man darauf achten, daß die Kommission eine gute Zusammensetzung behalte, obwohl in den kommenden Jahren der Ministerrat noch das kompetente Organ der Gemeinschaft bleibe.

4) Zur militärischen Seite (Verteidigung): Er sei, wie der Präsident, der Auffassung, es sei sinnlos, die Dinge zu forcieren. Wenn aber die Gemeinschaft wachse und über die wirtschaftliche Zusammenarbeit hinaus auch die politische schaffe, liege es in der Logik der Dinge, daß es dann auch zu einem engeren Zusammenrücken auf dem Gebiet der Verteidigung kommen müsse.

Leider sei die Ausgangslage beider Länder in der Praxis unterschiedlich. Dennoch müsse man weiterkommen. Bekanntlich gehöre die Bundeswehr zum integrierten Teil der NATO, und man bemühe sich – in lockerer Form –, die europäischen Partner zusammenzufassen.

Er wisse, daß Frankreich seine grundsätzliche Stellung nicht aufgeben; dennoch sollte Frankreich ein Interesse daran haben, sich auch mit den integrierten europäischen Partnern zu beraten, über die bilateralen deutsch-französischen

Kontakte, die man pflegen werde, hinaus. Deutscherseits habe man in der „Eurogroup“ initiativ mit daran gewirkt, eine – erforderliche – gemeinsame europäische Position in der NATO zu entwickeln.

Präsident *Pompidou* erwiderte, was die anderen beitrittswilligen Länder anbelange, habe der Herr Bundeskanzler auf das spezifische Problem Norwegens hingewiesen. Der Herr Bundeskanzler kenne Norwegen besser als er selbst; im übrigen habe die Bundesrepublik mehr – auch wirtschaftliche – Beziehungen zu Norwegen als Frankreich.

Aus der Distanz gesehen, hätte er es für besser gehalten, daß Norwegen sich eine Position wie etwa Schweden verschaffe. Wenn es jedoch beitreten wolle, werde man dies nicht ablehnen. Das norwegische Fischfangproblem stelle sich auch wesentlich im Verhältnis Norwegens zu Großbritannien.

Was die nicht beitrittswilligen EFTA-Länder anbelange, sei klar, daß man nicht zurückgehen könne: Es dürfe nicht zu neuen Barrieren zwischen den EFTA-Ländern und den vier beitrittswilligen kommen.

Eines aber müsse klar sein: Das Problem der Barriere sei eine Sache, die Erweiterung der Gemeinschaft eine andere. Schwierige, möglicherweise differenzierte Lösungen – Schwedens Probleme etwa seien nicht mit den Problemen der Schweiz identisch – müßten gefunden werden. Dabei müsse man Vorsicht walten lassen. Aus einem Gespräch mit dem schwedischen Botschafter²⁰ habe er den Eindruck gewonnen, daß Schweden sich an den Institutionen der Gemeinschaft beteiligen wolle, ohne Mitglied zu sein. Dies gehe freilich nicht, Europa könne schließlich nicht zu einer Art Sammeltopf werden, irgendwo müsse eine Grenze gezogen werden.

Hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA sei klar, daß die Amerikaner bis jetzt nicht viel Aufmerksamkeit darauf verwendet hätten. Nunmehr rücke ihnen diese Frage näher, beunruhige sie. Sie würden – so oder so – versuchen, Handelsvorteile von der Gemeinschaft zu erlangen. Vor 18 Monaten habe er mit Präsident Nixon gesprochen²¹, der ihm gesagt habe, er (Nixon) kenne die sich ergebenden Schwierigkeiten, wisse aber auch, daß Europa seine Probleme lösen müsse. Er (Pompidou) habe ferner dargelegt, Europa verhalte sich weit weniger protektionistisch als die USA. Nach dem Beitritt Großbritanniens könne man prüfen, ob der Zeitpunkt für eine zweite „Kennedy-Runde“²² gekommen sei; dabei habe man es aber nicht eilig.

Was die Frage der Struktur anbelange, sei er für die Fortentwicklung der politischen Zusammenarbeit. Hinsichtlich der Frage, von wann ab Großbritannien zu beteiligen sei, glaube er, daß dies nicht möglich erscheine, solange der Vertrag nicht unterzeichnet sei. Schließlich sei es auch fast indiskret, einer Ent-

²⁰ Gunnar Hägglöf.

²¹ Staatspräsident Pompidou hielt sich vom 23. Februar bis 3. März 1970 in den USA auf.

²² Die als Kennedy-Runde bezeichnete Verhandlungsserie im Rahmen des GATT hatte das Ziel, durch umfangreiche Zollsenkungen eine Liberalisierung des Welthandels herbeizuführen. Die Verhandlungen der GATT-Vertragsparteien begannen am 4. Mai 1964 und wurden mit der Unterzeichnung der Schlußakte am 30. Juni 1967 abgeschlossen. Für den Wortlaut vgl. GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE. BASIC INSTRUMENTS AND SELECTED DOCUMENTS. Fifteenth Supplement. Protocols, Decisions, Reports 1966-1967 and Twenty-fourth Session, Genf 1968, S. 4–35.

Zum Abschluß der Kennedy-Runde vgl. auch AAPD 1967, II, Dok. 170.

scheidung des britischen Parlaments²³ vorzugreifen – was Heath auch hinderlich wäre. Wichtige politische Fragen könnten zwar mit Großbritannien erörtert werden, mit den anderen Kandidaten sei dies schwieriger. Irland gehöre nicht zur Allianz; Diskussionen zu zehnt seien immer schwierig. Für die politische Zusammenarbeit solle man keine Institutionen schaffen – er liebe Institutionen ohnehin nicht –, sondern eine Art „Formalismus“ für den Ablauf der Konsultationen.

Der Herr Bundeskanzler habe dies mit den Institutionen der Gemeinschaft verquickt. Nun müsse man bei allem Ehrgeiz – den man gemeinsam habe – praktisch bleiben. Er habe nichts gegen die Rolle der Kommission, die in zweifacher Hinsicht wichtig sei: Sie habe Vorschläge zu erarbeiten und stimulierend zu wirken, ferner habe sie eine permanente Rolle in der Durchführung von Beschlüssen.

Man müsse aber aufpassen, daß nicht der Eindruck entstehe, wir seien in der politischen Planung so weit, daß bei der Kommission das Gefühl aufkomme, sie werde übergangen, wodurch sie sich dann ständig bemüßigt fühle zu intervenieren.

Er erinnere an die unglücklichen Vorkommnisse mit dem Europäischen Sozialfonds.²⁴ Es gebe einen solchen Fonds; was dort geschehe, habe aber mehr regionale oder lokale Bedeutung, nationale Auswirkungen könne er nicht sehen. Man solle sich in jedem Falle davor hüten, nach Art kleinerer Verwaltungen (*petites administrations*) Planstellenbesorgung zu betreiben.

Die Aufnahme von Europaministern in die Regierungen²⁵ werfe für alle Beteiligten interne Fragen auf wie die der Ausgewogenheit der Aufgabenverteilung zwischen Europaministern und Außenministern. Seines Erachtens sei es besser, solche Fragen erst nach dem Beitritt Großbritanniens zu prüfen, auf jeden Fall aber solle man sich im nächsten Jahr mit diesen Fragen befassen. Dabei halte er auch den Gedanken, die Ständigen Vertreter in die Regierung aufzunehmen, zunächst für keinen schlechten Gedanken. Ende 1972 oder 1973 sollten sich alle Beteiligten treffen, um über diese Probleme zu sprechen.

Was die Verteidigungsfragen anbelange, habe man gleiche Interessen, aber verschiedene Ausgangslagen. Die amerikanische Unterstützung sei gewiß unerlässlich, andererseits müsse man der Tatsache ins Auge sehen, daß die Verteidigung Europas von einer Entscheidung des amerikanischen Präsidenten abhängig sei. Dies sei zugleich ärgerlich und traurig. Man stehe halt inmitten

²³ Das britische Parlament stimmte am 28. Oktober 1971 über den Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften ab. Vgl. dazu Dok. 379.

²⁴ Seit 1965 bemühte sich die EG-Kommission um eine Reform des Europäischen Sozialfonds (ESF) nach Artikel 126 b des EWG-Vertrags vom 25. März 1957. Dazu unterbreitete sie am 11. Juni 1969 Vorschläge mit dem Ziel, den ESF zu einem wirksamen Instrument der gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik zu machen. Am 27. Juli 1970 einigte sich der EG-Ministerrat grundsätzlich über die Reform. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9-10/1970, S. 32–34.

Am 1. Februar 1971 verabschiedete der EG-Ministerrat in Brüssel die Reform des ESF. Danach konnte der Fonds auf Beschluß des Rats und auf Vorschlag der Kommission tätig werden, um Gefährdungen der Beschäftigungslage in der Folge von Maßnahmen der Gemeinschaftspolitik zu begegnen (Artikel 4) bzw. sich indirekt aus dem Funktionieren des Gemeinsamen Marktes ergebende Auswirkungen auf bestimmte Wirtschaftszweige oder Unternehmen auszugleichen (Artikel 5). Für den Beschluß vgl. Referat I A 2, Bd. 1734.

²⁵ Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Pompidou vom 21. Januar 1971 vgl. Dok. 111, Anm. 3.

zweier Fakten: Das Bündnis sei unerlässlich, die Entscheidungen fielen jedoch außerhalb Europas. Deshalb plädiere er dafür, daß die Europäer sich mehr Gewicht gäben. Die Bundesrepublik sei nach Osten stärker exponiert als Frankreich; Frankreich komme im Falle des Falles erst 48 Stunden später dran, daher messe er dem zweiten Aspekt, den er erwähnt habe, mehr Gewicht bei. Er glaube auch, daß bei einer vollständigen Integration das Risiko gegeben sei, daß die Sowjets und die Amerikaner sich dahingehend verständigen, uns alle zu neutralisieren. Frankreich sei dem Bündnis sehr treu geblieben, habe aber seine Originalität wahren wollen. Dies sei keine Eitelkeit, sondern Ausdruck der eigenen Freiheit und des Willens, sich gegenüber den USA darzustellen. Daß Frankreich aus der Integration der NATO ausgeschieden sei²⁶, nicht jedoch aus der Allianz, verpflichte im übrigen die USA auch dazu, stärker auf europäische Belange zu achten.

Der Herr *Bundeskanzler* ging noch einmal auf die politischen Konsultationen ein. Seines Erachtens sollten dabei zwei Themen nicht zu kurz kommen. Es handle sich um zwei Fragen, über die die Außenminister möglicherweise auch sprechen sollten. Es handle sich einmal darum, daß man gemeinsam versuche, eine ungünstige Entwicklung der Lage in Malta²⁷ zu verhindern. Diese Frage sei zwar nicht für den Tag gestellt, aber von größter Bedeutung. Man müsse prüfen, wie sich die Lage in Jugoslawien gestalten werde, wenn Tito nicht mehr die Regierungsverantwortung trage. Es sei damit zu rechnen, daß die Sowjetunion versuche, das Land wieder in die Hand zu bekommen. Diese Frage müsse man mit der Gesamtproblematik der Lage im Mittelmeer untersuchen.

Hinsichtlich der Gemeinschaftsorgane glaube er, daß man sich darüber einig sei, daß, wie die Erfahrungen lehren, die Arbeit des Ministerrates schon zu sechst nicht gerade von exemplarischer Effizienz gewesen sei. Die Außenminister seien halt überlastet. Zu zehnt werde dieses Problem noch schwieriger. Gerade wegen der zentralen Rolle, die der Ministerrat zu spielen habe, müsse man versuchen, seine Arbeit effizienter zu gestalten. Er habe sowohl über die Möglichkeit des Einbaus von Europaministern als auch die Aufnahme der Ständigen Vertreter in die nationalen Regierungen nachgedacht. Nach dem deutschen Denkmodell sollten Europaminister koordinierende Funktionen ausüben, jedoch keinen eigenen Verwaltungsapparat an die Hand bekommen. Man sei bereit, weiterhin über diese Fragen nachzudenken und würde deutsch-französische Kontakte dazu begrüßen.

Über die Rolle der USA in Europa werde man noch sprechen müssen, wenn die Fragen einer europäischen Konferenz und der Truppenreduzierung an die Reihe kämen. Er könne dazu jedoch jetzt schon folgendes sagen: In Washington habe er sehr deutlich gemacht, daß die Sicherheit Europas kein alleiniges bilaterales Verhandlungsthema für die Supermächte sein könne. Wie er glaube, habe Präsident Nixon dies eingesehen. Allerdings hieße es, sich Illusionen hingeben, wollte man glauben, daß es nicht auch andere Einflüsse in Washington gebe. Es sei klar, daß man bestimmte Fragen nicht im Rahmen eines verkleinerten Völkerbundes verhandeln könne. Man müsse sich auf eine Formel eini-

²⁶ Frankreich schied zum 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

²⁷ Zur von Malta angestrebten Neuregelung der künftigen Stationierung britischer und NATO-Truppen auf Malta vgl. Dok. 255.

gen, nach der die Supermächte mit einigen anderen Ländern gemeinsam verhandelten, wobei diese Länder europäische Länder sein müßten.

Er glaube, wenn der Erweiterungsvorgang hinter uns liege, sei der Zeitpunkt gekommen, die im Haag beschlossenen Bemühungen um den Ausbau und die Vertiefung²⁸ in der dann erweiterten Gemeinschaft fortzuführen. Er bitte daher den Präsidenten, über einen geeigneten Zeitpunkt im nächsten Jahre nachzudenken, an dem man eine Konferenz der zehn Regierungschefs abhalten könne.²⁹ Dabei wäre dann zu prüfen, was von den im Haag geäußerten Absichten übrig bleibe und welche Richtlinien man für die kommenden Jahre geben solle. Dies sei keine Frage, die jetzt schon in der Öffentlichkeit erörtert werden solle, man müsse sie aber im Auge behalten.

Präsident *Pompidou* erwiderte, daß die letzte Anregung des Herrn Bundeskanzlers gewissermaßen schon halböffentlichen Charakter habe, denn er habe darüber bereits Veröffentlichungen in der Presse gelesen. Er sei aber auch der Auffassung, daß man, wolle man weiterkommen, sich auf höchster Ebene treffen müsse. Die Initiative dazu wolle er gerne ergreifen, und zwar in Absprache mit dem Herrn Bundeskanzler. Vorher aber müsse Großbritannien seine Entscheidung treffen, ferner müsse man das Terrain freilegen. Dies bedeute, daß bestehende Schwierigkeiten wie die auf dem Währungsgebiet beseitigt sein müßten.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, dies sei wohl der Zeitpunkt, über die Währungsfragen zu sprechen. Er wolle dazu ausführen, daß es ihm zunächst leid täte, wenn Präsident Pompidou über den Ablauf der Ministerratssitzung vom Mai³⁰ zu sehr überrascht gewesen sei. Er selbst habe unter dem Eindruck gestanden, daß schon im Verlauf der Finanzministerkonferenz in Hamburg³¹, die zwei Wochen vor der Ministerratskonferenz stattgefunden habe, in präziser Weise klar geworden sei, daß die Bundesregierung etwas tun müsse, wenn man sich nicht auf gemeinsame Beschlüsse einigen könnte. Er gebe zu, daß einige bei uns die Sache nicht gut gespielt hätten, Ende April habe man aber handeln müssen. Zu diesem Zeitpunkt habe man bereits 30 Mio. an Liquidität stillgelegt. Als Anfang Mai 40 Mio. fremder Liquidität ins Land kamen, sei die

²⁸ Am 1./2. Dezember 1969 fand in Den Haag eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 385.

²⁹ Diesen Vorschlag äußerte Bundeskanzler Brandt bereits am 2. Juli 1971 gegenüber dem französischen Regierungssprecher Hamon. Brandt führte aus: „Im kommenden Jahr, jedenfalls vor dem 1.1.73, sollten die Regierungschefs der erweiterten Gemeinschaft erneut zu einer Konferenz – entweder zu siebt, dann nach der Entscheidung des britischen Unterhauses, oder etwas später zu zehnt – zusammentreffen; die Initiative komme dem französischen Regierungschef zu. Der Ausgangspunkt dieser Konferenz wäre derselbe wie bei der Haager Konferenz, Themen wären der dann erreichte Entwicklungsstand in der Wirtschafts- und Währungsunion sowie in der politischen Zusammenarbeit.“ Weiter schlug Brandt vor, das Europäische Parlament stärker einzubeziehen, „indem die Regierungschefs sich vor oder nach ihren Treffen jeweils mit ihren die anstehenden Fragen bearbeitenden Parlamentariern beraten und deren Anregungen entgegennehmen. [...] Auf diese Weise könne vielleicht die bestehende Unzufriedenheit aufgefangen und die Frage einer Lösung näher gebracht werden, wie das bestehende Europäische Parlament vernünftigerweise stärker herangezogen werden könne.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 36; B 150, Aktenkopien 1971.

³⁰ Zur EG-Ministerratstagung am 8./9. Mai 1971 in Brüssel vgl. Dok. 157, Anm. 6.

³¹ Zur Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der EG-Mitgliedstaaten am 26./27. April 1971 in Hamburg vgl. Dok. 144, Anm. 8.

Lage noch explosiver geworden. Dies aber gehöre zur Vergangenheit. Nunmehr müsse man sich fragen, wo wir jetzt stehen. Zunächst bitte er den Präsidenten, nicht daran zu zweifeln, daß die Bundesregierung weiterhin zu den Haager Beschlüssen und unverändert auch zu dem steht, was der Ministerrat über den Ausbau der EWG zu einer Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen habe.³² Er habe sich seinerseits auch darüber gefreut, daß die Finanzminister unserer beiden Länder³³ – leider nicht auch alle anderen – sich darauf geeinigt hätten, daß durch Erarbeitung von Orientierungsdaten für 1972 Harmonisierungsschritte für Löhne, Preise und Budgets erfolgen sollen. Von der Notwendigkeit solcher Schritte müsse man auch die anderen Partner überzeugen, da solche Bemühungen für die Wirtschafts- und Währungsunion unerlässlich seien. Nach der Ministerratssitzung vom Freitag seien die von der Kommission beschlossenen administrativen Maßnahmen zur Lenkung internationaler Kapitalströme³⁴ nicht mehr umstritten.³⁵ Die Bundesregierung sei auch bereit, als eigene administrative Maßnahme die Einrichtung von Bardepots für Nichtbanken zusätzlich zum Verzinsungsverbot für ausländische Geldanlagen selbständig nach der Sommerpause verabschieden zu lassen.³⁶ Wenn er ferner rich-

³² Zur EG-Ministerratstagung am 8./9. Februar 1971 in Brüssel vgl. Dok. 59.

³³ Karl Schiller und Valéry Giscard d'Estaing.

³⁴ Am 23. Juni 1971 legte die EG-Kommission gemäß Ziffer 3 des Beschlusses des EG-Ministerrats vom 9. Mai 1971 den Entwurf einer „Richtlinie zur Steuerung der internationalen Finanzströme und zur Neutralisierung der unerwünschten Wirkungen auf die binnenwirtschaftliche Liquidität“ vor. Danach sollten die EG-Mitgliedstaaten unverzüglich Vorkehrungen ergreifen, damit den Währungsbehörden folgende Instrumente zur Verfügung stehen: „a) Für die effektive Steuerung der internationalen Finanzströme: Vorschriften für Geldmarktanlagen und die Verzinsung der Einlagen von Gebietsfremden; Regulierung der nicht mit Handelsgeschäften oder der Erbringung von Dienstleistungen verbundenen Kreditaufnahme von Gebietsansässigen im Ausland [...]. b) Zur Neutralisierung der als unerwünscht betrachteten Wirkungen, welche die internationalen Finanzströme auf die binnenwirtschaftliche Liquidität ausüben: Regulierung der Nettoauslandsposition der Kreditinstitute; Festsetzung von Mindestreservesätzen, namentlich für Guthaben von Gebietsfremden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1980 des Ministerialrats Kittel, Brüssel (EG), vom 25. Juni 1971; Referat III A 1, Bd. 594.

³⁵ Am 1./2. Juli 1971 erörterten die Wirtschafts- und Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten in Brüssel den Entwurf vom 23. Juni 1971 für eine Richtlinie der EG-Kommission. Die Bundesregierung strebte eine Kombinationslösung an und setzte sich über die in der Richtlinie vorgesehenen administrativen Maßnahmen hinaus dafür ein, im Internationalen Währungsfonds (IWF) gemeinsam eine Erweiterung der Bandbreiten der Wechselkurse anzustreben und diese im Außenverhältnis der EG-Mitgliedstaaten anzuwenden. Im Innenverhältnis sollten gleichzeitig die Bandbreiten entsprechend den Vereinbarungen im Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion vom 8. Oktober 1970 schrittweise verringert werden. Dazu teilte das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen am 2. Juli 1971 mit, daß der Richtlinienentwurf zwar bei allen Delegationen Zustimmung gefunden habe, „der von fünf Delegationen und der Kommission bejahte Zusammenhang zwischen beiden Themen wurde jedoch von französischer Seite nicht anerkannt“. Frankreich habe den Richtlinienentwurf als ausreichend betrachtet: „Nachdem trotz vielfältiger Kompromißbemühungen auch ein vom italienischen Ratspräsidenten vorgelegter Minimalvorschlag zur Bandbreitenfrage [...] nicht die Zustimmung der französischen Delegation fand, erklärte die deutsche Seite ihrerseits, unter diesen Umständen den Richtlinienvorschlag nicht verabschieden zu können. Um jedoch die deutsche Bereitschaft zur Mitarbeit an einer Gemeinschaftslösung erneut unter Beweis zu stellen, erklärte Minister Schiller, daß die Bundesregierung auch ohne Gemeinschaftsrichtlinie im vorgesehenen Sinne handeln und deshalb nach den Parlamentsferien einen Gesetzentwurf zur Einführung der Bardepots einbringen werde.“ Vgl. Referat III A 1, Bd. 594.

³⁶ Am 21. Juli 1971 beschloß das Kabinett, das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Einführung einer Bardepotpflicht für Nichtbanken zu beauftragen. Die Bundesregierung sollte dadurch ermächtigt werden, „vorzuschreiben, daß bei Geld- und Kapitalzuflüssen aus dem Ausland durch solche Gebietsansässige, die nicht der Mindestreser-

tig verstanden habe, was man in Brüssel beraten habe, sei man sich auch darüber einig, daß die Sechs anlässlich der Tagung des Internationalen Währungsfonds im September in Washington mit gemeinsamen Auffassungen auftreten sollten.³⁷ Dann habe man nämlich die Chance – unter der Voraussetzung, daß man ein geeignetes Instrumentarium finden könne –, unsere Position gegenüber dem Dollar selbständig darzustellen und damit auch die Autonomie der Gemeinschaft zu betonen. Über diese vier Fragen sei man sich, wie er glaube, einig.

Für die Vorbereitung der Tagung des Währungsfonds im September bliebe dann noch folgendes: Es sei verabredet worden, daß zur Vorbereitung für die Finanzminister noch einmal der Währungsausschuß³⁸ und der Rat der Gouverneure der Zentralbanken³⁹ tagen sollen. Falls der Herr Präsident dem zustimme, wolle er anregen, daß man vor dem Treffen in Washington auch noch einmal bilaterale Konsultationen im Hinblick auf die Vorbereitung eines gemeinsamen Vorgehens der Sechs abhalten möge. Für den Präsidenten sei dabei die entscheidende Frage, ob er sich mit der Erweiterung der Bandbreiten nach außen und der Verengung der Bandbreiten nach innen befreunden könne oder nicht. Der französische Finanzminister habe diese Formel schon einmal für nicht uninteressant gehalten.⁴⁰ Eine eigentliche Meinungsäußerung aus Paris stehe aber noch aus.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1059

vepfligt unterliegen, ein unverzinsliches Bardepot bei der Deutschen Bundesbank in Höhe eines Vom-Hundert-Satzes der aufgenommenen und prolongierten Mittel zu halten ist. Erfasst würden alle nach einem bestimmten Stichtag im Ausland aufgenommenen Kredite sowie die Ausstattung von Unternehmen, Zweigniederlassungen und Betriebsstätten im Inland mit Finanzmitteln durch Gebietsfremde.“ Dazu wurde in der Kabinettsvorlage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 14. Juli 1971 erläutert: „Durch das Bardepot würden die Kreditaufnahmen der Wirtschaft im Ausland nicht verboten, sondern nur verteuert werden. Betroffen würden vor allem die durch Zinsdifferenzen induzierten Geld- und Kapitalzuflüsse. Spekulativen Zuflüssen, die auf der Erwartung von Wechselkursänderungen beruhen, könnte durch das vorgesehene Bardepot nur sehr begrenzt begegnet werden. Da die Liquiditätszuflüsse über den Bankenapparat durch die der Bundesbank zur Verfügung stehenden Instrumente ausreichend beeinflusst werden können, geht es nur darum, die Aufnahme von Auslandskrediten sowie vergleichbare Transaktionen solcher Gebietsansässiger, die nicht der Mindestreservspflicht unterliegen, in Grenzen zu halten.“ Vgl. Referat III A 1, Bd. 586.

³⁷ Zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 27. September bis 1. Oktober 1971 vgl. Dok. 349, Anm. 3.

³⁸ Der EG-Währungsausschuß beschäftigte sich am 20. Juli 1971 mit der Festlegung einer gemeinsamen Haltung in der Währungsfrage. Am 17. August 1971 erörterte er die währungspolitischen Beschlüsse der amerikanischen Regierung vom 15. August 1971. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9-10/1971, S. 96.

³⁹ Zur Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der Zehnergruppe am 15./16. September 1971 in London vgl. Dok. 276, Anm. 8.

⁴⁰ Mit Schreiben vom 2. Juli 1971 informierte das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen über den Verlauf der EG-Ministerratstagung am 1./2. Juli 1971 in Brüssel: „Die Beratungen haben insgesamt gezeigt, daß der bisher nur von Italien und der Bundesrepublik bejahte Gedanke einer Bandbreitenerweiterung – mit Ausnahme Frankreichs – inzwischen von allen anderen Mitgliedstaaten und der Kommission grundsätzlich befürwortet wird. Hinsichtlich der Größenordnung bestehen allerdings noch Unterschiede (Niederlande, Belgien, Luxemburg und Kommission treten für etwa $\pm 2\%$, Italien und die Bundesrepublik für etwa $\pm 3\%$ ein). Minister Giscard d'Estaing erkannte zwar am Schluß der Diskussion gewisse „technische Vorteile“ einer Bandbreitenerweiterung an; er zeigte sich aber nach wie vor grundsätzlich mißtrauisch gegenüber jeglicher Flexibilisierung des internationalen Währungssystems. Über die Bandbreitenfrage kann jedoch nach seinen Worten erst entschieden werden, wenn Klarheit darüber herrscht, unter welchen Umständen und auf welchem

Wenn man gemeinsam so vorgehen wolle, bedeute dies, daß man sich über Prozentsätze, Zeitpunkte, gemeinsame Verfahren und gemeinsame Interventionen verständigen müsse. Was den letzten Punkt anbelange, habe Minister Schiller in Brüssel bereits dargelegt, daß wir bereit sind, die Schaffung des nach dem Werner-Plan vorgesehenen Reservefonds⁴¹ vorzuziehen und damit nicht bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1972 zu warten.

Er komme nunmehr zu der Frage, die den Präsidenten vermutlich am meisten interessiere. Wenn es in Washington zu einem gemeinsamen Handeln komme, gehöre dazu für die Bundesregierung die Simultanität der Aufhebung des Floatings der Mark. Er wolle keinen Tag nennen, aber auf die Simultanität hinweisen. Er bitte den Präsidenten, auch nicht daran zu zweifeln, daß, falls in Washington keine Ausnahmeregelung für ein gemeinsames Vorgehen der Gemeinschaft gegen fremde Währungen, z.B. eine Bandbreitenerweiterung nach außen und eine Verengung der Bandbreiten nach innen, gegeben werde, das Floating auch dann nicht lange fortgesetzt werde. Man habe nicht die Absicht, aus dem Floating eine langfristige Politik zu machen. Ein festes Datum für das Aussetzen des Floatings könne er beim besten Willen nicht nennen. Dies hänge auch von den Erfahrungen mit der eigenen Wirtschaft ab. Mit den getroffenen Maßnahmen habe man bereits neun Mrd. aus dem Lande rausgepumpt. Dazu kommen eine Erhöhung der Mindestreserven um fünf Mrd. Mark. Ein partieller Erfolg sei also gegeben. Allerdings wisse man nicht, wenngleich man nicht damit rechne, ob im Spätsommer sich nicht rezessive Erscheinungen in der Wirtschaft zeigen könnten, als Übergang zu mehr Stabilität. Es stelle sich dann die Frage, ob eine Rückkehr zur alten Parität richtig sei, oder ob es zu einer maßvollen Anhebung des Werts der D-Mark komme. Dies wisse man noch nicht. Jedenfalls sei nicht mehr an ein längeres Floating gedacht. Über all dem wünsche man sich bessere Kontakte zwischen beiden Ländern, als dies leider in der Vergangenheit manchmal der Fall gewesen sei.

Präsident *Pompidou* bedankte sich für diese Klarstellungen und bemerkte, er wolle nunmehr ganz offen sagen, wie er das Problem der Mark sehe.

Er sei der Auffassung, daß die Entscheidung der Bundesregierung, den Wechselkurs der Mark freizugeben, aus internen Gründen getroffen worden sei, und zwar mit dem Ziel, eine gewisse Aufwertung der Mark vorzubereiten. Er habe nie daran geglaubt, daß man zur alten Parität zurückkehren wolle. In einer normalen Sicht der Dinge, beispielsweise in der Sicht des Verhältnisses zwischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1060

Niveau die Bundesrepublik und die Niederlande wieder zur Parität zurückkehren.“ Vgl. Referat III A 1, Bd. 594.

⁴¹ Im Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion vom 8. Oktober 1970 wurde hinsichtlich der Zusammenarbeit in der externen Währungspolitik vorgeschlagen: „Zur rechtzeitigen Vorbereitung der Endstufe sollte so bald wie möglich unter der Verantwortung der Zentralbanken ein ‚Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit‘ geschaffen werden. Sofern die für die erste Stufe vorgesehenen [...] Interventions-techniken auf den Devisenmärkten normal und reibungslos funktionieren und eine ausreichende Konvergenz der Wirtschaftspolitik erreicht ist, kann der Fonds eventuell schon in der ersten Stufe errichtet werden. Jedenfalls sollte er aber im Verlauf der zweiten Stufe geschaffen werden.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 544.

Vgl. dazu die Entschließung des EG-Ministerrats und der Vertreter der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten vom 9. Februar 1971 über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion; Dok. 59, Anm. 4.

Preisen und Außenhandelsbilanz, könne man auch keine Gründe für solche Maßnahmen finden. Die Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik liege Anfang 1971 fast bei den gleichen Werten wie im Vorjahr.⁴² Im deutsch-französischen Handel sei es sogar so, daß das traditionelle französische Defizit sich im Jahre 1970 verringert habe.⁴³ Das Problem, vor das sich die Bundesregierung gestellt sah, sei somit das flottierende Kapital als Ergebnis der amerikanischen Zahlungsbilanz gewesen. Große multinationale Gesellschaften hätten immer das Bestreben, das angesammelte Kapital abhängig von den besten Gewinnmöglichkeiten anzulegen. Französischerseits glaube man, daß es andere Mittel und Wege gebe, dagegen anzukämpfen, beispielsweise durch eine Verringerung der Zinssätze, durch ein Verzinsungsverbot oder sogar, wie auch die Schweiz dies betreibe, durch das Mittel der Negativzinsen. In dieser Richtung sei die Bundesregierung auch vorgegangen, dennoch habe sie das Floating als Einleitung einer möglichen Aufwertung der Mark gewollt.

Er bitte doch, die Sorgen zu sehen, die sich daraus für Frankreich und für den Agrarmarkt der Gemeinschaft ergeben. Das Funktionieren des Agrarmarktes setze die Stabilität der Währung voraus. Komme es zu einer Aufwertung der Mark, hätten Satz und Modalitäten dieser Aufwertung größte Bedeutung für Frankreich und für die Gemeinschaft. Der Agrarmarkt sei nämlich ein wesentlicher Teil der Gemeinschaft. Werde er bedroht, könne es zu einer schrittweisen Auflösung der Gemeinschaft kommen. Die Partner in der Gemeinschaft seien auch schon wegen der Bedeutung der deutschen Wirtschaftskraft in eine schwierige Lage versetzt worden. Die Holländer hätten wider Willen die Wechselkurse des Gulden freigegeben⁴⁴, fast hätten auch die Belgier nachgezogen. Er wolle auch auf etwas aufmerksam machen, was bisher noch nicht angeklungen sei. Das Floating und eine mögliche Aufwertung der Mark könnten für Frankreich inflationistische Konsequenzen haben. Vergrößere sich der Abstand im Lohnniveau zwischen beiden Ländern, müsse man damit rechnen, daß die französischen Gewerkschaften stärkere Lohnforderungen anmelden. Des weiteren könne man zwischen Frankreich und Deutschland nicht mehr so rasonieren, als ob es die Gemeinschaft nicht gebe. Die Handelsströme zwischen beiden Ländern hätten ein Verhalten hervorgebracht, das so beschaffen sei, als seien beide Länder ein Land. Wenn ein französischer Industrieller in Deutschland eine Maschine bestelle und der Preis dieser Maschine um 5 v.H. teurer werde, sei es eben nicht so, daß dieser Industrielle dann die Maschine in Stockholm, Chicago oder Oslo bestelle. Vielmehr sage er sich, gut, das Ding kostet eben 5 v.H. mehr, und sein Verhalten sei dann ähnlich der Verhaltensweise einer Hausfrau, die beim Markteinkauf feststelle, daß die Pfirsiche teurer geworden sind. Sie werde dann dennoch diese Pfirsiche kaufen, nach Hause gehen und dem Ehemann sagen, er müsse mehr Lohn fordern, weil die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. So müsse man die Auswirkungen der deutschen Maß-

⁴² Der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik betrug 1969 15,584 Milliarden DM, 1970 15,670 Milliarden DM und 1971 15,892 Milliarden DM. Vgl. dazu STATISTISCHES JAHRBUCH 1972, S. 285.

⁴³ Das Außenhandelsdefizit von Frankreich gegenüber der Bundesrepublik betrug 1969 2,42 Milliarden DM und ging 1970 auf 1,581 Milliarden DM zurück. Vgl. dazu STATISTISCHES JAHRBUCH 1972, S. 305.

⁴⁴ Die niederländische Regierung beschloß am 9. Mai 1971 eine vorübergehende Freigabe des Wechselkurses des Gulden.

nahmen sehen. Auf den Hinweis, Frankreich solle doch wie die Bundesrepublik vorgehen, müsse er antworten, daß man die eigenen Entscheidungen nicht von den Maßnahmen anderer Regierungen abhängig machen könne und daß man ferner glaube, daß der Wert des Franken richtig bemessen sei. Die Lage des französischen Handels sei auch keinesfalls exzessiv; es gebe also keinen Grund zur Aufwertung.

Aus der entstandenen Lage müsse man aber rauskommen. Nun sage der Herr Bundeskanzler, man müsse für die Tagung des Internationalen Währungsfonds eine gemeinsame europäische Front aufbauen, und dies könne dadurch geschehen, daß man dem Gedanken einer Erweiterung der Bandbreiten zustimme. Dazu wolle er bemerken, daß beide Regierungschefs wohl wüßten, daß die USA schon immer eine Erweiterung der Bandbreiten gewünscht haben. Unter diesen Umständen finde er es ein bißchen lächerlich, eine gemeinsame Front der Europäer dadurch aufzubauen, daß man einer amerikanischen Bitte entspreche. Im übrigen hänge auch alles von dem Ausmaß der Erweiterung der Bandbreiten ab. Komme es, wie Minister Schiller und auch die Italiener dies vorschlagen, zu einer Erweiterung von plus minus drei Punkten, ergäben sich daraus sowohl internationale als auch innergemeinschaftliche Nachteile.

Internationale Nachteile deshalb, weil seines Erachtens bei solchen Bandbreiten es immer Währungen gebe, die nach oben gezogen würden und solche, die nach unten gedrückt würden. Man müßte also mit maximalen Kursschwankungen von 6 v. H. rechnen. Ein solches Regime könne man nicht lange aufrecht erhalten, weil es sonst zu einer Serie von ständigen Auf- und Abwertungen komme. Amerikanische Theoretiker hätten ein solches System schon lange als Perspektive hingestellt. Wolle man dem zustimmen, bedeute dies, das man die Unordnung institutionalisiere. Der Dollar wäre dann nicht nur Reservewährung, sondern praktisch die einzige Währung, in der Handelsabschlüsse getätigt würden, weil niemand sich mehr in den ständigen Auf- und Abwertungen der anderen Währungen auskenne. Er wolle dafür ein Beispiel zitieren, das dem Herrn Bundeskanzler vielleicht unbekannt sei. Er wisse, daß es zwischen holländischen und deutschen Firmen in der letzten Zeit wegen des Floatings beider Währungen zu Abschlüssen in Dollarbeträgen gekommen sei, obwohl der Gulden und die Mark gesunde Währungen seien. Die Firmen hätten aber dennoch in Dollar abgeschlossen, weil sie nicht Opfer des Floatings werden wollten.

In der Gemeinschaft sei es so, daß bei zehn Währungen mit verschiedener Solidität und weniger starken Bandbreiten nach innen als nach außen Interventionen aus dem Reservefonds ständig erforderlich wären. Immer wenn es zu einer Aufwertung der Mark oder zu einer Abwertung der Lira oder des französischen Franken komme, müsse man enorme Mittel aus dem Reservefonds in Anspruch nehmen.

Angesichts dieser ständigen Nachteile müsse man auf alle Fälle eine Lösung finden. Vielleicht könne man sie in einer mäßigen Aufwertung der Mark, gegebenenfalls auch in einer mäßigen Veränderung der Bandbreiten finden. Er halte es aber für überhaupt nicht sinnvoll, bei der Tagung des Internationalen Währungsfonds den Amerikanern auf einem Silberteller das anzubieten, was

sie seit langem wollen, und dies dann als gemeinsame Front der Europäer hinstellen.

Für Frankreich sei es von Bedeutung, daß man deutscherseits verstehe, daß es sich hier nicht um ein simples Wirtschaftsproblem, sondern um eine Frage der Gemeinschaftsmoral handle. Jede Regierung müßte die Möglichkeit haben, den eigenen Schwierigkeiten entgegenzutreten, dies aber in der Weise tun, daß das eigene Konzept in ein Gemeinschaftskonzept eingebaut werden könne, welches es zur Zeit allerdings noch nicht gebe. Es sei eben so, daß man beiderseits die Schwierigkeiten durchaus kenne, aber keine Lösung finde.

Es wurde abschließend vereinbart, zu dem Gespräche am Nachmittag die beiden Herren Finanzminister hinzuzuziehen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 36

229

Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Pompidou

5. Juli 1971¹

Zweites Gespräch, 5. Juli, 15 Uhr, an Bord MS Loreley.²

Die Herren Minister Schiller und Giscard d'Estaing sind anwesend.

Präsident *Pompidou* teilte dem Herrn Bundeskanzler zunächst mit, er habe darum gebeten, daß der deutsche Dolmetscher Herrn Minister Schiller während des Essens über das informiere, was er (*Pompidou*) zum Thema Währungsproblem am Vormittag gesagt habe. Es sei interessant zu erfahren, wie Minister Schiller darauf reagiere.

Minister *Schiller* wies auf das hin, was er bereits bei Tische gesagt habe, daß es nämlich bei dem System der größeren Bandbreiten³ nicht darum gehe, Jahr für Jahr die Dollarparität aufzuwerten, sondern darum, daß die ganze Gemeinschaft größere Bandbreiten nach außen, geringere Bandbreiten nach innen zur Verfügung habe. Dies heiße nicht, daß ein Land alleine die ganze Bandbreite etwa im Minusfeld ausnutzen könne, vielmehr müsse man beieinander bleiben. Er glaube auch, daß dies die gute Methode des Vorgehens gegen inflationistische Tendenzen aus dem Dollarraum darstelle. Es handle sich um eine flexible Politik innerhalb gemeinsam fixierter Margen, die auch den Tendenzen im Internationalen Währungsfonds entspreche, wie dies von den Exekutivdirektoren

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Merten am 9. Juli 1971 gefertigt.

² Für das erste und dritte Gespräch vgl. Dok. 228 und Dok. 232.

³ Zum Vorschlag der Bundesregierung, im Internationalen Währungsfonds (IWF) für eine Erweiterung der Bandbreiten der Wechselkurse einzutreten, vgl. Dok. 228, Anm. 35.

des Fonds in Kopenhagen ausgedrückt worden sei.⁴ Er wolle noch folgendes hinzufügen: Wenn es gelänge, in Washington⁵ zu Sechs ein solches Modell zu vertreten, hätte man eine reelle Chance, dieses Modell in der Zehnergruppe und im Internationalen Währungsfonds durchzusetzen. Man könnte dann bei uns in der Gemeinschaft die nötigen Maßnahmen treffen. Dies wäre auch ein Schritt auf die Wirtschafts- und Währungsunion. Bezüglich der erforderlichen Interventionen habe er selber schon gesagt, daß Schritte, die eines Tages erfolgen müßten, jetzt schon vorgezogen werden könnten, wie man auch bereit sei, den erst für später vorgesehenen Reservefonds⁶ jetzt schon anlaufen zu lassen. Insgesamt gesehen bedeute eine Erweiterung der Bandbreiten nach außen größere Flexibilität, die Verringerung der Bandbreiten nach innen größere Stabilität.

Präsident *Pompidou* erklärte dazu, er habe heute vormittag dem Herrn Bundeskanzler in aller Offenheit dargelegt, wie man französischerseits die durch die deutschen Maßnahmen⁷ entstandene Lage bewerte. In französischer Sicht sei klar, daß die Entscheidung auf Freigabe der Wechselkurse der Mark eine Vorbereitung auf die dritte Aufwertung der Mark⁸ darstelle. Nun habe Minister Schiller erklärt, daß es nicht darum gehe, Jahr für Jahr die Dollarparität neu festzusetzen. Für ihn liege nicht auf der Hand, daß jemand, der dreimal nacheinander aufgewertet habe, plötzlich dem Mittel der Aufwertung die Rücken zukehre. Es sei denkbar, daß die Erweiterung der Bandbreiten die Lösung der Probleme eines Landes mit sich bringe. Gleichfalls könne man sagen, daß aus sehr starren Bandbreiten vermeidbare Krisen herrühren könnten. Bei einer möglichen Erweiterung der Bandbreiten müßte man dann aber mit engen Margen operieren, weil man sonst in ein ständiges System der Auf- und Abwertung hineingerate. Er könne sich auch nicht vorstellen, wie man mit zehn Währungen in der Gemeinschaft ein System extrem enger Breiten nach innen bei größter Außenbreite ohne ständige Stützung aus dem Fonds aufrechterhalten könne. Man müsse befürchten, daß es zu einem ständigen Wirrwarr der

⁴ Die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) fand vom 21. bis 25. September 1970 in Kopenhagen statt. Eine Woche zuvor übermittelten die Exekutivdirektoren des IWF dem Gouverneursrat einen Bericht mit dem Titel „The Role of Exchange Rates in the Adjustment of International Payments“, in dem sie sich mit Vorschlägen für eine Reform des Weltwährungssystems auseinandersetzten. Sie sprachen sich gegen folgende drei Lösungswege aus: 1) völlige Freigabe der Wechselkurse; 2) feste Währungsparitäten mit einer größeren Bandbreite von $\pm 5\%$; 3) ein System automatischer Paritätsänderungen nach festgelegten Formeln („crawling peg“). Dagegen kamen sie zu dem Ergebnis, daß an dem bestehenden System fester Paritäten grundsätzlich festgehalten, aber eine größere Elastizität angewendet werden solle. Dazu schlugen sie drei Möglichkeiten vor: 1) schnellere, aber kleinere Anpassungen der Paritäten; 2) eine moderate Erweiterung der Bandbreiten; 3) eine befristete Freigabe des Wechselkurses. Vgl. dazu den Artikel „Revolution No, Progress Yes in IMF Studies“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 22. September 1970, S. 9.

⁵ Zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 27. September bis 1. Oktober 1971 vgl. Dok. 349, Anm. 3.

⁶ Zur Schaffung eines „Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit“ vgl. Dok. 228, Anm. 41.

⁷ Zu den währungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung vom 9./10. Mai 1971 vgl. Dok. 157, Anm. 6, und Dok. 167, Anm. 15.

⁸ Die Bundesregierung beschloß am 3. März 1961 eine Aufwertung der DM um 4,76 % mit Wirkung vom 6. März 1971; die Parität gegenüber dem Dollar änderte sich von 4,20 DM auf 4 DM.

Am 24. Oktober 1969 beschloß die Bundesregierung eine Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar um 9,3 %; die Parität änderte sich damit von 4 DM auf 3,66 DM. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 323.

Währungskurse komme und gleichzeitig zu einer Stärkung der Dollarzone, weil jeder sich dann in der Kreisbahn des Dollars bewege. In der Gemeinschaft müsse dies Spannungen zwischen den starken und schwächeren Währungen mit sich bringen, was letzten Endes zu einer Krise der Gemeinschaft führen könne. Er habe dem Herrn Bundeskanzler bereits gesagt, daß sich aus der Aufwertung der Mark inflationistische Tendenzen in Frankreich ergeben können. Dies gelte für Löhne wie für Preise. Dabei sehe er die Notwendigkeit einer Aufwertung der D-Mark nicht ein, diese sei nicht unterbewertet. Das Problem liege auch nicht in der Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik, sondern im Zufluß fremden Kapitals. Er wolle ganz offen sagen, daß er sich 50 andere Mittel der Bekämpfung eines solchen Zuflusses vorstellen könne, ohne dabei die Währungsverhältnisse zu stören. Welches Interesse sollten die Europäer daran haben, sich auf eine Formel zu einigen, welche die Lage noch schlimmer gestaltet?

Minister *Schiller* erwiderte, alle westeuropäischen Länder seien seit vorigem Jahr – mit Unterschieden – in eine besondere Inflation hineingeraten. Dies rühre nicht nur aus heimischen Kostensteigerungen, sondern aus dem festgestellten Riesendefizit der amerikanischen Zahlungsbilanz. Daraus sei Liquidität frei geworden, die neue inflationistische Tendenzen mit sich brachte. Er wolle das Beispiel der Schweiz zitieren, die bis zum Zeitpunkt der Aufwertung eine Preissteigerung von 7 v. H. erlebt habe. Gleiches hätten auch andere Länder in unterschiedlichem Umfange durchmachen müssen. Gegen einen Zufluß amerikanischen Kapitals könne man sich direkt wenden, aber diese Beeinflussung von uns aus sei nur in sehr engen Grenzen möglich, man müsse das als Europäer tun. Eine Herabsetzung des Werts des Dollars heiße den Weg zu größerer Flexibilität beschreiten. Wir Deutsche wollten nicht allein diese amerikanische Herausforderung auf uns nehmen. Europa müsse als Ganzes darauf reagieren. Deshalb rede er einer größeren, aber kontrollierten Flexibilität nach außen das Wort, weil wir sonst das Zahlungsbilanzdefizit der USA finanzieren. Schon werde behauptet, daß die europäische Inflation die Funktion habe, den Vietnam-Krieg der Amerikaner zu finanzieren. Solche krassen Auffassungen teile er nicht, man müsse aber etwas tun, um eine Antwort auf die schwierigen Probleme zu finden. Blicke es bei der bisherigen Praxis, zeige sich die Inflation stärker in dem einen als dem anderen Land der Gemeinschaft. Damit sei wiederum eine Erosionsgefahr für die ganze Gemeinschaft gegeben. Dies könne niemand wollen. Deshalb glaubten wir, daß unser Vorschlag auch dem Ziel diene, Europa eine stärkere Eigenpersönlichkeit auf monetärem Gebiet zu geben. Wenn dies nicht gelinge, käme es nicht zu einer Wirtschafts- und Währungsunion, sondern lediglich zu einer Harmonisierung der Inflationsraten.

Zu dem aktuellen Bezug des Präsidenten wolle er bemerken, daß am 9. Mai keine Aufwertung der D-Mark zu einem festen Satz zu erreichen war. Er habe damals seinem französischen Kollegen unter vier Augen gesagt, daß niemand in der Bundesrepublik angesichts der besonderen Konjunktursituation das Risiko auf sich nehmen könne, den rechten Aufwertungssatz zu berechnen. Deshalb habe man mit Hilfe des Floating Druck aus dem Lande lassen müssen.

Unser Vorschlag gehe nun dahin, daß für die Wirtschafts- und Währungsunion die Möglichkeit geschaffen werde, unser Instrumentarium durch größere Band-

breiten nach außen zu stärken und nach innen den Zentralbanken die Möglichkeit zu geben, ihre Instrumente einsetzen zu können, damit sie nicht durch überseeische Ereignisse unterlaufen werden.

Hinsichtlich der deutschen Maßnahmen habe der Herr Bundeskanzler bereits gesagt, daß man nicht darlegen könne, wann man zu welcher Parität der D-Mark komme. Die Situation sei noch undurchsichtig. Einzelne positive Aspekte der getroffenen Maßnahmen seien bereits sichtbar.

Minister *Giscard d'Estaing* ergänzte sodann die Bemerkungen Präsident Pompidous mit folgenden Hinweisen: Im internationalen Währungssystem gebe es seit langem zwei Problemkreise, nämlich erstens ein europäisches Problem: Wie soll das europäische Währungssystem organisiert werden? Zweitens habe man es mit den periodisch auftretenden Krisen des internationalen Währungssystems zu tun. Diese habe man 1967⁹, 1968¹⁰ und 1971 erlebt.

Bis vor drei Monaten habe man die Absicht gehabt, beide Probleme verschiedenen voneinander zu behandeln. Im Frühjahr sei es nun zu einer neuen Krise gekommen, die Bundesregierung habe sich für das Floating der Mark entschieden. Er lege Wert auf die Feststellung, daß es in seinen Diskussionen mit dem Kollegen Schiller nie zu einem Antagonismus gekommen sei, er schätze durchaus die intellektuelle Qualität seiner Unterredungen mit Minister Schiller. Wenn jetzt von deutscher Seite erklärt werde, daß das Floating der Mark nur vorübergehend sei, daß man aber die von ihm genannten zwei Problemkreise nunmehr im Zusammenhang behandeln wolle, wenn man sage, daß man zu einer festen Parität erst zurückkehren könne, wenn eine Entscheidung hinsichtlich des internationalen Währungssystems gefallen sei, dann stelle das für Frankreich etwas Neues dar. Dies erkläre auch die abwartende Haltung der französischen Regierung, die der Auffassung sei, daß es europäische Probleme gibt, die man unter uns lösen könne durch eine Annäherung an realistische Paritäten, ohne daß man dies von der Lösung der internationalen Fragen abhängig machen müsse. Den internationalen Lösungen Vorrang beimessen, könne eine Abkehr von der Gemeinschaft bedeuten.

Was die internationalen Krisen anbelange, gebe es seit Jahren Diskussionen unter den Fachleuten über das Thema Bandbreitenveränderung. Vor zwei Jah-

⁹ Am 18. November 1967 gab die britische Regierung als Maßnahme zur Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz eine Abwertung des Pfund Sterling um 14,3 % von 2,80 Dollar auf 2,40 Dollar bekannt. Am selben Tag erklärte Präsident Johnson, daß die USA sich auch weiterhin verpflichte, Gold zum bestehenden Preis von 35 Dollar je Unze zu kaufen und zu verkaufen, nachdem zuvor bekannt geworden war, daß Frankreich bereits seit sechs Monaten seine Mitarbeit in dem von den Zentralbanken zur Regulierung der Preisschwankungen am Londoner Goldmarkt getragenen Goldpool eingestellt hatte. Weitere Meldungen, denen zufolge andere Staaten dem französischen Schritt folgen wollten und Staatspräsident de Gaulle nach der Abwertung des Pfund Sterling sein Ziel einer Abwertung des Dollar durch eine Erhöhung des Goldpreises erreichen wolle, führten zu umfangreichen spekulativen Goldkäufen. Am 7. Dezember 1967 gab das amerikanische Finanzministerium bekannt, daß Gold im Gegenwert von 475 Mio. Dollar an den Goldpool überwiesen worden sei. Die amerikanischen Goldreserven zur Deckung der Währung sanken damit auf den tiefsten Stand seit 1937. Vgl. dazu AdG 1967, S. 13552 und S. 13589.

¹⁰ Spekulationen über eine Aufwertung der DM und eine Abwertung des französischen Franc führten im November 1968 zu einer internationalen Währungskrise. Auf einem ad hoc einberufenen Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der Zehnergruppe vom 20. bis 22. November 1968 in Bonn lehnte die Bundesregierung eine von Frankreich, Großbritannien und den USA geforderte Aufwertung der DM ab. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 389.

ren in Washington¹¹ sei dieses Thema sehr à la mode gewesen, während man vor kurzem in Kopenhagen weniger davon gehört habe. Nunmehr stelle man eine Erweiterung der Bandbreiten als Kampfmittel gegen die Inflation hin. Dazu wolle er folgendes sagen: Zunächst könne er keinen Unterschied in der Lage der Länder, die Floating betreiben, und derjenigen, die dies nicht tun, feststellen. Sodann stelle man fest, daß die Länder, deren Währungen im Floating begriffen seien wie der kanadische Dollar¹², der Gulden¹³ oder die D-Mark gar nicht auf die alte Parität zurückkehren wollten, sondern eine höhere Parität anstreben. Daraus ergebe sich, daß das Floating nicht als technischer Schutz gegen Inflation, sondern als Vorbereitung auf eine Aufwertung gedacht sei. Es sei ersichtlich, daß es zu einer Anhebung der Parität des kanadischen Dollars und der deutschen Mark im Verhältnis zum US-Dollar kommen werde. Die Ereignisse in der Bundesrepublik ließen erkennen, daß man im Mai vielleicht noch keine Aufwertung wollte, der Zwang der Dinge jedoch eine solche produziere. Durch das Floating werde das große internationale Problem, das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz, nicht gelöst. Im übrigen frage er sich noch einmal, warum man internationalen Fragen Priorität zumesse, wenn es vorher darum gehe, Probleme der Gemeinschaft zu lösen.

Der Herr *Bundeskanzler* äußerte sodann seine Befürchtung, man könne in diesem Gespräch nicht mehr weit kommen. Vielleicht ergebe sich am morgigen Vormittag¹⁴ Gelegenheit, noch einmal über diese Fragen zu sprechen. In jedem Falle halte er es für notwendig, ein Verfahren bilateraler Konsultationen als Vorbereitung auf die September-Tagung in Gang zu setzen. Er rege dies in der Hoffnung an, daß sich die Standpunkte noch einander annähern können, ohne daß man dies dem Rat der Gouverneure oder dem Währungsausschuß überlassen müsse.

Präsident *Pompidou* entgegnete, er wünsche ebenfalls, daß besonders in diesen Fragen enge Kontakte zwischen den beiden Regierungen aufrechterhalten blieben. Auch er wolle noch einmal betonen, was Minister Giscard d'Estaing vorgebracht habe, daß es nämlich ärgerlich sei, feststellen zu müssen, daß europäische Probleme in Abhängigkeit von einer Tagung des Internationalen Währungsfonds gelöst werden sollten. Fände die Tagung des Internationalen Währungsfonds beispielsweise erst im nächsten April statt, würde dies bedeuten, daß bis dahin neun Monate lang Floating betrieben würde. Er halte dies im Hinblick auf den europäischen Gedanken für schädlich. Er hoffe, daß es noch

¹¹ Auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 29. September bis 3. Oktober 1969 in Washington wurde die Frage einer größeren Flexibilität der Währungsparitäten eingehend erörtert. Bundesbankpräsident Blessing sprach sich u. a. gegen eine unbegrenzte Flexibilität der Wechselkurse aus. Er regte aber an, „die Frage einer größeren Elastizität von Wechselkurskorrekturen innerhalb vorbestimmter Limiten zu prüfen, allerdings unter Aufrechterhaltung der Charakteristiken des gegenwärtigen Systems“. Vgl. den Artikel „Abschluß der Plenargespräche an der Washingtoner Währungskonferenz“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 4. Oktober 1969, S. 13.

¹² Die kanadische Regierung gab am 31. Mai 1970 den Wechselkurs des kanadischen Dollar frei. Der Handel an den Devisenbörsen führte daraufhin zu einer Bewertung des kanadischen im Verhältnis zum amerikanischen Dollar, die einer Aufwertung um ca. 5 % entsprach.

¹³ Die niederländische Regierung beschloß am 9. Mai 1971 eine vorübergehende Freigabe des Wechselkurses des Gulden.

¹⁴ Am 6. Juli 1971 fand im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen eine Plenarsitzung beider Delegationen statt. Für das Protokoll vgl. VS-Bd. 9790 (I A 1).

im Sommer zu einem Meinungsaustausch komme, auch wenn dabei nicht völlige Einstimmigkeit mit Minister Schiller erzielt werden könne. Der Wille zu einer gemeinsamen Verständigung sei aber gegeben.

Minister *Schiller* fügte abschließend, als Fußnote, noch eine Bemerkung an: Als man über den Werner-Plan¹⁵ diskutiert habe und am 9. Februar 1971 einen Beschluß gefaßt habe¹⁶, habe man nicht nur über europäische Währungsprobleme, sondern auch die internationalen Fragen gesprochen und deren Verbindung mit der Gemeinschaft durchaus gesehen. Es sei damals gesagt worden, daß, sollte es im internationalen System zu einer Bandbreitenerweiterung kommen, die Relationen unter den Währungen der Gemeinschaft dann nicht ausgeweitet werden sollten. Genau dies sei auch die Linie unseres Vorschlags für Washington.

Ende des Gesprächs beim Anlegen des Schiffes in Koblenz.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 36

230

Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem französischen Premierminister Chaban-Delmas

Z A 5-65.A/71 VS-vertraulich

5. Juni 1971¹

Aufzeichnung über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Premierminister Chaban-Delmas am 5. Juli 1971 um 18.00 Uhr.

Der Herr *Bundeskanzler* unterrichtete den französischen Premierminister kurz über Inhalt und Stand der im Laufe des Tages mit dem französischen Präsidenten geführten Gespräche.²

Er gab Premierminister Chaban-Delmas sodann Kenntnis von der beschlossenen Abänderung des Hamburger Abkommens.³

Premierminister *Chaban-Delmas* dankte für diese Maßnahme, die zur Erreichung einer echten Annäherung der Bevölkerung und insbesondere der Jugend beider Länder ein wesentlicher Schritt sei.

¹⁵ Zum Bericht vom 8. Oktober 1970 an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in den Europäischen Gemeinschaften („Werner-Bericht“) vgl. Dok. 27, Anm. 3.

¹⁶ Zur EG-Ministerratstagung am 8./9. Februar 1971 in Brüssel vgl. Dok. 59.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Siebourg gefertigt.

² Für die Gespräche mit Staatspräsident Pompidou vgl. Dok. 228 und Dok. 229.

³ Zur Änderung des Paragraphen 13 des Abkommens vom 28. Oktober 1964 zwischen der Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens („Hamburger Abkommen“) vgl. Dok. 194, Anm. 13.

Der Herr *Bundeskanzler* ging dann auf zwei Themen ein, die schon bei den Januar-Konsultationen⁴ erwähnt worden waren:

1) Technologie-Politik

Verstärkte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sei wünschenswert, damit auch dieser Bereich in der Gemeinschaft weiterentwickelt und in die Bemühungen um eine Gemeinschaftspolitik zunehmend einbezogen werden könne. In Frankreich bestehe offensichtlich – und verständlicherweise – eine gewisse Neigung, Fragen der Technologie nicht vorzeitig aus der nationalen Zuständigkeit an die Gemeinschaft abzugeben. Infolgedessen schlage er vor, die zuständigen Fachminister beider Länder⁵ zu ermächtigen, miteinander zu erarbeiten, welche Bereiche aus diesem Gesamtgebiet für europäisches oder bilaterales Vorgehen geeignet seien, welche vorerst nationalem Vorgehen vorbehalten bleiben sollten. Die Fachminister könnten sodann über ihre Beratungen berichten, damit man des gemeinsamen Einvernehmens sicher sei und in Brüssel entsprechend vorgehen könne.

Premierminister *Chaban-Delmas* stimmte diesem Vorschlag zu.

2) Umweltschutz

Der Herr *Bundeskanzler* überreichte hierzu einen Vermerk⁶ und erläuterte, es werde darin die Bildung einer Arbeitsgruppe für Fragen des Umweltschutzes vorgeschlagen, mit der Absicht – abgesehen von Einzelkontakten verschiedener Minister, in deren Zuständigkeit Teilgebiete dieses Komplexes fallen – einen einheitlichen Rahmen und ein ständiges Organ zu schaffen.⁷

Premierminister *Chaban-Delmas* erwiderte, er halte dies für sehr wichtig, um so mehr als dieser Themenbereich sich in Zukunft sicherlich noch auf weitere Gebiete ausdehnen werde und somit eine Gesamtzuständigkeit bei einem ständigen Organ notwendig werde. In Frankreich werde diese dem Minister für Umweltfragen zufallen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte anschließend begrüßenswerte Teilergebnisse im Gebiet der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (vier Projekte), die sich erfreulicherweise inzwischen über eine Zusammenarbeit in den benachbarten Regionen an den Landesgrenzen hinausentwickle.

⁴ Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 25./26. Januar 1971 in Paris vgl. Dok. 27–32.

⁵ Hans Leussink und François Xavier Ortoli.

⁶ Bundeskanzler Brandt übergab Ministerpräsident Chaban-Delmas eine Aufzeichnung zum Thema „Deutsch-französische Zusammenarbeit in Umweltfragen“, in der der Stand der bilateralen Kooperation dargelegt wurde und Vorschläge für deren Ausweitung unterbreitet wurden. Abschließend hieß es: „Es erscheint wünschenswert und sinnvoll, zur Koordinierung der bereits vereinbarten Kontakte und zur Organisation der Zusammenarbeit insgesamt einen deutsch-französischen Arbeitsausschuß für Umweltfragen zu errichten, wobei die zwischen dem Bundesinnenministerium und dem französischen Ministerium für Naturschutz und Umweltschutz bestehende Lenkungsgruppe einbezogen werden sollte. Erste Aufgabe dieses Ausschusses könnte die Gegenüberstellung des deutschen Umweltgesamtprogrammes mit entsprechenden französischen Programmen sein; bis zur nächsten deutsch-französischen Staats- bzw. Regierungschefkonsultation könnte er eine Auswertung über die auf beiden Seiten bestehenden Probleme, die Zielsetzungen und mögliche gemeinsame Aktivitäten vorlegen.“ Für die undatierte Aufzeichnung vgl. Referat III A 8, Bd. 479.

⁷ Mit Note vom 13. Juli 1971 stimmte die französische Regierung dem Vorschlag der Bundesregierung zu und benannte vier Mitglieder des deutsch-französischen Arbeitsausschusses für Umweltfragen. Vgl. dazu Referat III A 8, Bd. 479.

Premierminister *Chaban-Delmas* trug ein französisches Anliegen vor:

Entsprechend einem Vertrag von 1956 werde Saar-Kohle nach Frankreich eingeführt.⁸ Angesichts der Veränderungen auf dem Energiemarkt und dadurch eingetretener interner Schwierigkeiten mit den Bergleuten stellten sowohl der Preis als auch die Quantitäten dieser Importe für Frankreich ein Problem dar. Zwar sei dieser Vertrag seinerzeit auf Wunsch Frankreichs in der vorliegenden Form konzipiert worden; dennoch sehe sich die französische Regierung heute veranlaßt, den Wunsch vorzutragen, den Vertrag vorzeitig auslaufen zu lassen (in einer Spanne von zwei bis drei Jahren), für diese verbleibende Vertragszeit geringere Einfuhrquoten zu vereinbaren und den Preis (der bisher auf den sehr hohen Gestehungskosten aufbaut) dem internationalen Preis anzugleichen, wobei Frankreich dann bei Kohle-Importen jeweils der Saar-Kohle den Vorzug geben werde.

Da der Vertrag den Wirtschaftsministern die Zuständigkeit zuschreibe, könnten diese sich miteinander über diese Frage verständigen und dann ihre nationalen Behörden jeweils von ihrer Absprache verständigen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sein Einverständnis damit, daß die Wirtschaftsminister⁹ diese Frage erörtern und zu lösen versuchen. Er erklärte abschließend, in weiteren noch offenen Fragen, insbesondere den währungspolitischen Fragen, gebe es bereits Berührungspunkte, es bedürfe aber noch weiterer Gespräche der Fachleute. Diese Gespräche sollten schon bald fortgesetzt werden, damit im September möglichst schon Resultate vorliegen.

Das Gespräch endete gegen 18.40 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 36

⁸ In Artikel 83 des deutsch-französischen Abkommens vom 27. Oktober 1956 zur Regelung der Saar-Frage (Saar-Abkommen) verpflichtete sich Frankreich zur jährlichen Abnahme von 33 % der zum Verkauf verfügbaren Saarkohle. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1632. Bereits seit der Jahreswende 1966/67 forderte die französische Regierung, die Bundesregierung solle sich an der daraus für Frankreich resultierenden finanziellen Belastung beteiligen. Mit Kabinettsbeschuß vom 19. Februar 1969 erklärte sich die Bundesregierung schließlich bereit, ca. 30 % der französischen Verluste zu übernehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III A 5 vom 28. Februar 1969; Referat III A 5, Bd. 697. Vgl. dazu auch AAPD 1969, I, Dok. 7.

⁹ Karl Schiller und Valérie Giscard d'Estaing.

231

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Well

II A 1-84.20/11-959/71 geheim

5. Juli 1971¹

Betr.: Berlin-Verhandlungen

Am 4. Juli fand auf Wunsch der Botschafter der drei Westmächte eine Besprechung im Hause von Staatssekretär Frank statt, zu der die drei Botschafter von den Herren Dean, Lustig und Audland begleitet wurden. Auf deutscher Seite nahmen neben Staatssekretär Frank Staatssekretär Bahr und MDg van Well teil.

Sir Roger Jackling eröffnete das Gespräch mit dem Thema des künftigen Verlaufs der Berlin-Verhandlungen. Die Gespräche müßten beschleunigt werden. Der bisherige Rhythmus von zweiwöchigen Botschaftertreffen reiche nicht mehr aus. Man solle sich jetzt jede Woche treffen. Die Botschaftsräte sollten möglichst die Arbeitstage der Woche in Berlin sein und dort umschichtig mit den Russen verhandeln und mit der Vierergruppe konsultieren. Man solle dieses beschleunigte Verfahren beginnen, falls die Sowjets beim nächsten Botschaftertreffen am 8. Juli² positiv reagieren.

Botschafter Rush meinte, es sei jetzt ein Stadium erreicht, in dem die Arbeit der Berater beschleunigt werden sollte. Um Dean von seinen übrigen Aufgaben in der Botschaft freizumachen, habe Washington den Botschaftsrat Anderson von der NATO nach Bonn abgeordnet. Dean könne sich jetzt also ausschließlich auf Berlin konzentrieren. Er sei damit einverstanden, daß die Botschafter sich künftig jede Woche oder alle zehn Tage trafen. Allerdings sei es erforderlich, daß den Botschaftern von den Beratern ein vollständiger Text eines Berlin-Abkommens, mit den entsprechenden offenen Punkten, vorgelegt werde, ehe die Botschafter selbst an die Verhandlungen herangehen könnten. Zum Schluß könnten die Botschafter ein paar Tage hintereinander tagen, um die letzten offenen Punkte zu erledigen. Er selbst, Rush, werde sich die nächsten zwei Monate für die Berlin-Verhandlungen völlig freihalten.

Sauvagnargues hielt auch eine Beschleunigung der Arbeiten für angezeigt, meinte jedoch, man solle die Methode nur ändern, wenn die Gespräche selbst entsprechende Fortschritte aufwiesen. Wichtig sei es, einen Gesamttext zu erhalten, selbst wenn er noch mit vielen offenen Punkten und Fußnoten versehen sei. Vielleicht sei es nützlich, wenn die Botschafter schon vor der eigentlichen Schlußphase selbst in die Detailverhandlungen eingriffen, um besondere Probleme zu bereinigen, wie zum Beispiel die Frage, die sich jetzt stelle, ob man den Sowjets bei ihrem Wunsch, die Außenvertretung durch einen Briefwechsel zu regeln, entgegenkommen soll. Im Gegensatz zu Rush meinte Sauvagnargues, daß die Botschafter wahrscheinlich mehrere Male ein paar Tage hintereinander würden tagen müssen.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Blech und Ministerialdirigent Lahn am 6. Juli 1971 vorgelegen.

² Zum 23. Vier-Mächte-Gespräch über Berlin vgl. Dok. 242.

Staatssekretär Frank verwies auf sein Gespräch mit Falin am 14. Juni³, in dem er ihn auf die objektiven Zeitfaktoren im Zusammenhang mit der Ratifikation des Moskauer Vertrags aufmerksam gemacht hatte. Das Vier-Mächte-Abkommen (erste Etage) müsse bis spätestens Ende dieses Jahres abgeschlossen sein; dann müßten die deutschen Verhandlungen beginnen und so rechtzeitig abgeschlossen werden, daß das Ratifikationsverfahren in der ersten Hälfte des Jahres beendet werden kann, sonst würde der Moskauer Vertrag in die Wahlauseinandersetzungen⁴ hineingezogen.

Staatssekretär Bahr verwies darauf, daß er am gleichen Morgen mit dem Bundeskanzler gesprochen habe, der ebenfalls der Meinung sei, daß die Gespräche etwas beschleunigt werden könnten, ohne jedoch den Eindruck zu erwecken, als ob wir unter Zeitdruck stünden. Unsere Planung, ohne eine Sommerpause durchzuverhandeln, habe nur Sinn, wenn wir das Vier-Mächte-Abkommen, erste Etage, in den nächsten Wochen unter Dach und Fach bringen könnten. Die Botschaftsräte müßten jetzt schnellstens einen vollständigen Text mit den entsprechenden offenen Punkten bringen, damit die Botschafter hintereinander diese offenen Punkte in mehrtägigen Sitzungen ausräumen.

Sauvagnargues hielt es für erwägenswert, die Verhandlungen bis ungefähr zum Ende weiterzutreiben und dann, wenn die schwierigsten Punkte übrig bleiben, eine Denkpause einzuschalten, um der anderen Seite die Möglichkeit zu geben einzulenken.

Rush sagte, die bestehenden Unterschiede sollten so weit wie möglich reduziert werden. Er halte es jedoch für falsch, einzelne Teilbereiche völlig abzuschließen, ehe nicht das gesamte Abkommen fertig sei. Denn sonst sei die Gefahr von Indiskretionen und einer unerfreulichen Pressediskussion sehr groß. Man solle vielmehr in allen Abschnitten des Abkommens ungefähr gleichmäßig weiterkommen, um erst in der Schlußsitzung alles fertigzumachen.

Sir Roger schlug vor, die nächste Botschaftersitzung am 8. Juli zu benutzen, um den Beratern präzise Instruktionen für gewisse offene Punkte in Teilbereichen zu erteilen, zum Beispiel bei dem Bündel Zugang – Bundespräsenz.

Sauvagnargues hielt wöchentliche Botschaftersitzungen für erforderlich, um den Botschaftsräten genügend Instruktionen erteilen zu können, damit diese die offenen Punkte bis auf sechs oder sieben reduziert hätten, wenn die Schlußphase Anfang August erreicht sei.

Staatssekretär Frank hielt es für wichtig, die Botschaftergespräche erst in eine konferenzähnliche Phase überzuleiten, wenn die offenen Streitpunkte auf ein Minimum reduziert sein würden.

Es wurde dann Einvernehmen zwischen den vier Seiten erzielt, häufiger in der gestrigen Besetzung zusammenzukommen. Das nächste Treffen solle nach dem 8. Juli vorgesehen werden.⁵

³ Für das Gespräch vgl. Dok. 207.

⁴ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 19. November 1972 statt.

⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Staatssekretärs Frank und des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit den Botschaftern Jackling (Großbritannien), Rush (USA) und Sauvagnargues (Frankreich) am 29. Juli 1971; Dok. 260.

Es wurde ferner Einvernehmen erzielt, daß die Botschaftsräte sich darauf konzentrieren, zunächst die Texte über die sowjetischen Interessen in Westberlin, über Außenvertretung und über das Schlußprotokoll auf den Stand des Textes vom 28. Mai über Teil II⁶ zu bringen.

Anschließend entwickelte sich eine Diskussion darüber, wie dann weitergemacht werden solle. Sir Roger setzte sich dafür ein, den zweiten Durchgang mit Zugang und Bundespräsenz zu beginnen. Die Botschafter Rush und Sauvagnargues wandten sich gegen diesen Gedanken. Sie hielten die Frage der Bundespräsenz für das schwierigste Thema, das man, nicht zuletzt wegen der Gefahr von Indiskretionen, möglichst bis zum Schluß aufbewahren sollte, zumal in dieser Frage wenig Spielraum sei. Sauvagnargues schlug vor, daß dann zunächst die offenen Einzelheiten des Zugangs erörtert werden. Rush hielt das jedoch nicht für ein großes Problem.

Die Diskussion wandte sich dann der Frage des Schlußprotokolls zu, die – so Sauvagnargues – sich doch als schwieriger herausstelle als ursprünglich erwartet. Botschafter Rush meinte, der Westen müsse hier in zwei Punkten Rücksichten nehmen: a) Der Westen solle sich darauf einstellen, bei Zugangsschwierigkeiten nicht eine Vierer-Kompetenz für die Lösung von Streitfragen in Aussicht zu nehmen, sondern die Verantwortung der Sowjetunion. b) Der Westen solle nicht versuchen, zwischen den Vierer-Abmachungen und den deutschen Vereinbarungen ein Über- und Unterordnungsverhältnis herzustellen; auch der Westen solle von der gleichen rechtlichen Qualität der beiden Vertragskategorien ausgehen.

Hinsichtlich der Frage, ob in dem Vier-Mächte-Abkommen auch ein Hinweis auf Konsultationen der deutschen Seiten aufgenommen werden solle, war man sich nach einiger Diskussion einig, daß es besser wäre, keinen solchen Hinweis im Vier-Mächte-Abkommen zu haben. Eine solche Klausel gehöre in die deutschen Vereinbarungen, allerdings müsse im Schlußprotokoll der Vier Mächte sichergestellt werden, daß, falls die deutschen Konsultationen fehlschlagen, die Streitfrage auf die Ebene der Vier Mächte gebracht werden kann.

Sauvagnargues setzte sich dann stark dafür ein, daß im Schlußprotokoll die Verantwortung der Sowjetunion in direkter Weise, nicht nur indirekt, für die Durchführung der deutschen Vereinbarungen zum Ausdruck gebracht wird. Man solle weiterhin energisch auf die Formel drängen, daß die Vier Mächte die deutschen Vereinbarungen „mit Zustimmung zur Kenntnis nehmen“, das Minimum sei „mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen“. Die zwei übrigen Botschafter stimmten diesem Vorgehen zu. Auch hielten sie es für erforderlich, daß im Schlußprotokoll die Durchführung der deutschen Vereinbarungen als wesentlich für die Durchführung des Gesamtarrangements bezeichnet wird. Alle drei Botschafter lehnten ferner die sowjetische Tendenz ab, Vierer-Konsultationen nur „im Rahmen der jeweiligen Kompetenzen“ vorzusehen.

Die Diskussion wandte sich dann der Außenvertretung zu. Staatssekretär Bahr stellte einleitend fest, daß wir unsere Bedenken gegen die Erwähnung der Konsultation der Bundesregierung im Annex über die Bundespräsenz zurückstel-

⁶ Für den gemeinsamen Entwurf der Vier Mächte vom 28. Mai 1971 für ein Abkommen über Berlin in der Fassung vom 23. Juni 1971 vgl. Dok. 226.

len. Allerdings müsse dann auch die Konsultation der Bundesregierung im Annex über die Außenvertretung erwähnt werden. Staatssekretär Bahr fuhr dann fort, daß unser Hauptanliegen sei: kein doppelter Standard für die Außenvertretung. Wenn das klar durchgeführt werde, dann sei es von geringerer Bedeutung, ob die Außenvertretung nur in einer einseitigen Mitteilung der Drei Mächte an die Sowjetunion erwähnt werde oder in einem Briefwechsel. Falls die Sowjets das Prinzip eines einheitlichen Standards ablehnen, würde eine kritische Lage eintreten. Es sei entscheidend wichtig, daß in der sowjetischen Antwort keine Punkte enthalten seien, die einen neuen Standard für die Außenvertretung etablierten. Die Sowjets müßten also akzeptieren, was die Drei Mächte für die Außenvertretung vorsehen. Man könne ihnen jedoch aus Gründen der sowjetischen Gesichtswahrung entgegenkommen, indem man es ihnen überlasse, positive Aussagen über die Akzeptierung der Außenvertretung durch die Bundesregierung zu machen. Negative, einschränkende Aussagen, die über den Standpunkt der Drei Mächte hinausgingen, sollten in der sowjetischen Antwort nicht erscheinen. Er könne sich zum Beispiel vorstellen, daß es für die Sowjets schwierig sei, ein Diktum der Drei Mächte in der Paßfrage zu akzeptieren. Vielleicht sei es besser, wenn der Westen diese Frage nicht ausdrücklich in seiner Mitteilung anspreche, sondern daß die Sowjets Bundespässe für Westberliner in ihrer Antwort konzedieren.

Sauvagnargues war skeptisch, ob wir mit unserer neuen Methode in der Behandlung der Außenvertretung weiterkommen würden. Staatssekretär Bahr erwiderte, daß den Sowjets klar gemacht werden müsse, daß auch in der Frage der Außenvertretung die Reibungsflächen ausgeräumt werden müssen. Botschafter Rush war der Auffassung, daß hier ein *do ut des* stattfinden müsse. Man solle den Sowjets schlicht und einfach sagen, sie könnten ihre Wünsche in der Frage ihrer Präsenz in Westberlin weitgehend realisieren, wenn sie unseren Erfordernissen in der Außenvertretung entsprechen würden. Er hielt es sogar für möglich, daß man ihnen dafür ein Generalkonsulat in Westberlin einräumt.⁷

Nicht besonders klar wurde, wie nun letztendlich das nächste Botschaftergespräch am 8. Juli ablaufen soll. Sir Roger plädierte dafür, den Botschaftsräten präzise Instruktionen für ihre weitere Arbeit zu geben und Abrassimow zu ei-

⁷ Zur Frage der Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in Berlin (West) vgl. zuletzt Dok. 215. Am 5. Juli 1971 faßte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schenck den Stand der Erörterungen zusammen. Der sowjetische Botschaftsrat Kwizinskij habe am 30. Juni 1971 die Bereitschaft der UdSSR erklärt, „den Generalkonsul bei den drei Sektorenkommandanten zu akkreditieren“. Die sowjetische Regierung wolle zudem „alle in Westberlin in Kraft befindlichen Regelungen für konsularische Vertretungen befolgen“. Allerdings könne sie „diejenigen alliierten Anordnungen nicht für sich akzeptieren, die eine Beteiligung der Bundesregierung vor Erteilung des Exequaturs an einen ausländischen Konsul in Westberlin vorsehen“. Da die UdSSR das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen nicht unterzeichnet habe, wolle sie Bestimmungen über Rechte und Pflichten des Generalkonsuls im Wege bilateraler Konsularverträge mit den Drei Mächten regeln. Dazu stellte Schenck fest: „Der Abschluß einer Konsularvereinbarung zwischen den Alliierten und der Sowjetunion ist für uns nicht akzeptabel, da sie die sowjetische These von der selbständigen politischen Einheit Westberlin unterstützen und die rechtliche Verbundenheit zwischen dem Bund und Berlin beeinträchtigen würde. Der Anwendung des W[iener] Ü[bereinkommens über] K[onsularische Beziehungen] sollten wir nur soweit zustimmen, wie Gegenseitigkeit für West-Berliner in der Sowjetunion gewährt wird.“ Vgl. VS-Bd. 4522 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

ner Sachdiskussion über gewisse schwierige Punkte zu bewegen. Rush wandte sich gegen dieses Verfahren. Abrassimow werde ohnehin nicht über das hinausgehen, was Moskau ihm vorschreibe. Wenn man ihn daher zu hart bedränge wegen Instruktionen für die Berater, dann könne das kontraproduktiv⁸ wirken. Auch solle man ihn nicht drängen, die besonders schwierigen Punkte zu diskutieren. Abrassimow könne dann dazu gezwungen werden, sich vorzeitig negativ festzulegen.

Auch blieb offen, ob man mit Abrassimow die westlichen Zeitvorstellungen diskutieren solle. Sauvagnargues meinte, die Botschaftsräte sollten versuchen, bis zum 15.7. den Gesamttext mit den entsprechenden offenen Punkten und Fußnoten fertig zu haben. Die zweite Lesung des Textes könnte dann am 20.7. beginnen.⁹ Sauvagnargues stellte zur Diskussion, ob man Abrassimow diese Vorstellungen unterbreiten solle. Eine abschließende Einigung der Botschafter hierüber erfolgte jedoch nicht.

van Well

VS-Bd. 4522 (II A 1)

232

Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Pompidou

Geheim

6. Juli 1971¹

Drittes Gespräch, 6. Juli 1971, im Bundeskanzleramt.²

Zu Beginn dankte der Herr *Bundeskanzler* dafür, daß die vorgesehene Gesprächszeit um 30 Minuten verlängert wurde. Präsident *Pompidou* stimmte sodann dem Vorschlag zu, ab 10.30 Uhr neben Premierminister Chaban-Delmas auch die beiden Finanzminister³ zu dem Gespräch hinzuzuziehen.

Zum Thema Ost-West-Fragen, das man am Vortage noch nicht berührt hatte, führte der Herr *Bundeskanzler* aus, das Berlin-Problem sei wohl gestern Gegenstand der Erörterungen der Außenminister⁴ gewesen. Meinungsdivergenzen

⁸ Korrigiert aus: „kontraproduzent“.

⁹ Zu den Vier-Mächte-Gesprächen über Berlin auf Botschaftsratsebene vom 20. bis 23. Juli und am 27./28. Juli 1971 vgl. Dok. 257, Anm. 3 und 7.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Merten am 12. Juli 1971 gefertigt.

² Für das erste und zweite Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Pompidou am 5. Juli 1971 vgl. Dok. 228 und Dok. 229.

³ Karl Schiller und Valérie Giscard d'Estaing.

⁴ Die Berlin-Frage wurde von Bundesminister Scheel und dem französischen Außenminister Schumann am 5. Juli 1971 während der Fahrt mit dem Rheinschiff „MS Loreley“ von Mainz nach Koblenz erörtert. Vgl. dazu den Artikel „Brandt und Pompidou auf der ‚Loreley‘“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 6. Juli 1971, S. 1.

bestünden in dieser Frage nicht. Natürlich wisse man nicht, ob es noch zu großen Schwierigkeiten kommen könne. Er stehe unter dem Eindruck, daß die Chance, zu einer guten Regelung zu gelangen, noch in diesem Jahre gegeben sei. Es bestehe keine Notwendigkeit, die Ansichten der beiden Regierungen noch einmal abzustimmen.

Leider habe man überhaupt kein Anzeichen dafür, daß das Verhältnis zur DDR leichter werde. Es gebe Beamtenkontakte; nach seinem Eindruck werde man dabei Wesentliches nicht erreichen. Allerdings höre die neue Führung der DDR⁵ stärker auf Moskau als die alte – was vom deutschen Standpunkt aus nicht ideal sei. Andererseits aber werde Honecker, wenn die Sowjetunion wirklich eine Regelung wolle, folgen. Wenn es zu einer Regelung käme, wäre sie zwischen der Sowjetunion und der DDR so abgestimmt, daß es in den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der DDR keine unüberwindlichen Schwierigkeiten geben sollte. Wenn die Frage des Zugangs zu Berlin geregelt sei, könnte es erforderlich sein, ein Verkehrsabkommen – als ersten technischen Rahmen – abzuschließen. Er bleibe aber unter dem Eindruck, daß das Verhältnis zur DDR schwieriger als zu den anderen Staaten des Warschauer Pakts bleibe.

Präsident *Pompidou* entgegnete, er glaube wie der Herr Bundeskanzler, daß eine Berlin-Regelung möglich sei. Es habe den Anschein, daß die Sowjetunion die Ratifizierung der Ostverträge wünsche und eingesehen habe, daß die Bedingung dafür die Berlin-Regelung sei. Er glaube auch, daß die Phase der Spannungen in den Gesprächen ihrem Ende zugehe. Die Sowjetunion versuche, ein Maximum an Gegenleistungen zu erlangen. Eine unbekannte Komponente sei die Haltung des amerikanischen Vertreters⁶, der manchmal sehr hart verhandle, manchmal hinwiederum den Eindruck erwecke, er sei bereit, nachzugeben. Ein Ergebnis sollte aber, sofern nichts Außergewöhnliches eintritt, möglich sein.

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR müßten in zweifacher Hinsicht immer spezieller Natur sein: Einerseits gebe es enge wirtschaftliche und auch geistige Verbindungen, politisch jedoch bestehe schon wegen der Unterschiedlichkeit der Regime ein Spannungsverhältnis. Für die Sowjetunion sei die Aufrechterhaltung des kommunistischen Regimes in der DDR eine vitale Frage.

Er nehme an, daß man die Haltung des französischen Botschafters in Bonn bei den Gesprächen zu schätzen wisse. Botschafter Sauvagnargues habe mehrfach gute Gedanken in die Gespräche eingebracht. Es bestehe jedenfalls eine gute Zusammenarbeit.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß man für die Haltung des französischen Botschafters und die engen Kontakte, die bestünden, sehr dankbar sei.

Präsident *Pompidou* bemerkte, er habe erfahren, daß Botschafter Abrassimow neuer sowjetischer Botschafter in Paris werden solle. Vielleicht sei es daher Abrassimows Wunsch, die Gespräche schnell zu beenden.

⁵ Am 3. Mai 1971 nahm das ZK der SED einstimmig den Rücktritt Walter Ulbrichts vom Amt des Ersten Sekretärs „aus Altersgründen“ entgegen und wählte ihn zum Ehrenvorsitzenden. Nachfolger wurde das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Honecker. Vgl. dazu das Communiqué; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. Mai 1971, S. 1.

⁶ Kenneth Rush.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, Botschafter Abrassimow sei ein interessanter Mann, kulturell sehr interessiert, keineswegs der Typ des Apparatschik. Im Westen kenne er aber nur Westberlin. Zwar habe er einmal Minister Gromyko zu einer Versammlung der UNO begleitet, im übrigen aber sei ihm der Westen unbekannt.

Der Herr *Bundeskanzler* ging dann auf Fragen der europäischen Sicherheit, auf MBFR und das Projekt einer europäischen Konferenz ein und führte dazu folgendes aus: Als er vor drei Wochen in Washington gewesen sei⁷, habe es der Zufall gewollt, daß am Tage vor seinen eigenen Besprechungen in Washington der sowjetische Botschafter Außenminister Rogers aufgesucht habe, um darzutun, daß die Sowjetunion unabhängig vom Projekt einer KSE Interesse daran habe, über die Frage der stationierten Truppen und deren möglicher Begrenzung zu sprechen.⁸ Für die Amerikaner stellte dies etwas Neues dar. Man ging bisher davon aus, daß die Sowjetunion darüber erst im Anschluß an eine Konferenz sprechen wolle.

Für uns Deutsche sei in dieser Frage ein kurz- und ein langfristiger Aspekt gegeben. Kurzfristig erblicke man in dieser Diskussion ein Mittel, mit dem man, wenn man Glück hat, einen zu weitgehenden und zu rasch erfolgenden Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa auffangen könne. In Gesprächen mit amerikanischen Senatoren habe er bemerkt, daß hier ein starkes Argument gegen die gegeben sei, die einen einseitigen Abzug der Amerikaner wollen. Er selbst gebe sich keinen Illusionen hin. Er glaube, daß Ende der siebziger Jahre, vielleicht sogar in ein paar Jahren schon, nur noch ein Teil der amerikanischen Streitkräfte, die zur Zeit sich in Europa befinden, noch anwesend sein werden. Die nukleare Abschreckung mit aller Problematik, die damit verbunden sei, bleibe, die physische Präsenz jedoch werde reduziert. Unser Interesse liege darin, diese Tendenz zu verlangsamen, damit es bei mehr als einer symbolischen Präsenz bleibe. Zwar habe Senator Mansfield seine Entschließung nicht durchgebracht⁹, dies könne jedoch die Tatsache nicht verhehlen, daß es im Senat im Grunde eine Mehrheit für eine wesentliche Reduzierung der Streitkräfte gebe. Von unseren Freunden hörten wir, daß wir bei den anstehenden Offset-Verhandlungen¹⁰ weitgehend Entgegenkommen zeigen sollten und notfalls auch Haushaltsmittel einsetzen sollten, was im Grunde dem Gedanken eines Offset zuwiderläuft. Zwar sei man hier zu einem Höchstmaß an Zusammenarbeit bereit, glaube aber nicht, daß man dadurch den Trend der Entscheidung auf die Dauer durch den Einsatz von ein paar Millionen Mark bremsen könne. Der kleinen Mehrheit, die es im Senat für die Reduzierung der Truppen gebe, könne man die Meinung nicht abkaufen. Man werde sich aber kooperativ verhalten. Dem Argument, man könne eine Verminderung des amerikanischen Engagements durch einen Ausbau des deutschen Verteidigungsbeitrags kompensieren, müsse man entgegenhalten, daß dies nicht nur aus wirtschaftlichen

⁷ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 14. bis 18. Juni 1971 in den USA auf. Zum Gespräch mit Präsident Nixon am 15. Juni 1971 in Washington vgl. Dok. 208.

⁸ Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Außenministers Rogers mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 16. Juni 1971; Dok. 210, Anm. 4.

⁹ Zum Antrag des amerikanischen Senators Mansfield vom 11. Mai 1971 vgl. Dok. 179, Anm. 3.

¹⁰ Zur dritten Runde der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über einen Devisenausgleich am 28./29. Juni 1971 vgl. Dok. 222.

und finanziellen Beweggründen, die im übrigen für alle Partner gelten, unmöglich sei, sondern auch aus politischen Gegebenheiten heraus. Nicht nur im Hinblick auf die Ost-West-Beziehungen, sondern auch hinsichtlich der Beziehungen innerhalb des Westens halte er es für undenkbar, daß der deutsche Verteidigungsbeitrag erhöht werde. Es habe sich hier eine spezifische Größe herausgebildet, die das Verhältnis zwischen Ost und West und die Beziehungen in Westeuropa beeinflusse. Er glaube im übrigen, daß das Thema MBFR uns noch eine Reihe von Jahren beschäftigen werde.

Präsident *Pompidou* legte dazu dar, er glaube wie der Herr Bundeskanzler, daß man beide Themen nicht in Korrelation miteinander bringen solle. Im übrigen sehe die französische Seite beide Themen aus einer anderen Sicht. Was die Frage des Truppenabzugs zunächst anbelange, sei er über das Gespräch des sowjetischen Botschafters mit Außenminister Rogers nicht erstaunt. Auch er habe Gespräche darüber mit Russen gehabt. Seines Erachtens hätten die Russen keine festgelegte Doktrin. Breschnew habe mit seiner Anregung nur auf die Signale der Allianz¹¹ geantwortet.¹² Es bleibe aber die Frage, ob man über dieses Thema vor einer KSE oder am Rande einer KSE sprechen wolle. Die Sowjetunion habe bisher immer behauptet, daß ein solches Thema nicht zum Gegenstand einer KSE gemacht werden solle. Er glaube, daß die Sowjetunion sich über das richtige Forum einer solchen Diskussion noch nicht im klaren sei. Französischerseits stehe man diesen Fragen ohnehin mißtrauisch gegenüber. Allerdings sehe er ein, daß eine solche Diskussion den Abzug der Amerikaner aus Europa verzögern könnte. Er glaube, wie auch der Herr Bundeskanzler, daß die USA ihre Streitkräfte in Europa in jedem Falle verringern werden. Allerdings dürfte dabei auch nach Auffassung amerikanischer Stellen nicht so weit gegangen werden, daß die amerikanische Präsenz nur noch als symbolisch zu werten sei. Die Amerikaner müßten bei einem solchen Vorgehen mit innenpolitischen Reaktionen rechnen. Er sei jedenfalls der Auffassung, daß das Problem durch finanzielle Aspekte nicht geändert werde. In der Frage der MBFR befürchte Frankreich, daß es letzten Ende zu einem Tête-à-tête der Sowjetunion mit den USA komme. Dies zeige dann deutlich die Ohnmacht Europas.

Hinsichtlich der nationalen Streitkräfte teile er im Hinblick auf die Bundeswehr die Sorgen des Herrn Bundeskanzlers. Frankreich sehe diese Fragen allerdings in einer anderen Optik, da man im militärischen Bereich in einer Umwandlung begriffen sei. Frankreich leide jetzt noch unter den Auswirkungen des Algerienkriegs, was die Organisation seiner Streitkräfte anbelange. Frankreich habe sich seine Atomwaffen mit eigenen Mitteln ohne Hilfestellung der USA aufbauen müssen. Dies sei schwierig gewesen. Die Neuorganisation der französischen Streitkräfte erstrecke sich auch auf den Atombereich; dort bereite

¹¹ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister und Vertreter der am NATO-Verteidigungsprogramm beteiligten Staaten vom 25. Juni 1968 („Signal von Reykjavik“); Dok. 46, Anm. 7. Vgl. dazu ferner die „Erklärung über gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierung“ der Minister der am integrierten NATO-Verteidigungsprogramm beteiligten Staaten vom 27. Mai 1970 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUES, S. 237 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 318 f. Für einen Auszug vgl. Dok. 56, Anm. 4.

¹² Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs der KPdSU, Breschnew, am 30. März 1971 auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU in Moskau und am 14. Mai 1971 in Tiflis; Dok. 172, Anm. 9, und Dok. 181, besonders Anm. 2.

man den Übergang zum thermonuklearen Bereich vor. Dies werde Jahre in Anspruch nehmen. Man habe nicht die Absicht, die eigenen Bemühungen zu verringern. Acht Jahre lang habe es an finanziellen Mitteln für die Organisation der Streitkräfte gefehlt. Dem sei jetzt nicht mehr so. Deshalb könne man sich auch nicht in sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen engagieren, die eines schönen Morgens Frankreich zur Reduzierung seiner Streitkräfte verpflichten könnten. Deshalb wünsche man kein sowjetisch-amerikanisches Tête-à-tête; aus nationalen Gründen wolle man die eigenen militärischen Anstrengungen nicht reduzieren. Merkwürdig sei, daß die Sowjetunion immer wieder betone, sie wolle keine Block-zu-Block-Verhandlungen. Hier aber scheine sie diese Absicht zu hegen. Frankreich unterhalte gute Beziehungen zur Sowjetunion auf vielen Gebieten. Er könne aber zu all dem nur sagen, daß sein Mißtrauen wach bleibe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er stimme darin mit dem Präsidenten überein, daß diese Frage nicht zum Gegenstand isolierter Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA gemacht werden könnte, wozu bei beiden die Versuchung groß sei. Aus all dem, was der Präsident aber gesagt habe, könne man zusätzliche Beweggründe dafür finden, daß Frankreich sich trotz seiner besonderen Stellung an diesen Erörterungen beteiligen solle. Dies könne in einer Form geschehen, die Frankreich zusage. Es wäre auch eine Hilfe für alle Partner, da Europa dann bei solch wichtigen Erörterungen, die zunächst exploratorisch sein dürften, präsent wäre.

Dazu erklärte Präsident *Pompidou*, er kenne zwar die Mechanik, die man sich in Lissabon ausgedacht habe¹³, nicht gut, fürchte aber, daß bei all dem die Möglichkeit von Verhandlungen unter den Blöcken in der leuchtendsten Form herauskommen könne. Er wolle niemand kritisieren, schon gar nicht die Bundesrepublik, er betone nur noch einmal, daß er allen diesen Fragen mißtrauisch gegenüberstehe. Vielleicht habe der deutsche Botschafter bei der NATO¹⁴ berichtet, daß er (*Pompidou*) in Brüssel gesagt habe, daß er deshalb mißtrauisch bleibe, weil die Allianz und der Westen viel verlieren könnten. Er sei davon überzeugt, daß alle diese Gedanken auf die Wiederauflage eines Rapacki-Planes¹⁵, also auf die Neutralisierung Europas hinausliefen. Für die Sowjetunion wäre dies ein Idealzustand, wohl auch für die USA. Dies sei aber nicht die Position Frankreichs.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, bei den Kontakten, die man mit der Sowjetunion seit Unterzeichnung des Vertrages¹⁶ habe, sei demgegenüber bemerkenswert, daß die Sowjetunion nicht mehr den Versuch unternehme, uns auf die eigene Stellung in der Allianz anzusprechen. Früher sei es so gewesen, daß man nicht nur mit den Mitteln der Propaganda, sondern auch bei den damals weniger zahlreichen Kontakten immer wieder versucht habe, uns gegen die

¹³ Zur Frage des Übergangs von exploratorischen Gesprächen über eine MBFR zu Verhandlungen vgl. Ziffer 15 des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 3./4. Juni 1971 in Lissabon; Dok. 197, Anm. 4.

¹⁴ Franz Krapf.

¹⁵ Zu den zwischen 1957 und 1964 vorgelegten Abrüstungsvorschlägen des polnischen Außenministers Rapacki vgl. Dok. 210, Anm. 22.

¹⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BULLETIN 1970, S. 1094.

USA oder gegen die Allianz auszuspielen. Jetzt habe man den Eindruck, daß die Sowjetunion es akzeptiere, daß wir Mitglied der Allianz sind. Er halte dies für interessant.

Was den Gedanken einer KSE anbelange, habe Präsident Pompidou vorhin durch eine Randbemerkung angedeutet, daß man aus der Haltung der Sowjetunion nicht recht schlau werde. In der Tat sei es so, daß die Sowjetunion, wenn sie mit ihren Partnern Erklärungen abgebe, den Eindruck erwecke, daß sie die KSE am liebsten morgen oder wenn möglich schon gestern stattfinden lassen wolle. Rede die Sowjetunion aber individuell, z. B. mit Großbritannien oder mit uns, schneide sie diese Frage gar nicht an. Dies sei eine Erfahrung, die man öfter gemacht habe. Er frage sich, ob dies Ausdruck der Tatsache sei, daß die Sowjetunion gegenüber ihren Partnern ein anderes Spiel betreibe als gegenüber dem Westen. Allerdings könne dies auch Ausdruck von Meinungsdivergenzen in der russischen Führung sein. Deutscherseits glaube man, daß man dies an ein paar Punkten festgestellt habe. Präsident Pompidou wisse aber auch, daß die Rumänen – die es jedem sagen, der es hören will –, die Jugoslawen, die dem Warschauer Pakt nicht angehören, aber auch die Polen und Ungarn – wenngleich weniger lautstark – eine KSE wollen, weil sie glauben, daß diese Konferenz ihnen ein zusätzliches Maß an Sicherheit dadurch bringt, daß man auch außerhalb des Konferenzsaales zusammensitzen kann. Damit bietet sich für diese Länder die Möglichkeit von Kontakten. Dies sei ein Grund, aus dem die Bundesrepublik für die Konferenz sei.

Wie stelle sich Frankreich den Ablauf einer Konferenz vor, wenn es im nächsten Jahre dazu komme? Sollten in einer ersten Runde die Außenminister, dann die Botschafter tagen und dann in einer Schlußrunde eine Zusammenfassung erfolgen, ohne daß eine Dauereinrichtung geschaffen werde? Sei die französische Regierung auch der Auffassung, daß da, wo es schon Einrichtungen gibt, nicht künstlich neue geschaffen werden sollten? In Genf zum Beispiel gebe es die ECE, die in den 50er Jahren gute Ansätze erbracht habe. Seines Erachtens sollte man solchen Einrichtungen Leben einhauchen, statt neue Tätigkeiten in Gang zu setzen oder bestehende Einrichtungen zu duplizieren.

Präsident *Pompidou* bemerkte, auf die KSE habe man in Frankreich von Anfang an günstig reagiert, vielleicht stärker als andere Länder wie zum Beispiel die USA. Dies sei geschehen aus eben den Gründen, die auch der Herr Bundeskanzler angeführt habe, nämlich die Interessenlage etwa Rumäniens, Ungarns, Polens. Ein solches Treffen würde es der Sowjetunion auch schwieriger machen, sich mit Machtmitteln durchzusetzen, wie dies seinerzeit in der Tschechoslowakei geschehen sei. Wenngleich er davon überzeugt sei, daß bei Auftreten schwerwiegender Probleme für die Sowjetunion diese nicht zögern würde, in ein Land einzumarschieren, könne man doch davon ausgehen, daß der sowjetische Druck auf Länder wie die genannten sich dann mindern müßte, wenn diese Länder, gestützt auf Kontakte mit dem Westen, die durch die Konferenz zustande kommen, kluge Entscheidungen treffen. Schwierige West-Ost-Beziehungen könnten sich dann enger gestalten, was ein gewisses Freiwerden für alle bedeute. Er glaube, daß der Herr Bundeskanzler den möglichen Ablauf der Konferenz richtig gesehen habe, wobei man sich allerdings nicht starr auf eine Formel festlegen wolle. Seines Erachtens sei im Jahre 1972 eine gute Chance da-

für gegeben, daß man eine KSE abhält oder ihre Abhaltung beschließt. Freilich dürfe eine solche Konferenz nicht nur dem Vorlesen von vorbereiteten Texten gewidmet sein, weil sonst das Interesse der Öffentlichkeit daran verlorengehe. Hier müsse man vor allen Dingen an die Öffentlichkeit der Ostländer denken, die ja verfolge, was bei einer solchen Konferenz vor sich geht.

Für neue Institutionen sei er gewiß nicht. Es gebe schon zuviel. Man habe aber genügend Zeit darüber nachzudenken.

Der Herr *Bundeskanzler* schnitt im Zusammenhang mit dem Ost-West-Verhältnis noch zwei Fragen an. Zur Lage in Südostasien bemerkte er, er habe den Eindruck, daß Präsident Nixon entschlossen sei, sich aus Vietnam zurückzuziehen. Ob alle politischen Rechnungen, die damit verbunden sind, dabei aufgehen, sei allerdings sehr die Frage. Die Absicht sei jedoch klar. Freilich erlaube die durch die Veröffentlichung der bekannten Papiere¹⁷ entstandene Krise es wohl nicht, die Dinge so geordnet ablaufen zu lassen, wie Präsident Nixon das wünsche.

Für die Bundesrepublik stelle sich das China-Problem anders als für viele andere Länder. Er habe Präsident Nixon gesagt, daß er an dessen Stelle sich bemühen würde, die Beziehungen zu China zu entlasten mit dem Ziel, zu einem ausgewogenen Verhältnis zu gelangen. Vielleicht hätte man dies schon früher tun können. Es habe aber keinen Zweck, über den Schnee des vergangenen Jahres zu diskutieren. Präsident Nixon habe ihm gesagt, daß er die deutsche Haltung gegenüber diesem Problem verstehe. Die Bundesrepublik betreibe keine feindselige Politik gegen China. China stelle ein großes Volk dar, das eine Rolle in der organisierten Familie der Nationen spielen müsse. Zur besseren Illustrierung der deutschen Einstellung gegenüber diesem Problem wolle er eine Anekdote erzählen: Gegen Ende des letzten Krieges habe ein Vater in Berlin seinem Sohn die Weltkarte gezeigt und darauf die Umriss Deutschlands beschrie-

¹⁷ Am 13. Juni 1971 begann die Tageszeitung „The New York Times“ mit der Veröffentlichung von Artikeln, die auf der vom amerikanischen Verteidigungsminister McNamara 1967 in Auftrag gegebenen internen Darstellung unter dem Titel „History of US Decision Making Process on Vietnam-Policy“ basierte. Die 47 Bände der sogenannten „Pentagon Papers“ umfaßten ca. 3000 Seiten Darstellung, der rund 4000 Seiten an Dokumenten beigelegt waren, und behandelten das amerikanische Engagement in Indochina vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis Mai 1968. Nach den ersten drei Artikeln erwirkte das amerikanische Justizministerium eine einstweilige Verfügung gegen die Fortsetzung des Abdrucks. Am 30. Juni 1971 entschied der Oberste Gerichtshof der USA, daß die Veröffentlichung der Artikelserie fortgesetzt werden dürfe. Im Juli 1971 erschien die Artikelserie als Buch. Vgl. dazu THE PENTAGON PAPERS AS PUBLISHED BY THE NEW YORK TIMES. Based on Investigative Reporting by Neil Sheehan. Written by Neil Sheehan, Hedrick Smith, E.W. Kenworthy and Fox Butterfield. Articles and Documents edited by Gerald Gold, Allan M. Siegal and Samuel Abt, Toronto/New York/London 1971.

Botschafter Pauls, Washington, berichtete am 1. Juli 1971, daß sich der amerikanische Staat aufgrund der Veröffentlichung dieser internen Dokumente „in einer tiefen Krise, die seine Bündnisqualität nicht unberührt läßt“, befinde. Pauls stellte die Überlegung an, wie sich dieser Vorgang auf die internationale Vertrauenswürdigkeit der amerikanischen Regierung auswirken könne: „In den vorliegenden 47 Bänden werden 34 ausländische Regierungen erwähnt bzw. besprochen. Deutschland ist nicht darunter, aber man stelle sich die Auswirkungen auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen vor, wenn beispielsweise eines Tages neun Bände Berlin-Politik von 1962 bis '71 veröffentlicht würden. Der von Europa Beobachtende mag in dem, was zur Zeit in den Vereinigten Staaten geschieht, geradezu Auflösungserscheinungen der staatlichen Existenz zu erkennen glauben. [...] Was jetzt hier geschieht, wird die Bereitschaft der amerikanischen Öffentlichkeit, den Vietnamkrieg noch weiter zu ertragen, mindern und wird die Moral der in Indochina stehenden Truppen angreifen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1483; VS-Bd. 9817 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1971.

ben. Der Sohn schaute sich das an und fragte dann den Vater, weiß das der Führer auch?

Er (der Herr Bundeskanzler) wolle damit sagen, daß wir wissen, wo Deutschland liegt, und daß wir ebenfalls wissen, daß es aus unserer Lage heraus erforderlich wird, erst zu einem Mehr an Normalisierung unserer Beziehungen zur Sowjetunion zu gelangen, bevor wir unser Verhältnis zu China normalisieren können. Anders ausgedrückt wolle er nicht den Verdacht erwecken, daß man Gegensätze ausnutzen wolle. Dies wäre auch töricht, nicht einmal so sehr vom moralischen, als einfach vom Standpunkt der praktischen Politik. Man versuche, China wissen zu lassen, daß die deutsche Politik nicht gegen China gerichtet ist. Es gebe Handel mit China in gewissem Umfange. Es liege im deutschen Interesse, zunächst die Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion stärker zu betreiben, bevor man an China denken könne.

Präsident *Pompidou* entgegnete, er teile die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich des Vietnam-Kriegs. Auch für ihn sei diese Angelegenheit erledigt, wenngleich das Ende wohl noch nicht morgen kommen werde. Die Entscheidungen seien jedoch getroffen. Er habe Präsident Nixon vor 18 Monaten gesprochen¹⁸ und sei anschließend bei einer Pressekonferenz von Journalisten kritisiert worden, weil er gesagt habe, er sei davon überzeugt, daß Präsident Nixon sich aus Vietnam zurückziehen wolle. Nunmehr sei diese Lage eingetreten. Man wisse auch, daß Nordvietnam, zu dem man gute Beziehungen unterhalte, entschlossen sei, dem Krieg ein Ende zu setzen. Diese Entschlossenheit sei wohl auch nicht unbeeinflußt von der neuen Politik Chinas. Im Pentagon stelle man noch ein gewisses Zögern fest, könne aber wohl insgesamt davon ausgehen, daß die Sache erledigt sei.

Er verstehe auch durchaus die Haltung der Bundesregierung gegenüber China. China durchlaufe zur Zeit eine „Krise des netten Tons“, dies könne sich ändern. Er verweise auf Pressezitate, in denen noch zwei bis drei Kulturrevolutionen gefordert würden; was eine neuerliche Änderung der chinesischen Politik anbelange, könne man also Hoffnung haben. Zur Zeit aber seien die Chinesen mit allen Leuten nett. Im übrigen sei die Sowjetunion in immer stärkerem Maße von ihrem Chinaproblem in Anspruch genommen. Dies sei gut für Europa. Die Einstellung der USA gegenüber China entwickle sich ziemlich schnell.

Präsident *Pompidou* ging sodann auf den Nahost-Konflikt ein. Er verwies auf die von den Sechs gemeinsam erarbeitete Position¹⁹, die sowohl in Israel als auch bei den Arabern unangenehme Reaktionen hervorgerufen habe. Was den Nahost-Konflikt anbelange, glaube er nicht, daß eine Lösung wie im Falle des Vietnamkrieges bald anstehe. Den amerikanischen Außenminister Rogers halte er für einen Optimisten. Rogers sei davon überzeugt, daß man vor Ende 1971 noch entscheidende Fortschritte in der Frage der Wiedereröffnung des Suez-Kanals²⁰ verzeichnen könne. Er (*Pompidou*) frage sich, ob dem wirklich so sei. Zwar seien sowohl die Ägypter als auch die Sowjetunion, die USA und auch Is-

¹⁸ Präsident Pompidou hielt sich vom 23. Februar bis 3. März 1970 in den USA auf.

¹⁹ Für den im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten Nahost-Bericht vom 13./14. Mai 1971 vgl. Dok. 143.

²⁰ Zur Sperrung des Suez-Kanals vgl. Dok. 64, Anm. 16.

rael für die Wiedereröffnung, man dürfe die Schwierigkeiten dabei jedoch nicht unterschätzen.

Minister Scheel werde nach seiner Informationsreise nach Israel²¹ genaueres berichten können. Er (Pompidou) habe den Eindruck, daß Israel immer stärker in einen Zustand der inneren Spannung gerate. Daraus erwüchsen Angstgefühle; man habe zu niemand mehr Vertrauen, weder zu den USA noch zu Europa noch zur UNO. Man vertraue nur auf sich selbst, auf die Waffen und die Leute, die man einsetzen wolle, um die neuen Grenzen zu halten.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er habe vor ein paar Monaten Frau Golda Meir getroffen.²² Sie habe eine sehr kämpferische Haltung an den Tag gelegt und das Bild vermittelt, daß Israel allein stehe, keine Freunde habe und notfalls bis zum letzten Mann kämpfen wolle. Von Freunden habe er gehört, daß Mosche Dajan eine etwas kritischere Einstellung habe. Nach dem israelischen Parteiensystem könne Mosche Dajan aber nicht erster Mann des Landes werden. Dies sei sein Nachteil. Sein Vorteil sei, daß man gerade ihm weder Nachgiebigkeit noch Feigheit vorwerfen könne. Einer der Freunde des Herrn *Bundeskanzlers* habe ihn auf diese Frage angesprochen. Dajan habe erwidert, warum er innenpolitische Konflikte austragen solle, solange niemand stark genug Druck auf Israel ausübt. Der Herr *Bundeskanzler* verstehe, daß Israel Modifikationen fordere, die seinen Sicherheitsinteressen entsprechen. Wie aber könne man verhindern, daß im Herbst von ägyptischer Seite aus geschossen wird? Wieviel Zeit werde dann vergehen, bis man von einem Diktatfrieden spreche?

Präsident *Pompidou* entgegnete: „Viel Zeit!“

Der Herr *Bundeskanzler* regte dann an, vor Hinzuziehung der Fachminister noch einmal auf die schwierigen monetären Fragen einzugehen. Wenn uns in der verbleibenden Stunde bis zur Plenarsitzung²³ nicht mehr ganz neue Dinge einfelen, habe man Übereinstimmung nur darin vorzuweisen, daß man enge bilaterale Kontakte halten wolle. Es wäre seines Erachtens gut, wenn man nach außen dies mit der Feststellung von ein paar Punkten verbinden könnte, über die man sich einig sei: Man wolle weiter an der Wirtschafts- und Währungsunion arbeiten, wobei gerade unsere beiden Länder sich um eine Harmonisierung der Wirtschaft bemühen sollten. Ferner könne die Bundesregierung erklären, daß sie in absehbarer Zeit zu einer Rückkehr zu festen Paritäten²⁴ gelangen wolle. Für den internen Gebrauch könne er dem Präsidenten die Zusage geben, daß er sich mit seinen Kollegen bemühen werde, Zeitpunkt und Inhalt dieser Rückkehr abzustimmen und dabei den Rat unserer Freunde möglichst voll einbeziehen wolle. Er sehe nicht, wie man heute noch sehr viel weiterkommen könne.

²¹ Bundesminister Scheel besuchte vom 7. bis 10. Juli 1971 Israel. Vgl. dazu Dok. 237, Dok. 238 und Dok. 243.

²² Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsidentin Meir trafen sich im Rahmen der Tagung der „Sozialistischen Internationale“ vom 25. bis 27. Mai 1971 in Helsinki. Vgl. dazu BRANDT, Begegnungen, S. 590 f.

²³ Am 6. Juli 1971 fand im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen eine Plenarsitzung beider Delegationen statt. Für das Protokoll vgl. VS-Bd. 9790 (I A 1).

²⁴ Zum Beschluß der Bundesregierung vom 9. Mai 1971 zur vorübergehenden Freigabe des Wechselkurses der DM vgl. Dok. 157, Anm. 6.

Präsident *Pompidou* entgegnete, dies sei auch seine Auffassung. Er habe gestern abend noch einmal mit Minister Schiller gesprochen. Minister Schiller sei zutiefst davon überzeugt, daß er recht habe. Präsident Pompidou glaube, daß wirtschaftlich und politisch gesehen die von Minister Schiller betriebene Methode wie jede andere Erfolg haben könne. Nach außen hin erbringe sie aber klare Nachteile sowohl für die Gemeinschaft als solche wie auch die Nachbarländer, mit denen die Bundesrepublik Handel treibe, somit auch für Frankreich. Er könne nicht leugnen, daß Schillers Politik aus deutscher Sicht logisch sei; der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers könne er zustimmen.

Wolle man in der Gemeinschaft zu einer gemeinsamen monetären Position gelangen, könne man nur sagen, daß man zur Zeit nicht an das internationale System rühren dürfe. Man könne es berichtigen, verändern, aber es gebe eben in der Gemeinschaft ein Problem, das durch den Dollarzufluß hervorgerufen worden sei. Auf die USA könne man nicht mit dem Ziel einwirken, die zuständigen Stellen sollten für die Gesundung der Zahlungsbilanz Sorge tragen. Dies gehe uns auch nichts an, genau so wenig wie die Frage, wie die USA ihre Sonderziehungsrechte oder ihre Anleihen finanziere. Europa aber müsse zu einem klassischeren System zurückkehren, und die USA müßten mit uns über diese Fragen reden. Möglicherweise würden die USA dies aber nicht tun, weil sie den derzeitigen Zustand ganz angenehm finden.

Bei dem folgenden etwa 30minütigen Gespräch mit den Finanzministern wurde auf Anweisung des Herrn Bundeskanzlers wegen der fortgeschrittenen Zeit simultan gedolmetscht (Flüsterdolmetschen). Daher kann darüber keine Dolmetscheraufzeichnung vorgelegt werden.

Ende des Gesprächs 11.05 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 36

233

Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem französischen Außenminister Schumann

Z A 5-64.A/71 VS-vertraulich

6. Juli 1971¹

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Herrn Minister und dem französischen Außenminister Schumann, das am 6. Juli 1971 um 9 Uhr 30 in Anwesenheit des Politischen Direktors im Quai d'Orsay, M. de Beaumarchais,

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 7. Juli 1971 von Dolmetscherin Bouverat gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Hallier am 12. Juli 1971 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfeld und Legationsrat I. Klasse Vergau am 13. Juli 1971 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor von Staden am 14. Juli 1971 vorgelegen.

Hat Botschafter Roth am 15. Juli 1971 vorgelegen, der die Aufzeichnung an die Referate II B 2 und II B 1 weiterleitete.

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Menne und Mertes am 15. Juli 1971 vorgelegen.

sowie Staatssekretär Frank und MD von Staden im Auswärtigen Amt stattgefunden hat.

Der Herr *Minister* sprach einleitend den Wunsch aus, die Erörterung über die MBFR-Frage vom Vortage² im kleineren Kreis fortzusetzen.

Anknüpfend an die Erklärung von M. Schumann, daß Frankreich bereit sei, an den vorbereitenden Gesprächen über die MBFR in dem dazu bestimmten NATO-Komitee teilzunehmen, führte der Herr Minister aus, für die Bundesrepublik sei es entscheidend, daß Frankreich sich nicht nur an den Arbeiten des Komitees, sondern auch an der für den kommenden Herbst geplanten Konferenz (der Vizeaußenminister)³ beteilige. Welcher Art diese Beteiligung sein werde – ob in beobachtender Funktion oder mit Einflußmöglichkeit –, sei eine zweite Frage. Auf deutscher Seite habe man seit Jahren den Gedanken an eine MBFR positiv vertreten, jedoch immer von dem Prinzip der Ausgewogenheit der beiderseitigen militärischen Positionen ausgehend. Die möglicherweise ausgehandelten militärischen Maßnahmen sollten auch von einer politischen Entspannungsphase flankiert werden. Eine derartige Ausgewogenheit könne aber nur erreicht werden, wenn die MBFR sorgfältig behandelt werde und⁴ ihr Tempo nicht außer Kontrolle gerate.

In den letzten Wochen habe er (der Herr Minister) den Eindruck gewonnen, daß einige sich der MBFR als politisches Instrument bedienen wollten, um anderes in Gang zu bringen. Auch werde seiner Auffassung nach auf die MBFR zu viel Einfluß von Personen ausgeübt, die zu wenig militärische Verantwortung trügen.⁵ Die Teilnahme Frankreichs erscheine wegen deren besonderer Position⁶ sehr wichtig, weil dadurch eine vorsichtige Behandlung der Fragen gewährleistet wäre. Von deutscher Seite halte man eine Teilnahme Frankreichs mit Einflußmöglichkeit in allen Phasen auch für erforderlich, weil man sich eine wirk-same MBFR, die sich nicht auf den französischen Raum erstrecken würde, nicht vorstellen könne; und Frankreich werde sicher nicht zulassen, daß eine für die französische Sicherheit entscheidende Entwicklung ohne seine Beteiligung beschlossen werde. Er wiederhole, daß die Bundesregierung in der MBFR ein Instrument sehe, das supplementär zur KSE eine Rolle spielen könne, aber – ausgehend von dem Grundsatz der Ausgewogenheit – könne sie nur in Etappen entwickelt werden, die sehr sorgfältig kontrollierbar sein müßten.

Der Herr Minister verwies dann auf das amerikanische Interesse an der MBFR: Man könne darüber rätseln, ob die USA die MBFR unter dem Gesichtspunkt ihrer Globalstrategie betrachteten oder als innenpolitisches Instrument, das ge-

² Am 5. Juli 1971 führten Bundesminister Scheel und der französische Außenminister Schumann Gespräche während der Fahrt mit dem Rheinschiff „MS Loreley“ von Mainz nach Koblenz. Vgl. dazu den Artikel „Brandt und Pompidou auf der ‚Loreley‘“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 6. Juli 1971, S. 1.

³ Zum Vorschlag einer Konferenz der stellvertretenden Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 197, Anm. 4.

Die Konferenz fand am 5./6. Oktober 1971 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 348.

⁴ Korrigiert aus: „behandelt und“.

⁵ Dieser Satz wurde von Botschafter Roth angeschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In der Vergangenheit war es eher umgekehrt. Hier wird das Verhältnis Politik – militärisches Instrument angesprochen! Was bedeutet: Primat der Politik?“

⁶ Frankreich schied zum 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

eignet sein könnte, den Druck von Senator Mansfield und anderer⁷ aufzufangen, möglicherweise nur vorübergehend bis zur Wahl⁸. Auf jeden Fall könne man sich nicht verhehlen, daß in den USA die Tendenz bestehe, ihre Präsenz in der Welt – und daher auch in Europa – abzubauen. Sicherlich würden eines Tages die amerikanischen Truppen ganz aus Europa abgezogen, da es unnatürlich sei, daß eine Nation für unabsehbare Zeit Truppen in einer anderen Region beließe. Auf deutscher Seite sei man der Ansicht, daß kein allzu enger Zusammenhang zwischen der allgemeinen Entwicklung und der MBFR gemacht werden sollte. Auch sollte diese nicht als „europäisches Plazet“ für innenpolitische Maßnahmen der USA benutzt werden. Andererseits sei es auch den USA klar, daß Verhandlungen über die MBFR sich sehr lange hinziehen würden und daß das Verbleiben der Amerikaner in Europa ein entscheidendes Element für den Frieden in Europa sei, das nicht im Wege der MBFR abgebaut werden könne.

In diesem Zusammenhang möchte er – der Herr Minister – an M. Schumann die allgemeine Frage richten, ob Frankreich mittelfristige oder langfristige Pläne über die Verteidigungspolitik für Europa ausgearbeitet habe, auch unter Berücksichtigung eines schwindenden Engagements der USA: Frankreich habe zwar in den letzten Jahren eine „gewisse Reservestellung“ in der Verteidigungspolitik eingenommen, er glaube aber, daß es die Zeit genutzt habe, um eigene Vorstellungen für die Verteidigungsstruktur zu entwickeln.

Außenminister *Schumann* wies darauf hin, daß er zunächst auf die letzte Frage des Herrn Ministers antworten werde, die „sehr stichhaltig sei und die gesamte Debatte dominiere“. Zum Standpunkt Frankreichs in bezug auf die globale Verteidigung habe er zweierlei zu bemerken: Frankreich habe nicht den Wunsch, daß die USA sich „über einen bestimmten Punkt hinaus“ aus Europa zurückzögen. Man habe in Paris immer vorausgesehen, daß die Amerikaner in Europa „nicht ewig präsent“ sein würden, möchte jedoch, daß – wie Präsident Pompidou es formuliert habe – die amerikanische Präsenz auf einem „niveau significatif“ belassen werde. Erklärungen dieser Art seien aber nicht ausreichend, Europa müsse selbst einen Beitrag dazu leisten. Auch den innenpolitischen Argumenten in den USA zugunsten eines Truppenabzugs könne man am besten begegnen, wenn man sich zu einer entsprechenden Anstrengung bereit erkläre. In Lissabon⁹ habe er – Schumann – dies nicht deutlich zu sagen gewagt; es sei aber eine Tatsache, daß in Europa nur Deutschland und Frankreich zu derartigen Anstrengungen, die von „kapitaler Bedeutung“ seien, gewillt seien. Die beste Antwort an Senator Mansfield sei die Bereitschaft, sich an den Verteidigungsanstrengungen zu beteiligen. Präsident Pompidou habe ihn – Schumann – ermächtigt, in Lissabon, auch vor der Presse, zu erklären, daß Frankreich bisher einen bestimmten Prozentsatz seines Haushalts für Verteidigungszwecke aufwende und nicht die Absicht habe, diesen Anteil herabzusetzen.¹⁰

⁷ Vgl. dazu die Anträge der amerikanischen Senatoren Mansfield und Nelson vom 11. bzw. 19. Mai 1971; Dok. 179, Anm. 3.

⁸ Am 7. November 1972 fanden in den USA die Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus, Teilwahlen zum Senat und Gouverneurswahlen statt.

⁹ Zur NATO-Ministerratstagung am 3./4. Juni 1971 in Lissabon vgl. Dok. 197.

¹⁰ Der Passus „daß Frankreich bisher ... diesen Anteil herabzusetzen“ wurde von Botschafter Roth hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Herabsetzung ist jedoch 1970 erfolgt.“

Nixon habe Präsident Pompidou gesagt, eine derartige Erklärung sei das beste Argument gegen Mansfield. Deutschland habe offenbar auch nicht die Absicht, einen bestimmten Punkt zu unterschreiten, andererseits dränge es aber auch wieder mit Nachdruck darauf, daß im Rahmen der MBFR gleichzeitig die ausländischen und die nationalen Truppen abgebaut werden. Dies sei „etwas verwirrend“. Vielleicht erkläre sich diese Haltung im wesentlichen aus politischen Motiven, und zwar aus dem Wunsch, den deutschen Anteil an der Globalverteidigung nicht zu erhöhen.¹¹

Der Herr *Minister* bemerkte, es gebe für die Bundesrepublik „nicht nur Ost-West-Probleme, sondern auch West-West-Probleme“ im Zusammenhang mit der Struktur der Verteidigungskräfte.

M. Schumann führte weiter aus, die zweite Antwort sei „delikater“: Bei den Verhandlungen zwischen den USA und der SU habe es bisher in zwei Punkten Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Mächten gegeben: Erstens in der Frage, ob die Defensiv- und die Offensivwaffen in den Abbau mit einbezogen werden sollten. Jetzt habe die SU zugestimmt und sich damit einverstanden erklärt, diese Entscheidung in das Kommuniqué aufzunehmen¹²; zweitens habe ein noch bedeutungsvollerer Meinungsunterschied in der Frage bestanden, ob die „advanced systems“ in Europa ebenfalls abgebaut werden sollten.¹³ In diesem Punkt – heiße es – hätten die USA nicht den Sieg davongetragen; die Russen seien nicht von ihrem Standpunkt abgewichen, aber „die Frage sei geklärt“ (s. Erklärung von Gerard Smith in Brüssel v. 27.5.¹⁴ und amerikanisch-sowjetisches Kommuniqué vom 30.5.71¹⁵).¹⁶ Dies beunruhige ihn – Schumann –, da er nicht wisse, was es zu bedeuten habe. Er könne sich nicht vorstellen, daß die Russen in beiden Fragen (Abbau der Offensiv- und Defensivwaffen und

¹¹ Zu diesem Satz vermerkte Botschafter Roth handschriftlich: „Ein wichtiger Grund ist, Einfluß auf den ‚Prozeßablauf‘ zu behalten.“

¹² Vgl. dazu die gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 20. Mai 1971; Dok. 219.

¹³ Der Passus „Erstens in der Frage ... abgebaut werden sollten“ wurde von Botschafter Roth angeschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die USA wollten beides, die Sowjets haben sich in diesem Punkt also z. T. durchgesetzt! Es geht nun um den Abbau, zudem um Plafondierung.“

¹⁴ Korrigiert aus: „24.5.“

Am 28. Mai 1971 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Menne zu den SALT-Konsultationen im Ständigen NATO-Rat am Vortag aus: „Der Rat tagte in Sondersitzung, um die Erklärung des amerikanischen SALT-Delegationsleiters, Botschafter Smith, zu der jüngsten SALT-Entwicklung (gemeinsame amerikanisch-sowjetische Absichtserklärung vom 20.5.71) zu hören. [...] Botschafter Smith bezeichnete die gemeinsame Erklärung als eine nüchterne Anerkennung dessen, was durch die SALT-Verhandlungen zunächst erreicht werden könne. Die Absichtserklärung lasse die Umrisse eines Abkommens erkennen, das klare Vorteile für die ganze Allianz haben werde. Es sei die Absicht seiner Delegation, die Vereinbarungen über Abwehrraketen und über ‚gewisse Maßnahmen zur Begrenzung offensiver Systeme‘ gleichzeitig in Kraft treten zu lassen. Hauptgegenstand der ‚gewissen Maßnahmen‘ seien die sowjetischen überschweren SS-9-Raketen. Die Problematik der nicht-zentralen Systeme (FBS und sowjetisches Mittelstreckenpotential) verliere infolge der neuen Entwicklung an akuter Bedeutung; die begonnenen Studien brauchten z. Z. nicht weitergeführt zu werden. Die Wiener Phase habe ferner zu Fortschritten hinsichtlich der direkten Fernmeldeverbindung und hinsichtlich der Entwicklung vorbeugender Verfahren zur Verhütung eines nichtgenehmigten oder versehentlichen Nukleareinsatzes geführt.“ Vgl. VS-Bd. 3603 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1971.

¹⁵ Dieses Datum wurde von Botschafter Roth gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „20.5.71“.

¹⁶ Der Passus „die Russen seien nicht ... 30.5.71“ wurde von Botschafter Roth angeschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nein: Smith hat gesagt, die Frage würde ‚ausgeklammert‘.“

Abbau der „advanced arms“) zurückgesteckt hätten. Möglicherweise impliziere das Einverständnis zwischen den Russen und den Amerikanern die Tatsache, daß diese Waffensysteme im Zusammenhang (frz. „à la faveur“) mit der MBFR behandelt werden sollten.

Nach einem Hinweis des Herrn *Ministers* auf die russischen Mittelstreckenraketen betonte M. *Schumann*, daß ein bloßes Zurückziehen der nach dem Westen gerichteten 700 russischen Raketen nicht viel bedeuten würde.

Der Herr *Minister* hob nochmals die Bedeutung der Ausgewogenheit bei den Truppenreduzierungen und Abrüstungsmaßnahmen hervor, während M. *Schumann* erklärte, seine Hauptsorge bei etwaigen Verhandlungen sei die Tatsache, daß die Sowjets ein „droit de regard“ über das gesamte westliche Verteidigungssystem erhalten würden: Frankreich habe aber nicht die Absicht, in bezug auf seine „force de dissuasion“ ein derartiges Recht einzuräumen, denn im Falle eines Abzugs der Amerikaner wäre sie das einzige Abschreckungsmittel, was von dem Herrn Minister bestätigt wurde. Unter diesem Blickwinkel werde man auf deutscher Seite besser verstehen, warum Frankreich sich an den eigentlichen Verhandlungen nicht beteiligen wolle. Außerdem würden derartige Verhandlungen auch im Widerspruch zu der französischen Ablehnung des „Von-Block-zu-Block-Verhandelns“ stehen. Wenn die Allianz einen oder mehrere Vertreter benennen würde, wäre dies ein Musterbeispiel des „bloc-à-bloc“-Verfahrens. Frankreich werde sich also nicht an den Verhandlungen beteiligen, jedoch an der ersten vorbereitenden Phase. Zu dem deutschen Wunsch nach einer französischen Teilnahme an der Konferenz der „Vizeaußenminister“ könne er – Schumann – nichts sagen, da seine Regierung sich bisher weder dafür noch dagegen entschieden habe. Er werde sie aber von dem deutschen Wunsch unterrichten.

Nachdem der Herr Minister nochmals sein diesbezügliches Interesse bekundet hatte, wies M. *de Beaumarchais* darauf hin, daß die Vize-Außenminister-Konferenz drei Ziele habe:

- a) bilaterale Sondierungen auszuwerten,
- b) eine oder mehrere Personen für Kontakte zum Osten benennen und
- c) die Verhandlungsposition auszuarbeiten.

Hierzu bemerkte M. *Schumann*, daß Frankreich bei b) und c) nicht mitwirken könnte.¹⁷

¹⁷ Am 5. Juli 1971 legte der französische Verteidigungsminister gegenüber Bundesminister Schmidt seine Haltung zu MBFR dar. Debré führte aus, „er sei in bezug auf MBFR sehr skeptisch. Schon der Ansatz sei falsch. Wenn man die ungleiche Kräfteverteilung betrachte, sei schon der Begriff ‚ausgewogene Kräftevererringerung‘ nicht zu verstehen. Das sei auch einer der Gründe, weshalb er wenig Vertrauen in eine Einflußnahme auf die USA habe. [...] Er könne nicht sagen, welches letztlich die Haltung der französischen Regierung sein werde. Er persönlich sei der Auffassung, man müsse den USA sagen, welche Auswirkungen sich in Europa ergeben würden, die Konsequenzen daraus müßten die Amerikaner selbst ziehen. Er glaube auch nicht an die Brüsseler Konferenz. Bei den Partnerländern bestehe der Wunsch, die Militärausgaben zu verringern. Sie seien gegenüber den USA in einer sehr schlechten Situation, weil sie selbst z. T. weitergehen wollten, als es die Amerikaner von ihnen verlangten. [...] Die jetzige Lage erfülle ihn mit großer Sorge, denn man könne eine europäische Politik doch wohl nicht auf einem Verzicht aufbauen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 1524 (I A 7); B 150, Aktenkopien 1971.

Der Herr *Minister* wiederholte, daß eine Teilnahme Frankreichs an allen Phasen der Vorbereitung wichtig sei, ganz gleich in welcher Rolle.

Staatssekretär *Frank* führte ergänzend aus, daß auf der Konferenz nicht nur die gemeinsame Position für die Verhandlungen entwickelt, sondern auch das Datum, der Ort und das Verfahren festgelegt werden müßten. Er sei der Auffassung, daß diese Punkte vorher eingehend mit Frankreich erörtert werden sollten, das im Kontext der Entspannung eine stabilisierende Rolle einnehmen könne.

Außenminister *Schumann* fragte anschließend nach den Motiven der russischen Haltung in Tiflis¹⁸: Es seien verschiedene Interpretationen möglich: 1) daß die SU ein echtes Interesse an der Entspannung und Abrüstung habe; 2) daß sie ihre Westfront angesichts einer möglichen Bedrohung durch China stabilisieren wolle, und 3) – was Deutschland unmittelbar betreffen würde –, daß es das Berlin-“*préalable*“ umgehen wolle.

Der Herr *Minister* antwortete, welches auch immer die Motive seien, könne man nicht übersehen, daß ein russisches Interesse an MBFR in direktem Zusammenhang mit SALT bestehe, und daß die SU gleichzeitig Vorschläge über die Seestreitkräfte¹⁹ und eine Konferenz der fünf Atomkräfte gemacht habe.²⁰ Dies deute auf eine bestimmte Richtung der russischen Globalstrategie hin. Seiner Auffassung nach glaube die SU ihr Ziel erreicht zu haben; im militärischen Bereich als gleichrangig mit den USA gewertet zu werden, und aus dieser Situation heraus habe sie weltweite Initiativen der erwähnten Art eingeleitet. M. *Schumann* schloß sich dieser Betrachtungsweise an und schlug dann – um 10 Uhr 15 – vor, im erweiterten Kreis der Delegationen noch einige bilaterale Fragen zu behandeln.²¹

VS-Bd. 4567 (II B 2)

¹⁸ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 14. Mai 1971 in Tiflis vgl. Dok. 181, besonders Anm. 2.

¹⁹ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 11. Juni 1971 in Moskau; Dok. 219, Anm. 24.

²⁰ Zum sowjetischen Vorschlag vom 15. Juni 1971 betreffend die Einberufung einer Abrüstungskonferenz der fünf Atomkräfte vgl. Dok. 219, Anm. 25.

²¹ Am 6. Juli 1971 fand im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen eine Plenarsitzung beider Delegationen statt. Für das Protokoll vgl. VS-Bd. 9790 (I A 1).

234

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden

II B 2-81.30.2-969/71 geheim

6. Juli 1971

Vermerk für Herrn Staatssekretär Frank¹ mit dem Vorschlag der Vorlage beim Herrn Minister²

Betr.: MBFR

Die deutsch-französischen Konsultationen³ und die Exploration von Botschafter Roth in Washington⁴ geben mir Anlaß zu folgenden Überlegungen:

1) Der französische Widerstand gegen MBFR scheint im wesentlichen sicherheitspolitischer Natur zu sein. Es bestätigt sich, daß Frankreich seine Stellung in der NATO als Sonderstellung begreift⁵ und mit der deutschen Bindung an die Organisation sowie der amerikanischen Präsenz im Grunde sehr einverstanden war. Die Verminderung dieser Präsenz, vor allem aber die Furcht, in einen multilateralen Prozeß mit einbezogen zu werden, sind die Hauptmotive des Widerstandes gegen MBFR.

Für uns wird es darauf ankommen, die Franzosen an das MBFR-Verfahren nahe genug heranzubringen, um ihrer Stimme Gewicht zu geben. Ihre Argumentation dürfte teilweise der unseren entsprechen und kann nur wirksam sein, wenn sie nicht völlig abseits bleibt. Den größten Unterschied zu unserer Position sehe ich in der französischen Ablehnung, einheimische Truppen in die Reduzierung einzubeziehen.⁶ In dieser Frage sehe ich aber auch den schwächsten Punkt unserer eigenen Position.

2) Das Ergebnis der Mission Roth hat m.E. bestätigt, daß Präsident Nixon einen Reduktionserfolg will und daß die Maschinerie der amerikanischen Administration die Grundlagen dafür mit einer Effizienz liefern wird, der wir vergleichbar nichts entgegensetzen können. Wenn Hillenbrand betont, daß man im Rahmen der Allianz bleiben wolle, ist das sicher aufrichtig gemeint, nur fragt es sich, was es praktisch bedeutet.

¹ Hat laut Vermerk des Legationsrats I. Klasse Vergau vom 6. Juli 1971 Staatssekretär Frank vorgelegen.

² Hat Bundesminister Scheel am 6. Juli 1971 vorgelegen.

³ Die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen fanden am 5./6. Juli 1971 statt. Zur Erörterung von MBFR vgl. Dok. 232 und Dok. 233.

⁴ Zu den Gesprächen des Botschafters Roth am 30. Juni und 1. Juli 1971 vgl. Dok. 227.

⁵ Frankreich schied zum 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

⁶ Am 2. Juli 1971 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Behrends aus, „die französische Haltung habe sich seit der letzten Sitzung der Studiengruppe insoweit geklärt, als nunmehr entschieden sei, daß die französischen Streitkräfte in den MBFR-Prozeß nicht einbezogen werden würden. Die französische Regierung sei entschlossen, keine weitere Verminderung der französischen Streitkräfte, die in den letzten zehn Jahren aus Haushaltsgründen stark reduziert worden seien, zuzulassen. Die Stärke und die mögliche Reduzierung der in Deutschland stationierten französischen Streitkräfte gehöre nicht zur Zuständigkeit der NATO, sondern sei ein ausschließlich bilaterales deutsch-französisches Problem. Eine Verminderung dieser Streitkräfte könne nur das Ergebnis deutsch-französischer Vereinbarungen sein.“ Vgl. VS-Bd. 4567 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1971.

Wenn wir darauf bestehen, in die erste Phase einheimische Truppen einzubeziehen, die Grundsätze von Rom⁷ durch den Warschauer Pakt indossieren zu lassen und kollaterale Maßnahmen schon in dieser Phase vorzusehen, dann werden wir – so fürchte ich – von den Ereignissen überrollt werden und müssen uns womöglich mit stark verwässerten Formeln begnügen, die dann ein für allemal feststehen. Zugleich impliziert diese Position, daß von Anfang an multilateral verhandelt werden muß, und da die USA bald verhandeln wollen, besteht die Gefahr, daß die multilaterale MBFR-Verhandlung über die innerdeutsche Entwicklung und Berlin hinwegrollt.

Zu all diesen Gründen müßten wir uns die folgende Frage stellen:

Das eigentliche Politikum für die Sowjetunion ist die multilaterale Konferenz als solche, die den Weg für die internationale Anerkennung der DDR ohne Einschränkung freilegt und die gesamteuropäische Konferenz vorwegnimmt. MBFR wird hier gleichsam zum vorgezogenen Tagesordnungspunkt der KSE.

Das eigentliche Politikum für die USA ist der Nachweis einer effektiven Reduktion in Europa gegenüber Kongreß und öffentlicher Meinung, verbunden mit einer allianzkonformen Prozedur.

Unsere Interessen laufen Gefahr, übergangen zu werden, wenn die beiden Großmächte versuchen, einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Es fragt sich deshalb, ob wir nicht sowohl gegenüber den beiden Großmächten als auch gegenüber Frankreich in einer besseren Position wären und unsere Interessen leichter wahren könnten, wenn wir einer bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlung über einen ersten stark begrenzten Schritt unter der einzigen Bedingung zustimmten, daß weitere Schritte lediglich auf der Basis einer umfassenden Konzeption in Betracht kommen.⁸

Staden

VS-Bd. 4556 (II B 2)

⁷ Vgl. dazu Ziffer 3 der „Erklärung über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierung“ der Minister der am integrierten NATO-Verteidigungsprogramm beteiligten Staaten vom 27. Mai 1970; Dok. 56, Anm. 4.

⁸ Der Passus „wenn wir einer bilateralen ... in Betracht kommen“ wurde von Bundesminister Scheel hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte R[ücksprache]“.

Hat Staatssekretär Frank erneut am 13. Juli 1971 vorgelegen, der handschriftlich für Botschafter Roth vermerkte: „B[ittet] R[ücksprache]“.

Hat Roth am 14. Juli 1971 vorgelegen, der die Aufzeichnung an Ministerialdirektor von Staden weiterleitete und handschriftlich vermerkte: „Erh[alten] 14.7., 16.00 [Uhr]. Entscheidung StS: Diese Überlegungen als ein Element unseres zukünftigen Verhaltens im Kopf zu behalten, zunächst jedoch den Versuch zu unternehmen, eine gemeinsame Linie des Bündnisses für die St[ell]v[er]treter-Konferenz zu erreichen, die unserem MBFR-Konzept entspricht.“

Hat Staden erneut am 15. Juli 1971 vorgelegen.

235

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hansen

I A 1-80.11-373/71 geheim

6. Juli 1971

Über Herrn Dg I A¹ Herrn D Pol²/D Pol 2³

Betr.: Deutsch-französische Konsultationen der Staats- bzw. Regierungschefs
am 5./6. Juli in Bonn⁴;
hier: Parallelgespräche der Außenminister zum Berlin-Problem

Botschafter Sauvagnargues gab einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen und betonte, man habe im letzten Monat beträchtliche Fortschritte erzielt.⁵ Nun müsse man das Schlußprotokoll mit Priorität behandeln. Weitere aktuelle Punkte seien die Außenvertretung und die Vertretung der sowjetischen Interessen in West-Berlin.

Außenminister Schumann stellte fest, gegenüber dem Ergebnis seiner letzten Unterredung mit Gromyko⁶ sei eine Akzentverschiebung zu konstatieren.

Folgende Punkte wurden im einzelnen behandelt:

1) Sowjetische Vertretung in West-Berlin⁷

Der Herr Minister bemerkte dazu, die SU scheine bereit zu sein, diesen Punkt außerhalb des eigentlichen Abkommens zu regeln. Nun stelle sich die Frage, welche Art von Vertretung die drei Westmächte der SU anbieten werden oder zugestehen könnten. Die Meinungen dazu gingen noch sehr auseinander und reichten vom Intourist-Büro bis zum Generalkonsulat. Außenminister Schumann erwiderte, wichtig sei, was die SU als Gegenleistung zuzugestehen bereit sei. Es bestünde eine Verbindung zwischen dieser Frage und dem Problem der Außenvertretung.

2) Außenvertretung

Auf Frage des Herrn Ministers bemerkte Botschafter Sauvagnargues, in der Frage der Reisepässe seien die Sowjets zwar hart: Sie seien jedoch nunmehr offenbar bereit, über das Thema zu sprechen. Sie wollten für die West-Berliner Pässe mit dem Stempel und unter der Autorität der drei Westmächte.

Zum Problem der Vertretung Berlins in den internationalen Organisationen kam von französischer Seite der Gedanke, Berlin könne in der UNO-Vollver-

¹ Hat Ministerialdirigent Simon am 7. Juli 1971 vorgelegen.

² Hat laut Vermerk vom 12. Juli 1971 Ministerialdirektor von Staden „n[ach] R[ückkehr]“ vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirigent van Well am 7. Juli 1971 vorgelegen.

⁴ Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 5./6. Juli 1971 vgl. Dok. 228 – Dok. 230, Dok. 232 und Dok. 233.

⁵ Für den gemeinsamen Entwurf der Vier Mächte vom 28. Mai 1971 für ein Abkommen über Berlin in der Fassung vom 23. Juni 1971 vgl. Dok. 226.

⁶ Der französische Außenminister Schumann hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1971 in der UdSSR auf. Zu seinem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 165, Anm. 13.

⁷ Zur Frage der Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in Berlin (West) vgl. Dok. 231, Anm. 7.

sammlung durch die BRD vertreten werden, im Sicherheitsrat aber durch die Drei Mächte. Staatssekretär Dr. Frank äußerte dagegen Bedenken. Man könne hier nicht nach Organen differenzieren. Auch sei die Abgrenzung der Zuständigkeit der Organe schwierig. Beide Seiten waren sich darüber einig, daß man der SU den von ihr geforderten „doppelten Standard“ nicht zugestehen dürfe. Staatssekretär Frank wies darauf hin, daß die sowjetische Formel zu einer neuen Konfrontation zwischen der BRD und der DDR führen müsse. Das wollten wir vermeiden. Die französische Seite bezweifelte jedoch, ob man von der SU eine Anerkennung der bisher im Westen geübten Praxis der Außenvertretung erlangen könne.

Anschließend wurden die möglichen Formeln einer Regelung der Außenvertretung erörtert:

- Brief der drei Westmächte an die SU, den diese unbeantwortet läßt,
- Brief der SU an die Westmächte,
- Briefwechsel.

Botschafter Sauvagnargues warf den Gedanken auf, ob man nicht auf die Form des Briefwechsels zurückkommen solle, da Staatssekretär Bahr die Auffassung vertreten habe, in einem einseitigen Brief der SU dürfe nur eine positive Formel und kein Vorbehalt gegen die derzeit gehandhabte Form der Außenvertretung enthalten sein.

3) Zugang

Beide Seiten waren der Auffassung, man solle dieses Problem erst wieder aufgreifen, wenn ein gemeinsamer Text über den Gesamtkomplex der Berlin-Regelung erarbeitet sei.

Zur Kontrolle des Zugangs durch die DDR meinte Botschafter Sauvagnargues, es sei ein wenig utopisch, die totale Abschaffung der Kontrolle anzustreben. Man müsse vielmehr eine Formel finden, um die Kontrolle möglichst stark zu beschränken. Was den Begriff „Transit“ angehe, so könne man akzeptieren, daß ihn die SU in ihrem Brief als Adjektiv verwende. Im vereinbarten Text dürfe aber nur von „Verkehr“ gesprochen werden.

Außenminister Schumann fügte hinzu, man müsse hier im Bereich des Mehrdeutigen bleiben. Wenn man davon abweiche, so geschehe das zu unseren Ungunsten. Die Enumeration wäre für uns eine Falle.

4) Verhältnis Berlins zum Bund

Staatssekretär Frank betonte, von allen vorgeschlagenen Formeln sei für uns nur eine akzeptabel: „Berlin ist kein Land der Bundesrepublik“.

5) Bundespräsenz

Der Herr Minister unterstrich, wir müßten an dem Recht festhalten, daß Ausschüsse und Fraktionen des Bundestags in Berlin tagen dürfen. Es müsse sichergestellt sein, daß auf der Tagesordnung der Ausschusssitzungen alle Gesetzesmaterien stehen dürfen, deren Regelung von Berlin übernommen werden könne, außerdem die Fragen, welche die Bindungen Berlins an den Bund betreffen. Bei den Sitzungen der Fraktionen könne man von denselben Kriterien ausgehen. Außenminister Schumann fragte, ob für uns der Gedanke akzeptabel sei,

daß in Berlin nur ein einziger, für Berlin-Fragen zuständiger Ausschuß tagen dürfe.

Darauf antwortete der Herr Minister, dies würde praktisch bedeuten, daß man in Berlin nur Fragen der Bindung Berlins an die Bundesrepublik behandeln dürfe. Eine solche Regelung könne man dem Bundestag nicht vorschlagen. – Außerdem sei für uns auch eine „allgemeine Wohlverhaltensklausel“ nicht akzeptabel.

6) Zeitplan

Staatssekretär Frank berichtete von seiner kürzlichen Demarche gegenüber Botschafter Falin, den er auf einen objektiv bestehenden Zeitplan für die Berlin-Regelung und die Ratifizierung der Ostverträge hingewiesen habe.⁸ Wenn sich die vier Botschafter⁹ in diesem Herbst nicht einigten, so könnten die Verhandlungen der beiden deutschen Staaten nicht vor Ende dieses Jahres beendet werden. Dann aber könnten die Verträge nicht im Frühjahr dem Parlament zugeleitet und vor Beginn der Sommerpause ratifiziert werden. Im Sommer 1972 sei aber mit dem Beginn des Wahlkampfes in der Bundesrepublik¹⁰ zu rechnen. Dies schaffe eine den Verhandlungen nicht günstige Atmosphäre.

Beide Seiten waren darüber einig, daß die Einhaltung des Zeitplans weitgehend von der Haltung der DDR abhängen. Das Interesse der SU an einer Berlin-Regelung und an der Ratifizierung der Verträge bestehe fort.

7) Gespräche BRD–DDR

Auf Frage von Außenminister Schumann bestätigte der Herr Minister, daß sich in den innerdeutschen Gesprächen kein Fortschritt zeige. Trotzdem erhielten wir den Dialog aufrecht, weil er uns die Möglichkeit gebe, allgemeine Fragen zu erörtern. Man trete aber auf der Stelle, weil die DDR nicht bereit sei, die allgemeinen Verkehrsfragen vom Problem des Zugangs nach Berlin zu trennen. Wir müßten uns jetzt aber in jedem Fall auf die Berlin-Regelung konzentrieren.

Nach der Ablösung von Ulbricht¹¹ sei noch keine Veränderung in der Haltung der DDR erkennbar; es gebe auch keine Anzeichen für einen stärkeren Einfluß der SU. Jedoch sei bemerkenswert, daß man in bezug auf Berlin nun nicht mehr von einer selbständigen politischen Einheit, sondern von einem besonderen politischen Status spreche und sich damit näher an Moskau anlehne.

8) Verfahrensfragen

Beide Seiten waren darin einig, daß die Verhandlungspartner zunächst zu einer Übereinstimmung über den Gesamtkomplex der Berlin-Regelung kommen müßten, bevor sie sich über die Einzelfragen endgültig einigten. Die Vereinbarung auf der „ersten Stufe“ solle von den vier Botschaftern, erst das Schlußpro-

⁸ Vgl. dazu das Gespräch vom 14. Juni 1971; Dok. 207.

⁹ Pjotr. A. Abrassimow (UdSSR), Roger W. Jackling (Großbritannien), Kenneth Rush (USA) und Jean Sauvagnargues (Frankreich).

¹⁰ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 19. November 1972 statt.

¹¹ Am 3. Mai 1971 nahm das ZK der SED einstimmig den Rücktritt Walter Ulbrichts vom Amt des Ersten Sekretärs „aus Altersgründen“ entgegen und wählte ihn zum Ehrenvorsitzenden. Nachfolger wurde das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Honecker. Vgl. dazu das Communiqué; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. Mai 1971, S. 1.

tokoll von den Außenministern¹² unterzeichnet werden. Würde man, wie die SU vorschläge, schon auf der ersten Stufe die Minister unterzeichnen lassen, so hätte die andere Seite kein Interesse mehr an einer raschen Einigung auf der zweiten und dritten Stufe.

Aus dem gestrigen Gespräch zwischen den drei Botschaftern und Staatssekretär Frank¹³ wurde festgehalten: Die Verhandlungen seien nun in eine so entscheidende Phase getreten, daß sich die Botschafter nun noch intensiver einschalten müßten als bisher. Die drei westlichen Botschafter sollten sich wöchentlich mit Staatssekretär Frank und Staatssekretär Bahr treffen.

Abschließend wurde mit Befriedigung festgestellt, daß man in sämtlichen Punkten einer Meinung sei.

Hansen

VS-Bd. 9790 (I A 1)

236

Vortragender Legationsrat Thönnies an die Botschaft in Paris

I B 5-82.00/92.15-1478^I/71 VS-vertraulich

6. Juli 1971¹

Betr.: Deutsch-laotische Beziehungen²

Bezug: ohne

1) Bei dem Abschiedsbesuch des deutschen Geschäftsträgers in Laos³ äußerte Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma die Hoffnung, daß der neue laotische Botschafter in Paris, Chao Sopsaisana, auch in Bonn akkreditiert werden könne. Selbstverständlich müsse der geeignete Zeitpunkt gefunden werden. Wahrscheinlich werde der laotische Botschafter in Paris à titre personnel einmal Bonn besuchen.

¹² Alexander F. Douglas-Home (Großbritannien), Andrej A. Gromyko (UdSSR), William P. Rogers (USA) und Maurice Schumann (Frankreich).

¹³ Zum Gespräch vom 5. Juli 1971 vgl. Dok. 231.

¹ Durchdruck.

² Nach einem Übereinkommen mit der laotischen Regierung wurden die Interessen beider Staaten nur auf der Ebene von Geschäftsträgern durch den Stellvertreter des laotischen Gesandten in Paris bzw. den Stellvertreter des Botschafters der Bundesrepublik in Bangkok wahrgenommen. Dazu notierte Vortragender Legationsrat Fischer am 13. September 1966: „Die Bundesrepublik Deutschland hat im Anschluß an die Genfer Laos-Konferenz 1962 freiwillig darauf verzichtet, in Vientiane einen Gesandten zu akkreditieren, um es der durch die Genfer Koalitionsabkommen zu strenger Neutralität verpflichteten Regierung zu ermöglichen, entgegen der Absicht ihres kommunistischen Partners keine diplomatischen Beziehungen zur SBZ herzustellen.“ Vgl. Referat I B 5, Bd. 253. Die Bundesrepublik leistete gegenüber Laos in erster Linie humanitäre Hilfe, vor allem zur Unterstützung von Flüchtlingen. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters von Rhamm, Bangkok, vom 7. Mai 1971; Referat I B 5, Bd. 609.

³ Wilfried Vogeler.

Auch der stellv. Außenminister von Laos, Khamphan Panya, brachte zum Ausdruck, daß es die laotische Regierung begrüßen würde, wenn durch die Präsenz einer Botschaft der Bundesrepublik in Vientiane die regen deutsch-laotischen Beziehungen weiter intensiviert werden würden. Die sowjetische Botschaft unternahme in regelmäßigen Abständen den Versuch, die laotische Regierung zur Zulassung einer offiziellen DDR-Vertretung in Vientiane zu bewegen. Andererseits sei die Sowjetunion, wie man dies besonders deutlich in Vientiane beobachten könne, daran interessiert, die weitere Ausbreitung des rotchinesischen Einflusses in der Welt einzudämmen. Es erscheine ihm deshalb denkbar, daß die sowjetische Regierung bereit wäre, die Eröffnung einer deutschen Botschaft in Vientiane hinzunehmen, ohne in absehbarer Zeit die Zulassung der DDR zu fordern, falls die Bundesregierung ihrerseits zusichere, in der absehbaren Zeit – er denke an einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren – auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking zu verzichten.

2) Die Botschaft Bangkok wurde gebeten, die Anfrage der laotischen Regierung im Sinne der nachstehenden Ausführungen zu beantworten:

a) An eine Aufwertung unserer Beziehungen zu Laos – durch Einrichtung einer Botschaft in Vientiane oder durch Doppelakkreditierung unseres Botschafters in Bangkok – wird zur Zeit aus folgenden Gründen nicht gedacht:

Die laotische Regierung dokumentiert bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß sie an der Neutralität von Laos aufgrund der Genfer Vereinbarungen von 1962⁴ festzuhalten wünscht. Eine Anhebung unserer Beziehungen zu Laos würde zu wesentlich stärkerem Druck der DDR und anderer osteuropäischer Staaten, insbesondere der Sowjetunion, auf die laotische Regierung führen, die dann der DDR kaum die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verweigern könnte. Dies liegt nicht in unserem Interesse. Wir sollten daher alles unterlassen, was zu einer Veränderung der jetzigen Haltung der laotischen Regierung in der Deutschland-Frage führen könnte.

Die vom stellv. Außenminister Khamphan Panya erwähnte Möglichkeit, die Sowjetunion könnte bereit sein, die Eröffnung einer deutschen Botschaft in Vientiane hinzunehmen, ohne in absehbarer Zeit die Zulassung der DDR zu fordern, falls die Bundesregierung ihrerseits auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking verzichten würde, ist nicht realistisch.

b) Wir sollten versuchen, unsere Kontakte zur laotischen Regierung im Rahmen der zur Zeit bestehenden Beziehungen zu intensivieren. Es wäre wünschenswert, wenn der laotische Botschafter in Paris à titre privé Bonn besuchen würde. Auch regelmäßige Besuche in Bonn des in Paris residierenden laotischen Geschäftsträgers⁵ zwecks politischen Meinungsaustausches erscheinen nützlich. Die Laoten zeigten sich in dieser Hinsicht bisher sehr zurückhaltend.

Im Auftrag
gez. Thönnies

VS-Bd. 9802 (I A 3)

⁴ Für den Wortlaut des Protokolls vom 23. Juli 1962 über die Neutralität von Laos, mit dem die seit 16. Mai 1961 in Genf tagende 14-Mächte-Konferenz über Laos ihre Arbeit abschloß, vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 399–405.

⁵ Khe Tang.

Gespräch des Bundesministers Scheel mit Ministerpräsidentin Meir in Tel Aviv

I B 4-82.20/92.19-1768I/71 VS-vertraulich

7. Juli 1971¹

Betr.: Gespräch des Herrn Bundesministers mit Ministerpräsidentin Frau Golda Meir am 7. Juli 1971²

Nach einleitenden Begrüßungsworten erklärte der Herr *Minister*, daß er die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gedankenaustausch mit der israelischen Regierung außerordentlich begrüße, da die Dynamik der politischen Entwicklung einen regelmäßigen und häufigeren Dialog nötig mache. Als Minister verschiedener früherer Kabinette sei er an der Gestaltung der deutsch-israelischen Beziehungen maßgeblich beteiligt gewesen und kenne deshalb die stetige positive Entwicklung des beiderseitigen Verhältnisses. Er wisse auch, daß die deutsche öffentliche Meinung diese Entwicklung stets begrüßt habe und im Hinblick auf die Vergangenheit die Kontinuität wünsche. Grundlage des deutsch-israelischen Verhältnisses müsse es bleiben, daß diese Vergangenheit nicht vergessen werden könne. Er habe vor seiner Reise ein längeres Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler über unsere Politik geführt, mit dem er völlig übereinstimme. Die Frage stelle sich jetzt, wie man die Zukunft zwischen beiden Ländern gestalten könne. Er sei vor allem gekommen, um zu hören.

Frau *Meir* erwiderte, mit dem „Nichtvergessen“ habe der Herr Minister einen entscheidenden Punkt angeschnitten. Die Vergangenheit und Geschichte des jüdischen Volkes lebe in jedem Israeli noch heute. Was Israel versuche, sei, endlich ein sicheres Leben zu finden. Schon einmal sei ein jüdischer Staat zerstört worden. Israel sei entschlossen, zu verhindern, daß dies ein zweites Mal geschehe. Das Grundproblem Israels bestehe darin, daß seine Nachbarn seine Existenz heute noch nicht akzeptieren wollten. Sie müßten die Hoffnung aufgeben, daß sie die Israelis wieder vertreiben können. Israel erwarte von seinen Nachbarn keine Freundschaft, aber die Anerkennung des Rechts auf Rückkehr in das Land. Dieser grundlegende Wunsch Israels werde bei seinen Freunden oft nicht verstanden. Das einzige Ziel Israels sei es, einen Friedensvertrag (peace agreement) zu erreichen, der den Arabern die Illusion nehme, das israelische Volk noch einmal vertreiben zu können, und in dem sie sich verpflichten, Israel zu akzeptieren.

Die Araber hätten Israels Grenzen angegriffen und verlangten nun die Rückkehr gerade zu den Grenzen, die es ihnen ermöglicht hätten, die Illusion von der Zerstörung Israels aufrechtzuerhalten. Israels Philosophie von den „sicheren Grenzen“ sei nichts anderes als der Wunsch nach Grenzen, die den Arabern jede Illusion dieser Art nehmen. Wenn Israel die Golan-Höhen habe, wer-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Redies am 13. August 1971 gefertigt.

Hat Ministerialdirektor von Staden am 16. August 1971 vorgelegen.

² Bundesminister Scheel hielt sich von 7. bis 10. Juli 1971 in Israel auf. Vgl. dazu auch Dok. 238 und Dok. 243.

de es die Syrer nicht angreifen. Israel verstehe nicht, warum die Welt das nicht verstehe. Dieselbe Welt, die 1967³ die Gefahr begriffen habe, aber Israel nicht helfen konnte, verlange heute die Rückkehr zu den alten Grenzen. Dies könne Israel nicht annehmen. Diesmal müßten Grenzen im Verhandlungswege gefunden werden, die soviel Sicherheit wie möglich geben. Heute müsse Israel sehen, daß der arabische Block und der sowjetische Block gegen Israel eingestellt seien und Israels Freunde bestenfalls neutral blieben. Dies gelte auch für Europa. Israel begrüße die europäische Einheit und hoffe auf Verständnis gerade dort. In dieser Hinsicht sehe es sich jedoch enttäuscht. Es sei oft leichter, seine Feinde zu bekämpfen, als von seinen Freunden verstanden zu werden.

Der Herr *Minister* erwiderte, es sei nicht richtig, daß Israel in Europa zu wenig Verständnis finde. Wir seien fest an Israels Seite, wenn es darum gehe, daß es in Sicherheit leben wolle. Jede Politik, die auf die Zerstörung Israels gerichtet sei, werde nachdrücklich abgelehnt, das Recht Israels auf ein Leben in sicheren Grenzen allgemein anerkannt. Es stelle sich allerdings die Frage, wie die Garantien für die Sicherheit Israels und sein Staatsgebiet am besten zu erreichen seien. Grenzen könnten in dieser Zeit mit ihrer Waffenentwicklung allein keine Sicherheit geben, aber sie müßten frei nach vernünftigen Gesichtspunkten ausgehandelt werden, sonst seien sie nur Ursache neuer Konflikte.

Zu den Nahost-Beratungen im Rahmen der politischen Zusammenarbeit der EG-Länder erschiene es ihm wichtig, einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Für die Bundesregierung sei die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses ein ganz besonderes Anliegen. Die Zielsetzung richte sich auf die Erweiterung der EG (Großbritannien u. a.), die Intensivierung der wirtschaftlichen Integration (Währungsunion) und die Einleitung einer engeren politischen Zusammenarbeit. Europa wolle künftig seine Verantwortung übernehmen und mit einer Stimme sprechen. Diese Stimme könne nicht die eines einzelnen Landes sein, sondern nur eine neue gemeinsame Haltung. Das gelte auch für die Konsultationen über den Nahost-Konflikt. Wir betrachteten den Konflikt unter zwei Gesichtspunkten: als Lebensbedrohung Israels, aber auch als Bedrohung der vitalen Interessen Europas.

Die politische Zusammenarbeit solle mehr sein als nur eine bloße Unterhaltung. Es solle sich um eine qualifizierte Konsultation handeln, deren Ergebnisse jeweils festgehalten würden. So sei das Arbeitspapier entstanden.⁴ Es sei eine Zusammenstellung der verschiedenen Gesichtspunkte der Referentenpapiere und von den Außenministern einstimmig akzeptiert worden. Da es sich um einen Meinungsbildungsprozeß handele, sei eine Beteiligung Dritter nicht möglich. Das Ergebnis sei korrekterweise durch Außenminister Schumann der Öffentlichkeit mitgeteilt worden.⁵ Die israelische Reaktion habe uns etwas überrascht.⁶ Einmal sei bekanntlich die Haltung Frankreichs zum Nahost-Konflikt

³ Zum „Sechs-Tage-Krieg“ im Juni 1967 vgl. Dok. 64, Anm. 16.

⁴ Für den im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten Nahost-Bericht vom 13./14. Mai 1971 vgl. Dok. 143.

⁵ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit am 13./14. Mai 1971 in Paris sowie zur Erklärung des französischen Außenministers Schumann vom 13. Mai 1971 vgl. Dok. 174.

⁶ Am 18. Mai 1971 teilte Botschafter von Puttkamer, Tel Aviv, mit: „Heutige israelische Presse berichtet ausführlich kritisch über das EWG-Papier zu Nahost-Frage sowie zur deutschen Beteiligung

sehr pro-arabisch gewesen, und diese Haltung sei zumindest abgeschwächt worden. Im Vergleich zu den Vorarbeiten bestehe ein bemerkenswerter Unterschied zur ursprünglichen französischen Meinung. Dies erschiene als ein Vorteil für Israel. Zum anderen hätten die Außenminister das Arbeitspapier bewußt nicht veröffentlicht, um die laufenden Friedensbemühungen nicht zu stören. Veröffentlicht sei bekanntlich das Communiqué, gegen das Israel wohl kaum Einwendungen habe. Das letztliche Ziel der europäischen Überlegungen sei es, nach einem Friedensabschluß einen Beitrag zur Stabilität im Nahen Osten zu leisten, und hierauf sollten die Konsultationen vorbereiten. Europa könne insoweit mehr tun als andere. Die europäischen Regierungen seien sich nicht unbedingt in jeder Hinsicht einig, wollten aber doch eine gemeinsame Politik anstreben. Die Diskussionen würden deshalb auch fortgesetzt werden.

Frau Meir: Sie könne zu anderen Ländern nicht anders sprechen als zu ihrem eigenen Volk. Formulierungen könnten die Probleme nicht lösen, aber sie könnten sie hemmen. Israel liege leider in einem politisch sehr sensiblen Gebiet, aber dafür könne es nichts. Was beunruhige Europa wirklich? Es sei wohl der seit 1955 zu beobachtende sowjetische Imperialismus in diesem Raum und die damit gegebene Gefahr einer Konfrontation. An den Willen der Sowjets zur friedlichen Koexistenz könne sie nicht glauben. Den Sowjets sei Recht nur, was ihnen nütze, Wahrheit nur, was sie für richtig hielten. Wenn der Westen ebenfalls hart bliebe, wäre dies gut. Eine falsche, zu positive Sicht der sowjetischen Politik aber führe zu nichts. Illusionen dienten nicht dem Frieden.

Die Europäer glaubten nun also, sich eine Meinung darüber bilden zu können, wie Israels Sicherheit bewahrt werden könne. Mit der Anerkennung der Notwendigkeit besonderer Maßnahmen für Israels Sicherheit gäben die Europäer indirekt zu, daß die Araber nicht mit Israel in Frieden leben wollten, sondern ein neuer Konflikt durch Maßnahmen von außen her verhindert werden müsse. Wo gebe es das sonst in der Welt, daß die Nachbarn sagen, sie wollten selbst die Existenz dieses Staates nicht. Daß andere, d.h. die Zehn⁷, ausdächten, was für Israels Sicherheit gut sei, bedeute einen Status der Inferiorität. Israel verstehe auch, daß die Europäer Ölinteressen haben oder ihr Interesse an den Wasserwegen, oder daß sie die arabische Welt für wichtiger halten als das kleine Israel.

Aber Israel sei nun einmal das einzige Land des jüdischen Volkes. Ohne Israel könne das jüdische Volk nicht existieren. Israel müsse auch für die Juden in der Sowjetunion offen bleiben. Sie selber müsse immer an ihre ersten Kindheitserinnerungen in Rußland, an die Pogrome denken. Israel wolle die Verantwortung für seine Sicherheit selber tragen und sich nicht von den Europä-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1099

an seinem Zustandekommen. 'Jerusalem Post' (Außenministerium nahestehend) meldet auf Frontseite unter Überschrift: 'Eban breaks Precedence with Bonn Envoy', Außenminister Eban habe gestern mit mir den Zorn Jerusalems über Bonns plötzlichen Bruch des Versprechens zum Ausdruck gebracht, gegen den 'Schumann-Plan' auf Außenministerkonferenz Veto einzulegen. [...] Im Gegensatz zu italienischem Außenminister Moro habe Außenminister Scheel keine ernsthaften Bedenken gegen den Plan erhoben. Er habe sich vielmehr einem Kompromißplan Luxemburgs angeschlossen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 382; Referat I A 1, Bd. 753.

⁷ Vgl. dazu die Erörterung der Lage im Nahen Osten auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der vier Beitrittskandidaten am 18. Mai 1971 in Paris; Dok. 174, Anm. 12.

ern vorschreiben lassen, was sichere Grenzen seien. Israel könne auch internationale Garantien nicht akzeptieren. Es habe mit internationalen Garantien 23 Jahre lang gelebt und drei Kriege⁸ durchgestanden, ohne einen Tag Frieden zu haben. Hinzu komme die Erfahrung von 1967. Niemand, auch der Sicherheitsrat nicht, habe Israel geholfen. Für Israel sei jetzt entscheidend, daß nie mehr wieder eine Zerstörung des jüdischen Staates möglich wäre. Die Europäer könnten über den Nahost-Konflikt sprechen, aber Israel wolle konsultiert werden. Bis heute sei Israel nicht über die Meinung der Sechs unterrichtet. Israel sei jedoch der Auffassung, seine Freunde in Europa täten besser daran, den Arabern zu sagen, daß sie mit Israel endlich direkt ohne Vorbedingungen verhandeln sollten.

Der Herr *Minister* erwiderte, es sei ein Irrtum zu glauben, daß man das Nahost-Problem in Europa unter dem Gesichtspunkt betrachte, daß Israel die Ölinteressen oder ähnliches störe. Die Lage im Nahen Osten beunruhe deshalb zutiefst, weil sie leicht zu einer Kriegsgefahr für die ganze Welt werden könne. Man solle daher jede Chance nutzen, wenn die Großmächte bereit seien, den Konflikt abzubauen. Hinzu komme, daß Ägypten zum erstenmal bereit zu sein scheine, Israels Existenz anzuerkennen. Europas Interesse gehe dahin, daß ein dauerhafter Friede geschlossen werde. Er teile die Auffassung, daß dies nur bei einer definitiven und formellen Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten möglich sei.

Frau *Meir*: Sadat habe gesagt, die Anerkennung Israels sei der erste Schritt, um Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzubringen. Dann komme der zweite Schritt. Die EG-Mitglieder gingen davon aus, daß zwischen Grenzproblemen und Anerkennung der Integrität Israels ein festes Verhältnis bestehe. Hinzu komme die Garantie. Garantien seien aber kein Ersatz für Selbstverteidigung.

Der Herr *Minister*: Die europäischen Regierungen hätten die Grenzfrage nicht isoliert betrachtet, sondern verlangten eine Ausgewogenheit zwischen der Grenzregelung und der Herstellung eines wirklichen Friedens. Die Garantien von außen sollten nicht die Verantwortung der unmittelbar Beteiligten einschränken, sondern lediglich ein zusätzliches Element sein. Auch die Grenzen müßten im Rahmen der Friedensvereinbarungen letztlich frei ausgehandelt werden. Wenn wir von Grenzen gesprochen hätten, dann nur in dem Sinn, daß sie Grundlage für die Verhandlungen des VN-Vermittlers seien. Wir bejahten die Resolution 242/67 einschließlich der Präambel.⁹ Unsere Position sei seit 1967 gewesen, daß Grenzen – allerdings im begrenzten Umfang – anders ausgehandelt werden könnten als vor 1967. Er sei befriedigt zu hören, daß Israel die Grenzfrage nicht unter den Gesichtspunkten des Gebietserwerbs, sondern lediglich der Sicherheit betrachte.

Europa verstehe Israels Sorge um seine Freiheit. Aber auch Israel solle verstehen, daß Europa sich um den Frieden im Nahen Osten Sorgen mache und nicht die Entwicklung nur den Großmächten überlassen wolle.

Abschließend sagte der Herr Minister, er wolle noch auf ein besonderes Problem zu sprechen kommen. Die Bundesregierung sei bedrückt über die zuweilen

⁸ Palästinakrieg (1948/49), Suezkrieg (1956) und Sechs-Tage-Krieg (1967).

⁹ Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok- 70, Anm. 15.

sehr negative Haltung der israelischen Öffentlichkeit ihr gegenüber im Vergleich zur früheren Bundesregierung. Die Bundesregierung habe in mancher praktischer Hinsicht wesentlich mehr für Israel getan als ihre Vorgängerinnen. Die israelische Regierung wisse auch, daß die Bundesregierung den Weg des Ausbaus der Beziehungen fortsetzen wolle und weder die Ostpolitik noch andere Fragen diese Haltung beeinflussen würden. Die öffentliche Meinung Israels laufe Gefahr, an dieser Wirklichkeit vorbeizuleben.

Frau *Meir* sagte, diese Bemerkung überrasche sie. Sie habe den Eindruck, daß die Mehrheit der israelischen Presse der Bundesregierung gegenüber positiv eingestellt sei, und gewiß gelte dies für die israelische Regierung selber.

VS-BD. 9870 (I B 4)

238

Gespräche des Bundesministers Scheel mit dem israelischen Außenminister Eban in Tel Aviv

I B 4-82.20/92.19-1772/71 VS-vertraulich

7./8. Juli 1971¹

Einleitend wurde abgesprochen, in der Arbeitssitzung am 7. Juli die allgemeinen Fragen und in der Sitzung am 8.7. die bilateralen Einzelprobleme zu besprechen.² Außenminister Abba *Eban* bat den Herrn Minister sodann, als erster das Wort zu ergreifen.

Der Herr *Minister* sagte, er wolle zunächst einige kurze Bemerkungen darüber machen, wie wir die deutsch-israelischen Beziehungen sehen.

Die Bundesrepublik habe mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen im Jahre 1965³ den Versuch eingeleitet, die Zusammenarbeit mit Israel zu formalisieren und enger zu gestalten. Alle Bundesregierungen hätten seither die Pflege der Beziehungen zu Israel für ein wichtiges Anliegen gehalten. Das gleiche gelte für die jetzige Bundesregierung. Wir seien deshalb etwas überrascht und enttäuscht, daß auf der israelischen Seite immer wieder Zweifel und Kritik an unserer Politik geäußert würden, allerdings mehr in der Öffentlichkeit als seitens der Regierung. Wir hätten deshalb genau geprüft, woran dies liegen könne. Dabei seien wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die jetzige Bundesregie-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Redies am 12. Juli 1971 gefertigt.

Hat Ministerialdirektor von Staden am 12. Juli 1971 vorgelegen, der die Gesprächsaufzeichnung an Staatssekretär Frank weiterleitete und handschriftlich vermerkte: „M[eines] E[rachtens] zutreffende Wiedergabe.“

Hat Frank vorgelegen.

² Bundesminister Scheel besuchte vom 7. bis 10. Juli 1971 Israel. Vgl. dazu auch Dok. 237 und Dok. 243.

³ Die Bundesrepublik und Israel nahmen am 12. Mai 1965 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 200.

rung in mancher Hinsicht sehr viel mehr für Israel getan habe als frühere Regierungen. Die Ursachen für die Zweifel müßten also woanders liegen.

Verschiedentlich sei dabei die neue Ostpolitik genannt worden. Die Befürchtung, die Ostpolitik werde zu Lasten unserer Israel-Beziehungen gehen, sei jedoch unbegründet. Der Bundeskanzler habe dies kürzlich verschiedentlich nachdrücklich betont. Es sei im übrigen in unseren Gesprächen mit Ostblockstaaten auch niemals der geringste Versuch in dieser Richtung gemacht worden. Unsere Ostpolitik sei ein Teil der gesamtweltlichen Entspannungspolitik, die auch für den Nahen Osten den Frieden bringen solle.

Des weiteren sei die Vermutung geäußert worden, die Bundesregierung fühle sich in den Berlin-Verhandlungen von Frankreich abhängig und richte deshalb ihre Ostpolitik nach diesem Land aus. Auch dieser Gedanke sei abwegig. Frankreich habe ebenfalls keinerlei Versuche in der Richtung gemacht.

Ein weiteres Thema seien die EG-Nahost-Konsultationen.⁴ Hier seien jedoch nicht etwa neun Länder bereit gewesen, sich der Meinung des zehnten Landes anzupassen. Vielmehr sei in monatelanger Arbeit der Versuch gemacht worden, zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Die eingeleitete politische Zusammenarbeit, die ein wichtiger Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses bilde, ziele darauf ab, zu einer eigenen Meinung Europas zu allen wichtigen Problemen zu führen. Die Entwicklung im Nahen Osten spiele dabei eine besonders wichtige Rolle, weil die Frage von Krieg und Frieden in diesem Raum Europa unmittelbar berühre.

Außenminister Abba Eban erwiderte, er sei erfreut, zu hören, daß auch die jetzige Bundesregierung beabsichtige, ihre Beziehungen zu Israel fortzuentwickeln. Es sei richtig, daß in Israel in dieser Hinsicht einige Befürchtungen geäußert worden seien. Das Wort von der Normalisierung habe in Israel gestört. Aber der Herr Minister habe in seinen Interviews und Erklärungen ja bereits zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung die besonderen Faktoren der Vergangenheit als weiterhin wesentlich betrachte.⁵ Hinsichtlich der Ostpolitik sei er durch die Erklärungen der Bundesregierung ebenfalls beruhigt, halte es aber doch für möglich, daß die Sowjetunion künftig Versuche unternehmen werde, die deutsche Haltung zu beeinflussen. Er glaube ferner, daß die westliche Welt einschließlich der Bundesregierung die ständigen sowjetischen Waffenlieferungen an die Araber stärker öffentlich kritisieren sollten.

⁴ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit am 13./14. Mai 1971 sowie zur Erörterung der Lage im Nahen Osten mit den Außenministern der vier Beitrittskandidaten am 18. Mai 1971 in Paris vgl. Dok. 174, besonders Anm. 12.

⁵ Im Vorfeld des Israel-Besuchs wurde in der Presse über eine Äußerung des Bundesministers Scheel berichtet. Demzufolge habe er ausgeführt: „In Israel sei die Besorgnis aufgetaucht, daß die Ostpolitik der Bundesregierung deren eigene Handlungsfreiheit beeinflussen könnte. Hier wolle er in Israel in Gesprächen zur Beruhigung beitragen, denn diese Politik diene langfristig auch anderen Ländern. [...] Es sei im übrigen richtig, daß die deutsch-israelischen Beziehungen einen besonderen Charakter hätten. Man wolle als Partner ohne Komplex die Zukunft gestalten. Die Bundesregierung könne und wolle jedoch nicht die Vergangenheit aus ihrem Bewußtsein drängen.“ Vgl. den Artikel „Scheel will in Israel behutsam auftreten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Juli 1971, S. 3.

Zum Einfluß der jüngsten Vergangenheit auf die deutsch-israelischen Beziehungen äußerte sich Scheel auch bei seiner Ankunft in Israel und in einer Tischrede am 7. Juli 1971. Vgl. BULLETIN 1971, S. 1173 und 1175.

Hinsichtlich der französischen Haltung und ihrer möglichen Auswirkungen sei die israelische Regierung allerdings nach wie vor beunruhigt. Gerade jetzt habe ein französischer Minister Erklärungen abgegeben, was die Bundesregierung anlässlich des Besuchs in Israel sagen solle.⁶ Für die israelische Regierung sei es deshalb wichtig zu wissen, welche eigene Haltung die Bundesregierung habe. Israel verfolge die europäische Integrationsbewegung mit großer Sympathie. Das von den Sechs erstellte Arbeitspapier⁷ erfülle die israelische Regierung aber mit großer Sorge. Wenn die Bundesregierung sich der französischen Nahost-Politik anschließe, sei eine Belastung der deutsch-israelischen Beziehungen unvermeidlich.

Er wolle aus dem Arbeitspapier nur zwei Punkte erwähnen, und zwar zunächst die Grenzfrage. Israel verlange das Recht auf freie Verhandlungen der Grenzen. Die Grenzen von 1948 seien, soweit es sich um Waffenstillstandslinien gehandelt habe, ohnehin niemals anerkannt worden, auch nicht von den Arabern. Außerdem hätten gerade diese Grenzen zu einer unsicheren Lage geführt. Israel lege den UN-Grundsatz des Nichterwerbs von Gebiet durch Kriege⁸ so aus, daß direkte Eroberungen ausgeschlossen seien, Grenzen jedoch frei verhandelt werden könnten. Niemand könne verlangen, daß Israel die Golan-Höhen zurückgebe oder ein getrenntes Jerusalem zulasse, wobei Israel an eine internationale Regelung für die Heiligen Stätten denke. Für Sharm-el-Sheik verlange Israel zumindest eine militärische Präsenz. Gegenüber internationalen Garantien bleibe Israel ablehnend, und die Vorstellung, daß eine internationale Kontrolle durch die vier Großmächte einschließlich der Sowjetunion und Frankreich erfolge, sei völlig abwegig. Frankreich habe 1950 Garantien für Israel abgegeben⁹, diese jedoch 1967 nicht eingehalten. Sharm-el-Sheik sei für Israel lebenswichtig für die freie Ölzufuhr, den Schutz des Negev und die Freiheit des

⁶ Am 9. Juli 1971 berichtete Botschafter von Puttkamer, Tel Aviv, über die Reaktion des Bundesministers Scheel. Dieser sei „von der Erklärung des französischen Sprechers nach dem Treffen der beiden Ministerpräsidenten äußerst überrascht gewesen. (In seiner Erklärung hatte der französische Sprecher im Vorhinein gesagt, was Walter Scheel den Israelis bei seinen Gesprächen während seines offiziellen Besuchs in Israel erklären würde).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 557; Referat I B 4, Bd. 460.

⁷ Für den im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten Nahost-Bericht vom 13./14. Mai 1971 vgl. Dok. 143.

⁸ Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der UNO-Charta vom 16. Juni 1945; Dok. 16, Anm. 4.

Vgl. dazu ferner die „Declaration on Principles of International Law Concerning Friendly Relations and Co-operation among States in Accordance with the Charter of the United Nations“ der UNO-Generalversammlung vom 24. Oktober 1970, in der u. a. ausgeführt wurde: „The territory of a State shall not be the object of acquisition by another State resulting from the threat or use of force. No territorial acquisition resulting from the threat or use of force shall be recognized as legal“; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIII, S. 339.

⁹ Am 25. Mai 1950 erklärten Frankreich, Großbritannien und die USA ihre Bereitschaft sowohl Israel als auch den arabischen Staaten Waffen und Kriegsmaterial zum Zweck der Gewährleistung ihrer inneren Sicherheit, für ihre legitime Selbstverteidigung sowie zur Teilnahme an der Verteidigung des gesamten Gebietes zu liefern. Ferner wurde erklärt: „The three Governments take this opportunity of declaring their deep interest in and their desire to promote the establishment and maintenance of peace and stability in the area and their unalterable opposition to the use of force or threat of force between any of the states in that area. The three Governments, should they find that any of these states was preparing to violate frontiers or armistice lines, would, consistently with their obligations as members of the United Nations, immediately take action, both within and outside the United Nations, to prevent such violation.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 22 (1950), S. 866. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 8007.

Handels mit Asien. Es gebe auch andere Fälle, wo eine militärische ausländische Präsenz für längere Zeit festgelegt worden sei, wie Okinawa oder der US-Stützpunkt auf Kuba.

Neben der Grenzfrage wolle er aus dem Arbeitspapier die Flüchtlingsfrage erwähnen. Das Arbeitspapier sage nichts über die Rechte Israels in dieser Hinsicht. Es gebe den Flüchtlingen das Recht auf freie Rückkehr oder Entschädigung. Israel sei aber ein souveräner Staat und müsse zumindest gefragt werden. Insgesamt seien die Vorstellungen des Arbeitspapiers für Israel eine Erschwerung der Resolution 242¹⁰. Israel habe von den USA im November 1967 die Zusicherung erhalten, daß die Resolution des Sicherheitsrats nicht den Rückzug aus allen Gebieten bedeute.¹¹

Der israelischen Regierung liege zu den EG-Konsultationen ein Brief des belgischen Außenministers Harmel vor, in dem es heiße, daß die israelische Regierung sich hinsichtlich der Haltung der Sechs lediglich an das veröffentlichte Kommuniqué vom 13./14. Mai¹² halten solle. Die Frage stelle sich, wie die Haltung der Bundesregierung sei, und wie man dieser Haltung Ausdruck geben könne.

Der Herr *Minister* erwiderte, Harmel habe recht, wenn er sage, daß die Entscheidung der sechs Außenminister¹³ so sei, wie sie in dem veröffentlichten Kommuniqué zum Ausdruck komme. Hinsichtlich des Arbeitspapiers hätten die sechs Außenminister entschieden, daß es Grundlage für die Gesprächsführung der Auslandsvertretungen der Sechs sein solle sowie für eine Unterrichtung UN-Generalsekretärs U Thant. Vielleicht könne es zur Klärung von Mißverständnissen beitragen, wenn er den inneren Mechanismus der Konsultationen erläutere. Die sechs Außenminister wollten im Rahmen der politischen Zusammenarbeit nicht nur eine allgemeine Unterhaltung, sondern „gehaltvolle“ Konsultationen. Die Konsultationen hätten nur dann Sinn, wenn sie, wie innerhalb eines Ministeriums, gut vorbereitet würden und hierfür zu allen Punkten ein Arbeitspapier erstellt würde. So sei auch beim Nahost-Thema vorgegangen und das Arbeitspapier von den Außenministern später einstimmig akzeptiert worden. Auf dieser Grundlage hätten die Außenminister ihre Entscheidung getroffen, wie sie im veröffentlichten Kommuniqué zusammengefaßt worden sei. Bei dieser Entscheidung hätten die Außenminister berücksichtigt, daß die EG-Regierungen nicht die laufenden Friedensbemühungen stören soll-

¹⁰ Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 70, Anm. 15.

¹¹ Im Rückblick führte dazu Dean Rusk aus: „Unfortunately, both sides have departed from 242 in important ways. There was much bickering over whether that resolution should say from ‘the’ territories or from ‘all’ territories. In the French version, which is equally authentic, it says withdrawal de territory, with de meaning ‘the’. We wanted that to be left a little vague and subject to future negotiation because we thought the Israeli border along the West Bank could be ‘rationalized’; certain anomalies could easily be straightened out with some exchanges of territory, making a more sensible border for all parties. We also wanted to leave open demilitarization measures in the Sinai and the Golan Heights and take a fresh look at the old city of Jerusalem. But we never contemplated any significant grant of territory to Israel as a result of the June 1967 war. On that point we and the Israelis to this day remain sharply divided.“ Vgl. RUSK, *As I Saw It*, S. 333.

¹² Zum Kommuniqué vom 13. Mai 1971 über die Nahost-Konsultationen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 174.

¹³ Pierre Harmel (Belgien), Joseph Luns (Niederlande), Aldo Moro (Italien), Walter Scheel (Bundesrepublik), Maurice Schumann (Frankreich) und Gaston Thorn (Luxemburg).

ten. Außerdem habe der Gesichtspunkt, daß die Entwicklung weitergehe (Gedanke einer Suez-Kanal-Teillösung), dazu beigetragen, daß man von der Veröffentlichung von Einzelheiten abgesehen habe.

Für die EG-Regierungen sei es aber wichtig, schrittweise zu einer eigenen europäischen Politik zu gelangen. Die EG-Regierungen würden sich deshalb auch weiterhin mit dem Thema beschäftigen, und man habe den Mitarbeitern den Auftrag gegeben, das Arbeitspapier zu erweitern und ihm neue Elemente hinzuzufügen. Was im einzelnen mit den Gedanken des Arbeitspapiers geschehe, sei eine zweite Frage. Wenn man eine gemeinsame Haltung habe, müsse man sie auch benutzen. Wenn die sechs Minister von einer Veröffentlichung der einzelnen Gedanken des Arbeitspapiers bisher abgesehen hätten, so deshalb, weil dies in der jetzigen Lage niemandem gedient hätte. Die vorgekommenen Indiskretionen seien zweifellos bedauerlich.

Zum Inhalt des Arbeitspapiers im einzelnen wolle er nur sagen, daß dieses von der Ausgewogenheit der Resolution 242 ausgehe, d.h. von der Regelung der Grenz- und Rückzugsfrage nur im Zusammenhang mit dem Recht Israels auf Anerkennung und einem echten ausgehandelten Frieden. Wir hätten gehofft, Israel werde es als ein positives Faktum ansehen, daß im Arbeitspapier die französische Haltung sich nicht widerspiegele. Im ganzen hätten die EG-Regierungen sich der amerikanischen und britischen Position angenähert, die in der Grenzfrage jeweils von den Linien vom 4. Juni 1967 ausginge, abgesehen von „insubstantial changes“ (USA) oder „minor rectifications“ (Großbritannien). Zur französischen Haltung wolle er immerhin sagen, daß auch Frankreich jedenfalls davon ausgehe, daß Israel im Nahen Osten der Bedrohte sei.

Abschließend wolle er noch auf einen weiteren Punkt eingehen, der eingangs bei den israelischen Befürchtungen über unsere Politik nicht erwähnt worden sei, nämlich der möglichen Folgen einer Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Staaten. Für uns sei es wichtig, die Beziehungen zu den arabischen Staaten zu gegebener Zeit wiederherzustellen.¹⁴ Dies bringe es mit sich, daß unsere Nahost-Politik nach beiden Seiten ausgewogen bleibe. Bessere Beziehungen zu den arabischen Staaten sollten jedoch den Charakter der Beziehungen zu Israel nicht verändern.

Außenminister Abba Eban warf ein, daß Israel das EG-Arbeitspapier und seine Ergebnisse weiterhin ablehne. Israel wolle nicht, daß freie Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten präjudiziert würden. Israel wünsche nicht nur Zusätze zum jetzigen Arbeitspapier, sondern eine Änderung, da es die Gedanken des Papiers als eine erhebliche Beeinträchtigung seiner Interessen betrachte.

Der Herr *Minister* erwiderte, daß, auch wenn eine Konsultation dritter Staaten zu den Themen der politischen Zusammenarbeit nicht möglich sei, die einzelnen EG-Regierungen bei ihren Stellungnahmen die Auffassung unmittelbar betroffener anderer Regierungen gewiß berücksichtigen würden. Dies gelte im vor-

¹⁴ Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch neun arabische Staaten zwischen dem 12. und 16. Mai 1965 vgl. Dok. 23, Anm. 26.

Mit Jordanien wurden die diplomatischen Beziehungen am 27. Februar 1967 wieder aufgenommen, mit der Arabischen Republik Jemen am 15. Juli 1969. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 63, und AAPD 1969, II, Dok. 228.

liegenden Falle auch für die Meinung Israels, und wir hofften auf eine Verstärkung der diplomatischen Kontakte zwischen unseren Außenministerien in dieser Hinsicht.

Außenminister Abba Eban setzte die Erörterung des Themas nicht weiter fort, sondern schlug vor, der deutschen Seite nunmehr eine Schilderung der Lage im Nahen Osten aus israelischer Sicht zu geben.

Nach israelischer Auffassung sei es das Ziel der sowjetischen Politik in der Region, die europäische Sicherheit vom Süden her zu bedrohen und die US-Präsenz im Mittelmeer aufzuweichen sowie den eigenen Einfluß auch auf den Indischen Ozean auszudehnen. Der arabisch-israelische Konflikt sei nur das Vehikel, um dieses Ziel zu erreichen. Ständig werde die sowjetische Flotte im Mittelmeer verstärkt, überall Flottenstützpunkte eingerichtet, die Waffenlieferungen an die arabischen Staaten fortgesetzt und die militärische Präsenz in Ägypten ausgebaut. Im Nahen Osten zeige sich, daß es keinen Sinn habe, die Koexistenz herbeizuführen.

Hieraus solle Europa die Folgerung ziehen, daß die Zusammenarbeit zwischen Europa und Israel auf dem Gebiet der Sicherheit enger und stärker werden müsse, und das gelte auch für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel. Jede Stärkung Israels bedeute eine Stärkung der westlichen Position und umgekehrt.

Erfreulicherweise gebe es in der Entwicklung aber auch stabilisierende Elemente. Der Waffenstillstand¹⁵ bestehe nunmehr seit beinahe einem Jahr und habe gute Aussichten anzudauern. Die Drohungen mit dem erneuten Ausbrechen eines Krieges seien nicht ernst zu nehmen. Außerdem sei das Nachlassen der Guerilla-Tätigkeit zu erwähnen. In den besetzten Gebieten gestalte sich die Zusammenarbeit mit den Arabern einfacher, viele gingen in Israel zur Arbeit. Insgesamt habe die Spannung seit dem Sommer 1970 nachgelassen, sei aber eindeutig noch zu groß.

Die Jarring-Gespräche¹⁶ seien nach israelischer Auffassung auf einem toten Punkt angelangt. Ägypten habe einem „peace agreement“ zugestimmt¹⁷, jedoch verlange Ägypten nach wie vor den völligen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, eine Regelung der Flüchtlingsfrage auf der Grundlage der UN-Resolution von 1949¹⁸ und bei der Regelung der Freiheit der Schifffahrt im Suez-Kanal eine Berücksichtigung der Konvention von Konstantinopel¹⁹. Israel sei nicht bereit zu irgendwelchen „prior commitments“, sondern wolle über alles in

¹⁵ Zum Waffenstillstand zwischen Israel und der VAR vgl. Dok. 32, Anm. 6, Dok. 43, Anm. 4, und Dok. 101, Anm. 2.

¹⁶ Zur Mission des Sonderbeauftragten der UNO für den Nahen Osten, Jarring, vgl. Dok. 217, Anm. 7.

¹⁷ Zur Antwort der ägyptischen Regierung vom 15. Februar 1971 auf den Vorschlag des Sonderbeauftragten der UNO für den Nahen Osten, Jarring, vom 8. Februar 1971 für eine Lösung des Nahost-Konflikts vgl. Dok. 64, Anm. 14.

¹⁸ Für den Wortlaut der Resolution 302 der UNO-Generalversammlung vom 8. Dezember 1949 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. II, S. 303–305.

¹⁹ Für den Wortlaut der Konvention vom 29. Oktober 1888 zur Garantierung der freien Benutzung des Suez-Kanals zu allen Zeiten und durch alle Staaten (Konvention von Konstantinopel) vgl. Vgl. NOUVEAU RECEUIL GÉNÉRAL DE TRAITÉS ET AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS DE DROIT INTERNATIONAL. Continuation du grand Recueil de G. Fr. de Martens par Felix Stoerk. Serie II, Bd. XV, Göttingen 1891, S. 557–566. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1956, S. 9181–9183.

den Verhandlungen sprechen. Für Israel bleibe es in diesem Zusammenhang auch wichtig, zu wissen, was mit den geräumten Gebieten geschehe. Im Gegensatz zu 1968 scheine Ägypten heute nicht mehr zur Einräumung größerer entmilitarisierter Zonen bereit zu sein.

So bleibe derzeit die Hoffnung auf die Möglichkeit von Teillösungen (auf Suez-Kanal) gerichtet. Im Gegensatz zu USA sei Israel auch hier skeptisch. Israel habe nichts von der Öffnung des Kanals, und nach israelischer Auffassung sei die Öffnung für den Westen zumindest von zweifelhaftem Wert, da der Sowjetunion auf diese Weise der Weg in den Indischen Ozean erleichtert werde. Immerhin sei eine Teillösung sicher ein stabilisierender Faktor und werde stimulierend in Richtung auf weitere Friedensbemühungen wirken.

Für Israel dürfe eine Teillösung jedoch nicht zu nachteilig sein. Wenn Israel von den Kanalgrenzen weggehe, dürfe seine Sicherheit nicht beeinträchtigt werden, und die Teillösung müsse wirklich stabilisierend wirken. Aus diesem Grunde sei Israel hierzu nur dann bereit, wenn der Waffenstillstand langfristig verlängert wird und nicht die ägyptische Armee den Kanal überschreitet. Hinsichtlich der israelischen Rückzugsgrenze sei über Einzelheiten noch nicht gesprochen worden. Israel sei jedenfalls bereit zu erklären, daß diese Rückzugslinie nicht etwa die endgültige Grenze sei, deren Festlegung vielmehr dem Friedensabkommen überlassen bleiben solle. Schließlich verlange Israel u. a., daß israelische Schiffe den Kanal ebenfalls durchfahren können, daß keine Brücken über den Kanal gebaut werden, daß Ägypten den Kanal innerhalb von sechs Monaten auch tatsächlich eröffne, und daß sichere Vereinbarungen über die Einhaltung des Waffenstillstands getroffen würden.

Die ägyptische Reaktion auf die israelischen Vorstellungen sei zunächst positiv gewesen, dann habe sich, wie bekannt, die innere Lage in Ägypten geändert²⁰, und jetzt seien die ägyptischen Bedingungen wieder härter. Ägypten verlange, daß Militär den Kanal überschreiten dürfe, und bringe die Forderung vor, Israel müsse sich bei dieser Gelegenheit grundsätzlich zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten verpflichten. Der ägyptisch-sowjetische Vertrag²¹ werfe außerdem die Frage auf, ob Ägypten in seiner Haltung überhaupt noch frei sei. Die Sowjetunion sei zwar kaum gegen eine Teillösung und Öffnung des Suez-Kanals, wolle aber keinesfalls im Nahen Osten eine Pax Americana, sondern eine Pax Sowjetica. Israel werde den Dialog über die Teillösung aber nicht von sich aus abbrechen.

Der Herr *Bundesminister* äußerte hierzu, nach unserem Eindruck betrachteten die USA das Problem unter den Gesichtspunkten ihrer Globalstrategie. Die USA glaubten, daß man jetzt in manchen Bereichen mit den Sowjets eher sprechen könne. Wir selber hätten bisher die Auffassung vertreten, daß die Erörterung einer Teillösung Aufschluß darüber geben werde, ob weitere Regelungen möglich seien.

²⁰ Nach dem Tod von Präsident Nasser am 28. September 1970 wurde Vizepräsident Sadat in einer Volksabstimmung mit rund 90 % der Stimmen als neuer Präsident bestätigt. Am 20. Oktober 1970 ernannte er Mahmoud Fawzi zum Ministerpräsidenten.

²¹ Zum ägyptisch-sowjetischen Vertrag vom 27. Mai 1971 über Freundschaft und Zusammenarbeit vgl. Dok. 197, Anm. 15.

In der Sitzung vom 8. Juli faßte Außenminister Abba Eban eingangs die Ergebnisse der Arbeitssitzung vom Vortage wie folgt zusammen:

- 1) Die israelische Seite habe mit Befriedigung gehört, daß die Ostpolitik der Bundesregierung keine Auswirkungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen haben werde.
- 2) Das gleiche gelte für die deutsche Erklärung, daß der Bundesregierung die Pflege ihrer Beziehungen zu Israel ein besonderes Anliegen sei.
- 3) Die israelische Seite habe wiederholt, daß sie nichts gegen die Bemühungen der Bundesregierung um die Normalisierung der deutsch-arabischen Beziehungen habe, sofern hierdurch israelische Interessen nicht beeinträchtigt würden.
- 4) Die israelische Seite habe die Erklärung begrüßt, daß der arabisch-israelische Konflikt durch Verhandlungen und Abkommen gelöst werden solle und daß beide Seiten es für wichtig gehalten haben, über die EG-Haltung einen Gedankenaustausch zu führen. Sie habe von der Erklärung der deutschen Seite Kenntnis genommen, daß Israel sich an das veröffentlichte Kommuniqué halten solle und daß das Arbeitspapier lediglich als Grundlage für die im Kommuniqué veröffentlichte Entscheidung zu betrachten sei.
- 5) Schließlich sei die israelische Seite beeindruckt gewesen von der Erklärung, daß die deutsch-israelischen Beziehungen von Besonderheiten bestimmt werden und daß diese Besonderheiten nicht durch Faktoren von außen beeinträchtigt werden sollten.

Außenminister Abba Eban wies ferner darauf hin, daß nach seiner Auffassung bei weiteren Konsultationen der EG jedenfalls keine solchen Entscheidungen getroffen werden sollten, die die Interessen Israels beeinträchtigten. Die israelische Seite sei jederzeit bereit, uns ihre Auffassung zu den anstehenden Fragen darzulegen. Als Beispiel erwähnte der Außenminister die vorgesehene Debatte der Jerusalem-Frage im Sicherheitsrat²², die nichts anderes zum Ziele habe, als die Politik der Isolierung Israels fortzusetzen.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, daß Außenminister Abba Eban die Ergebnisse der Gespräche des Vortages gut zusammengefaßt habe und daß er dem zustimme. Soweit die Bundesregierung an einer Erörterung im Rahmen der Sechs zur Vorbereitung der Sicherheitsratssitzung beteiligt sei, werde sie gewiß die beim Besuch in Israel gemachten Erfahrungen einfließen lassen. Der Versuch, für Abstimmungen wie die im Sicherheitsrat eine gemeinsame Haltung zu entwickeln, gehöre aber gerade zu den Bemühungen, Europa auch in politischen Fragen zu einer Einheit zu bringen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden Einzelprobleme der bilateralen Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und zum Verhältnis der EG zu Israel erörtert. Hierzu werden besondere Aufzeichnungen angefertigt.

VS-Bd. 9870 (I B 4)

²² Die Debatten zur Jerusalem-Frage im UNO-Sicherheitsrat fand vom 16. und 25. September 1971 statt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1971, S. 183.

Aufzeichnung des Staatssekretärs Freiherr von Braun

St.S. 403/71 geheim

8. Juli 1971

Betr.: Weißbuch 1971 über die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland¹

Aus der Debatte im Kabinett vom 7. Juli zum geheimen Teil des Weißbuchs 1971 über die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland² halte ich folgendes fest:

- 1) Bundesminister Schmidt: Nixon müsse seine Wiederwahl³ als Friedenspräsident betreiben, sonst werde er abgewählt. Daher die amerikanische Haltung in SALT, MBFR, Vietnam.⁴
- 2) Alle bisherigen NATO-Übungen haben zum Schluß mit einer nuklearen Zerstörung wesentlicher Städte der BRD geendet, da eine konventionelle Gegenwehr nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt werden konnte.
- 3) Die nukleare Planungsgruppe sei daher angewiesen, ein Manöver anzusetzen, das nicht mit diesem Ergebnis ende.
- 4) Die Starfighter-Unfallrate sei 1970 gut gewesen, 1971 aber wieder schlecht und werde in Zukunft noch schlechter werden; 1970 habe die Bundeswehr im Vergleich zur Unfallrate anderer NATO-Verbündeter sehr gut abgeschnitten, im Vergleich zu den geflogenen Kilometern von der vorletzten auf die zweite Stelle aufgerückt.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob das Kabinett unter diesen Umständen noch die Verantwortung für das Weiterfliegen der Starfighter tragen könne.

Die ältesten Starfighter sind bereits verschrottet worden. Materialermüdung. Schon jetzt könnten die Starfighter nur bei gutem Wetter geflogen werden.

Hiermit dem Herrn Minister⁵ vorgelegt.

Braun

VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär)

¹ Vgl. WEISSBUCH 1971/72: Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr. Im Auftrage der Bundesregierung herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung, [Bonn 1971].

² Für die geheimen Anlagen zum Weißbuch 1971/72 zur Sicherheit der Bundesrepublik und zur Entwicklung der Bundeswehr vgl. VS-Bd. 1685 (I A 7).

³ Am 7. November 1972 fanden in den USA die Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus, Teilwahlen zum Senat und Gouverneurswahlen statt.

⁴ Am 5. Juli 1971 gab Bundesminister Schmidt gegenüber dem französischen Verteidigungsminister Debré folgende Einschätzung der amerikanischen Politik: „Man müsse davon ausgehen, daß Präsident Nixon 1972 als Friedenspräsident dastehen wolle. Deshalb schenke er den SALT-Gesprächen, den Vier-Mächte-Besprechungen über Berlin und dem MBFR-Problem seine besondere Aufmerksamkeit. Von der amerikanischen Öffentlichkeit und besonders auch im Senat werde ein verstärkter Druck auf Verringerung der amerikanischen Präsenz in Europa und im Mittelmeer ausgeübt. Deshalb brauche Nixon, vor allem auch aus innenpolitischen Gründen Erfolge in bezug auf MBFR.“ Vgl. VS-Bd. 1524 (I A 7); B 150, Aktenkopien 1971.

⁵ Hat Bundesminister Scheel am 10. Juli 1971 vorgelegen.

Gesandter Wickert, London, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12588/71 geheim
Fernschreiben Nr. 1645

Aufgabe: 9. Juli 1971, 18.20 Uhr
Ankunft: 9. Juli 1971, 21.54 Uhr

Betr.: MRCA – Bedeutung des Projekts aus britischer Sicht

I. Seit Bekanntwerden der Haushaltskürzungen durch die Bundesregierung¹, insbesondere im Verteidigungsbereich, mehren sich in Großbritannien Stimmen der Besorgnis, ob möglicherweise auch das MRCA-Projekt den Einsparungsmaßnahmen zum Opfer fallen könnte.

Eine Fortdauer der Unsicherheit und Zweifel über die Haltung der Bundesregierung zu diesem größten Projekt deutsch-britischer Zusammenarbeit würde nicht nur dem Ruf unserer Seriosität und Zuverlässigkeit schaden, sondern sich überhaupt störend auf das bilaterale Verhältnis auswirken.

Durch den Konkurs von Rolls-Royce im Februar 1971 und die Unsicherheit um das Triebwerk RB 211 für Lockheed² hat das MRCA-Triebwerk RB 199 eine besondere Bedeutung für die britische Luftfahrtindustrie gewonnen. Eine Aufgabe des MRCA-Projekts würde daher nachteilige Folgen im politischen, wirtschaftlichen, militärischen und wehrtechnischen Bereich haben, die zur Zeit nicht abgesehen werden können.

II. Bereits in der Planungsphase waren sich die Partnerländer darüber im klaren, daß die Kosten des MRCA höher sein würden als vergleichbare andere Entwicklungen (z. B. in den USA). Dennoch entschied man sich im Interesse einer europäischen Zusammenarbeit und der Entwicklung eines europäischen Kampfflugzeugs für dieses Projekt. Die MRCA-Entscheidung lag also von Anfang an weniger im wirtschaftlichen als vielmehr im politischen und militärischen Bereich.

Das MRCA-Projekt ist das größte bilaterale (wenn man den Anteil Italiens unberücksichtigt läßt) und zugleich das größte europäische Entwicklungs- und Fertigungsprogramm schlechthin. Es nimmt wirtschaftlich aber auch politisch den britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften in mancher Hinsicht vorweg. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, zu einem Zeitpunkt, wo wir Europa politisch, technologisch und wirtschaftlich stärken und zusammenführen wollen, einer derart zukunftsorientierten Industrie durch Aufgabe des MRCA-Projekts die Entwicklungschance drastisch zu beschneiden, wenn nicht gar zu nehmen. Würde die Bundesregierung vom MRCA-Projekt zurücktreten, so würde das Vertrauen auf uns als Partner und auf unser Durchhaltevermögen in kritischen Phasen erheblich leiden. Die jetzige Regierung hatte früher oft das „Instant Government“ Wilsons angegriffen, d. h. die ständigen Kurswechsel, Neuorientierungen usw. Im Gegensatz dazu hatten die Tories versprochen,

¹ Am 9. Mai 1971 beschloß das Kabinett Maßnahmen zur Einschränkung der öffentlichen Ausgaben in der Bundesrepublik. Vgl. dazu BULLETIN 1971, S. 709 f.

² Zum Konkurs der Firma Rolls-Royce Ltd. sowie zum Liefervertrag mit Lockheed vgl. Dok. 47, Anm. 2 und 3.

nicht von Tag zu Tag zu regieren und zu regieren, sondern eine langfristig orientierte Politik und weitgestreckte Ziele, auch wenn sich Schwierigkeiten ergeben, zäh weiter zu verfolgen. Sie haben das Versprechen bisher auch eingehalten, obwohl die Versuchung zu Kurskorrekturen angesichts wirtschaftlicher oder politischer Zwänge manchmal groß war, nicht zuletzt in der Beitrittspolitik.

Die konsequente Haltung hat Heath auch bei seinen Gegnern Achtung verschafft und der Regierung wieder Vertrauen eingebracht. Die Regierung vertraut uns und glaubt, daß man gemeinsam mit uns auch große, langfristig angelegte Projekte durchführen kann. Gegen diesen Hintergrund gesehen würde eine Aufgabe des MRCA-Projekts sehr schlecht wirken.

Ferner würde die seit Jahren besonders gut funktionierende bilaterale strategische, militär-taktische und wehrtechnische Zusammenarbeit allgemein entmutigt werden. Dies könnte als weitere Folge eine verstärkte Hinwendung Großbritanniens zu Frankreich nach sich ziehen und sich auf viele Bereiche des deutsch-britischen Verhältnisses und der Zusammenarbeit negativ auswirken.

Hinzu kommt, daß die Relation zwischen hohem Aufwand der britischen Luftfahrtindustrie und ihrem Anteil am Bruttosozialprodukt ebenso wie in anderen Ländern ungünstig ist. Die britische Luftfahrtindustrie braucht daher für ihre technologische Forschung und Entwicklung, zur Fortsetzung der Produktion und zur Sicherung der Arbeitsplätze mit Anreiz für die junge Ingenieurgeneration einen multinationalen Absatz- und Kapitalmarkt. Dieser kann nur in Europa liegen.

Wenn wir von dem MRCA-Projekt zurückträten, wäre das Wasser auf die Mühle der Beitrittsgegner. Besonders die Labour-Abgeordneten, die für den Beitritt sind, vor allem Healey, der sich persönlich energisch für das Projekt eingesetzt hat, kämen dadurch in eine schwierige Lage. Das Echo auf eine Aufgabe des MRCA-Plans wäre sehr groß, die Wirkung im politischen Bereich schwer abzu sehen.

Von hier aus gesehen sprechen daher alle Gründe dafür, das Projekt nicht nur am Leben zu halten, sondern auch zu fördern und alle Zweifel über unsere Haltung auszuräumen.³

[gez.] Wickert

VS-Bd. 9833 (I A 5)

³ Am 9. September 1971 teilte das Bundesministerium der Verteidigung mit, daß die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien eine Fortsetzung des MRCA-Projekts beschlossen hätten: „Die erste Phase war für 3 ½ Jahre geplant und führte zum Erstflug des ersten Prototyps. Die Überprüfung ist durchgeführt und hat bestätigt, daß die Erwartungen hinsichtlich Leistung, Termin und Kosten erfüllt wurden. Die geschätzten Flugzeug-Bedarfszahlen wurden nicht verändert. Auf Grund des zufriedenstellenden Ergebnisses der Überprüfung haben alle drei Regierungen einer Fortsetzung der gemeinsamen Entwicklungsarbeit an diesem Projekt zugestimmt, ohne die Arbeits- und Kostenteilung zu verändern. Dieses Programm bleibt für die zukünftige Ausrüstung der drei Luftwaffen und der deutschen Marine von größter Bedeutung.“ Vgl. AdG 1971, S. 16525.

Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem französischen Botschafter Sauvagnargues

I B 4-82.20/92.19-1782/71 VS-vertraulich

12. Juli 1971¹

I. Der *französische Botschafter* suchte Herrn Staatssekretär Dr. Frank wegen der angeblichen Äußerungen des Herrn Bundesministers gegenüber der Presse in Israel im Zusammenhang mit dem EG-Nahost-Papier² und einer diesbezüglichen Äußerung des Regierungssprechers vom 9. Juli 1971³ zu einem etwa einstündigen Gespräch auf.

Er legte eingangs auf die Feststellung Wert, daß es sich um eine Vorsprache aus eigener Initiative handele. Der französische Außenminister habe ihn angewiesen, im Bundeskanzleramt vorzusprechen, er habe jedoch vorgezogen, sich zunächst Erläuterungen im Auswärtigen Amt geben zu lassen, bevor er weitere Schritte in Erwägung ziehe.

Zur Sache stellte er fest, daß das Interview des Herrn Ministers in der Zeitung „Jerusalem Post“ und die Erklärung des Sprechers der Bundesregierung vom 9. Juli eine „*crise sérieuse*“ in den deutsch-französischen Beziehungen ausgelöst haben, die Auswirkungen auf die gesamte politische Zusammenarbeit in Europa haben könnte, umso mehr, als keine offiziellen Dementis erfolgt seien. Diese Krise sei ihm aus anderen Gründen höchst unwillkommen (Berlin?) und gesellte sich zu dem monetären Problem in Europa („*we agreed to disagree*“).

Außenminister Schumann sei, wie er Herrn Staatssekretär Frank persönlich mitteilen wolle, „*outragé*“⁴, weil sich der Herr Bundesminister kurz zuvor bei

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bente am 13. Juli 1971 gefertigt.

Hat Staatssekretär Frank am 13. Juli 1971 vorgelegen.

² Bundesminister Scheel hielt sich von 7. bis 10. Juli 1971 in Israel auf. Zu den Gesprächen mit Ministerpräsidentin Meir und Außenminister Eban vgl. Dok. 237, Dok. 238 und Dok. 243.

Für den im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten Nahost-Bericht vom 13./14. Mai 1971 vgl. Dok. 143.

³ In der Presse wurde über Äußerungen des Staatssekretärs Ahlers, Presse- und Informationsamt, berichtet: „In Bonn hat Regierungssprecher Ahlers laut dpa vor Journalisten erklärt, die Bundesregierung interpretiere die Resolution des Sicherheitsrats zum Nahost-Konflikt im Sinne des englischen Textes. Die englische Version sagt, daß Israel seine Truppen ‚aus besetzten Gebieten‘ zurückziehen soll. Die französische Fassung hingegen, auf die Paris pocht, besagt: ‚Aus den besetzten Gebieten.‘ Ahlers unterstrich, daß die Bundesregierung ‚immer den englischen Text zugrundegelegt‘ habe. ‚Darüber hat es nie einen Streit gegeben.‘“ Vgl. den Artikel „Scheel betont die wachsende Freundschaft mit Israel“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Juli 1971, S. 6.

⁴ Dazu berichtete Botschafter Ruete, Paris, am 9. Juli 1971: „Außenminister Schumann bestellte mich heute abend und empfing mich mit allen Zeichen höchster Erregung. Er sagte, er bedaure, mich mit einer äußerst unangenehmen Mission betrauen zu müssen in einer Angelegenheit, die nicht nur ihn persönlich, sondern die gesamte fr[an]z[ösische] Regierung sehr erregte. Er komme gerade aus dem Elysée, wo man seine Ansichten in vollem Umfange teile. Es handele sich um die Erklärungen des Herrn Bundesministers während seines Israel-Besuchs zum Nahost-Papier der Sechs. [...] Der Herr Bundesminister habe noch bei den Gesprächen in Bonn ausführlich zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung sich voll mit dem Papier identifiziere, gleichzeitig habe Minister Schumann dem Minister versichert, daß auch die fr[an]z[ösische] Regierung voll zu dem Nahost-Papier stehe. Es handele sich keineswegs um ein Arbeitspapier, sondern das Arbeitspapier sei nach Annahme des gemeinsamen Textes durch die Minister ein Regierungspapier geworden. Dieses ha-

den deutsch-französischen Konsultationen⁵ erboten habe, die Haltung der Sechs in Tel Aviv zu verteidigen, und Minister Schumann auch nicht die geringsten Zweifel gehegt habe, daß er dies tun würde.

Die Veröffentlichung in der „Jerusalem Post“ und die Erklärung von Staatssekretär Ahlers hätten demgegenüber auf französischer Seite den Eindruck erweckt, daß a) entgegen den klaren Ausführungen des EG-Nahost-Papiers in der Grenzfrage: „Rückzug aus den besetzten Gebieten“ wir die Nahost-Entschließung des Sicherheitsrates⁶ nunmehr nach dem englischen Wortlaut interpretierten: „Rückzug aus Gebieten“, b) daß gegenüber der israelischen Regierung der Eindruck erweckt worden sei, daß ein klarer Gegensatz in der deutschen und französischen Haltung in bezug auf das EG-Papier bestünde. Dies aber widerspreche der Tatsache, daß es von den Ministern der Sechs angenommen worden sei und damit verbindlichen Charakter für die beteiligten Regierungen erhalten habe.

Er sei zwar kein Nahost-Experte, aber seines Wissens habe die französische Regierung niemals den Standpunkt vertreten, der Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten sei eine Voraussetzung (*précondition*) zu allen weiteren Maßnahmen, sondern er sei selbstverständlich an die Erfüllung gewisser Schritte auch seitens der arabischen Staaten gebunden. Festzuhalten sei doch, daß die Nahost-Resolution des Sicherheitsrates vom November 1967 den Erwerb großer Teile des heute von Israel besetzten Gebietes im Austausch gegen Friede und anerkannte Grenzen für Israel verhindern möchte, was, wie alle Großmächte betonen, die „*rectifications mineures*“ der Grenzen ausschliesse. Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland könnte es eigentlich nicht in bezug auf die Rückzugsfrage geben, sondern allenfalls eines Tages in der Frage: „Was sind *rectifications mineures*?“

Weder er noch sein Minister verstünden daher die bekannt gewordenen deutschen Stellungnahmen.

II. Herr Staatssekretär *Frank* begann seine Erwiderung zunächst mit der Bemerkung, er sei über die Vorsprache des Herrn Botschafters keineswegs erstaunt. Er habe Herrn Bundesminister Ehmke im Zusammenhang mit der Berichterstattung der Öffentlichkeitsmedien über die Reise des Herrn Bundesministers nach Israel erklärt: „Wenn dies so weiter geht, dann zerstören Fernsehen und Presse die auswärtige Politik.“ Er könne dem Botschafter förmlich versichern – und dies wiederholte er mehrere Male –, daß der Herr Bundesminister der Zeitung „Jerusalem Post“ kein Interview gewährt habe; lediglich die auf der Pressekonferenz vor der Öffentlichkeit gemachten Ausführungen⁷ hät-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1113

be man auch bei den Gesprächen in Bonn bestätigt.“ Schumann vertrat die Ansicht, daß Bundesminister Scheel „Frankreich desavouiert“ habe. Bislang habe er „mit dem Herrn Bundesminister gerne und aufs engste zusammengearbeitet. Diese Angelegenheit werfe aber die Frage nach der Möglichkeit der weiteren politischen Zusammenarbeit auf.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2025; VS-Bd. 9785 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

⁵ Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 5./6. Juli 1971 vgl. Dok. 228–Dok. 230, Dok. 232, Dok. 233 und Dok. 235.

⁶ Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 70, Anm. 15.

⁷ Am 9. Juli 1971 hielt Bundesminister Scheel eine Pressekonferenz in Jerusalem ab. Auf die Frage: „What is your government's position towards the American conception that peace in the Middle East requires Israel's readiness to evacuate all territories, except for minor changes? In view of your

ten verbindlichen Charakter. Was die Erklärungen von Herrn Staatssekretär Ahlers anbelangt, so müßten Mittel und Wege gesucht werden, um zukünftig zu verhindern, daß Erklärungen von Persönlichkeiten abgegeben werden, die nicht am Verhandlungsort selbst zugegen sind (hieran knüpfte der Herr Staatssekretär noch einige persönliche Bemerkungen).

Er erläuterte hierauf die Maßnahmen, die von unserer Seite ergriffen worden sind, um die beteiligten Regierungen schnellstens über die Tatsachen zu unterrichten (Schreiben an Außenminister Schumann⁸ etc.). Botschafter Sauvagnargues zeigte sich sichtlich erleichtert, insbesondere, weil in diesem Schreiben auch darauf hingewiesen wird, daß die „Jerusalem Post“ kein Interview des Herrn Bundesministers erhalten hat.

Herr Staatssekretär Frank wies in seinen weiteren Ausführungen auf die Komplexität dieses ersten offiziellen deutschen Besuches in Israel hin und die ungeheuren psychologischen Schwierigkeiten, die mit ihm verbunden gewesen wären. Er illustrierte dies an der unvorhergesehenen vierzigminütigen Anspra-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1114

support for the Jarring mission, does it mean that your government will welcome a favorable reply of Israel to this mission?“ antwortete Scheel: „Zu Frage 1 kann ich wiederholen, was ich zum Problem Jerusalem gesagt habe: Ich halte es für unangemessen, in diesen Einzelfragen öffentlich Meinungen zu diskutieren, es sei denn von denen, die direkt beteiligt sind. Aus diesem Grunde haben die sechs Minister der EWG und die zehn Minister der erweiterten EWG sich zu diesen Einzelfragen ebenfalls in der Öffentlichkeit nicht geäußert. Wir unterstützen die Jarring-Mission und wünschen, daß man ihren Erfolg erleichtert.“ Vgl. BULLETIN 1971, S. 1178.

⁸ In dem Schreiben vom 12. Juli 1971 nahm Bundesminister Scheel Bezug auf den Bericht des Botschafters Ruete über sein Gespräch mit dem französischen Außenminister Schumann vom 9. Juli 1971. Scheel führte aus: „Ich habe dem Bericht des Botschafters entnommen, daß Sie, lieber Herr Kollege, die gesamte französische Regierung und der Herr Präsident der Französischen Republik sehr erregt seien über das, was Sie die Desavouierung der französischen Regierung nennen. Diese soll durch meine angeblichen Erklärungen in Israel über die politische Zusammenarbeit der sechs EWG-Staaten zum Nahost-Problem erfolgt sein. Lassen Sie mich in aller Offenheit sagen, daß ich überrascht bin, daß Sie Ihre Äußerungen unserem Botschafter gegenüber auf eine Pressemeldung gegründet haben, die meine Äußerungen zu dem Bericht der politischen Direktoren weder in den Verhandlungen noch in meiner Pressekonferenz korrekt wiedergibt. Betroffen bin ich von Ihrer Äußerung, daß Sie, wie mir Botschafter Ruete berichtete, keinen Zweifel an der Richtigkeit der Wiedergabe der Meldung (durch die „Jerusalem Post“) hegten, bevor Sie meine Darstellung der Gespräche kannten.“ Scheel fügte dem Schreiben eine Aufzeichnung über seine Gespräche in Israel bei und betonte: „Auch Ihnen gegenüber, lieber Kollege, stellt der beigefügte vertrauliche Vermerk die verbindliche Unterrichtung dar. Nach dessen Lektüre werden Sie mir sicherlich darin zustimmen, daß meine Gespräche mit der israelischen Regierung einen konstruktiven Beitrag zu einer ausgewogenen und ruhigen Behandlung dieses schwierigen und gefährlichen Problems im Interesse des Friedens darstellen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3417; VS-Bd. 9870 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1971.

In der beigefügten Aufzeichnung wurde erläutert: „Der Bundesaußenminister hat demgegenüber den deutschen Standpunkt auf der Basis des veröffentlichten Beschlusses der Sechs vom 14. Mai d.J. und des zugrunde liegenden gemeinsamen Arbeitspapiers dargelegt, dessen einstimmige Billigung durch die sechs Außenminister er sowohl gegenüber seinen Gesprächspartnern als auch in seiner abschließenden Pressekonferenz hervorgehoben hat. Diese Arbeitsgrundlage selbst hat er natürlich nicht diskutiert, da die israelische Regierung, die sich übrigens gut unterrichtet zeigte, keine offizielle Kenntnis von ihr hat. Der Bundesaußenminister hat besonderen Wert darauf gelegt zu betonen, daß die Sechs das Prinzip der Regelung durch Verhandlungen bejahten, daß das Recht Israels auf eine gesicherte staatliche Existenz allseits anerkannt werde und daß die Haltung der Sechs in der Grenzfrage der britischen und amerikanischen sehr ähnlich sei (die ja unbedeutende – minor – oder unwesentliche – unsubstantial – Grenzänderung als Verhandlungsziel einschließt).“ Vgl. VS-Bd. 9870 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1971.

che des Herrn Gideon Hausner in Yad Vashem und dem Erfordernis einer sofortigen, unvorbereiteten Stellungnahme des Herrn Bundesministers.⁹

Der Herr Bundesminister habe sich trotz dieser großen Schwierigkeiten seiner Aufgabe mit großer Würde unterzogen. Er habe gehalten, was er zugesagt habe, nämlich das EG-Papier verteidigt und sich nicht von ihm distanziert, sondern lediglich darauf hingewiesen, daß die Haltung der Sechs in der Grenzfrage der britischen und amerikanischen sehr ähnlich sei. Dies sei etwas anderes als die angebliche Erklärung, wir machten den englischen Wortlaut der Nahost-Resolution zur Grundlage unserer Nahost-Politik. Es sei also keineswegs der Eindruck erweckt worden, daß ein Gegensatz zwischen der deutschen und der französischen Haltung bestünde.

Die Diskussion territorialer Fragen habe der Herr Bundesminister trotz israelischen Drängens (Hinweis auf die Wiedervereinigung Jerusalems, die Nichtverhandlungsfähigkeit der Golan-Höhen und Sharm-el-Sheiks) strikt abgelehnt. Alles, was sonst von dritter Seite als Meinungsäußerung des Herrn Ministers zu diesem Fragenkomplex gesagt oder geschrieben worden sei, treffe nicht zu.

Bemerkenswert seien zur Frage der Sicherheit Israels im übrigen die Ausführungen der Frau Meir gewesen, die den Herrn Staatssekretär außerordentlich beeindruckt haben. Sie habe bei aller persönlicher Gelassenheit klar zu erkennen gegeben, daß es die tiefe Sorge um den Fortbestand des israelischen Staates sei, die sie in ihrer Politik leite.

Hieran anschließend äußerte Herr Staatssekretär Frank sein Erstaunen darüber, daß der französische Außenminister seine Demarche beim deutschen Botschafter in Paris ausschließlich auf Presseinformationen gestützt und nicht zunächst eine amtliche Information von deutscher Seite abgewartet hätte. Man hätte sich doch auf verschiedenen Konferenzen kennen- und schätzengelernt. Ein solches Vorgehen entspräche eigentlich weder dem Stand der deutsch-französischen noch der persönlichen Beziehungen. Wenn sich in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch nicht die Frage des Vertrauens stellte, sei dies doch sehr bemerkenswert.

Botschafter *Sauvagnargues* warf hier entschuldigend ein, daß die Demarche durch einen Drahtbericht der französischen Botschaft in Bonn ausgelöst worden sei, mit dem seinem Minister der Wortlaut der Erklärung des Regierungssprechers vom 9. Juli übermittelt worden sei und die Wirkung des „feu au poudre“ gehabt hätte. Möglicherweise wäre es dazu nicht gekommen, wenn er, *Sauvagnargues*, zum Zeitpunkt der Erklärung Ahlers' in Bonn gewesen wäre.

⁹ Dazu wurde in der Presse gemeldet: „Mr. Gideon Hausner, M.K., chairman of the Yad Vashem Council, addressed the visitor with a fervent declaration that Germany's only way to repent for its crimes and for the death of six million Jews was to assure Israel's survival and to support its security. Stressing that Israel could have expected better understanding of its problems and needs by the German Government, Mr. Hausner said that Germany should let Israel decide for herself what her secure boundaries should be. [...] Mr. Hausner, who was the chief persecutor at the Eichmann trial in Jerusalem 10 years ago, also pointed out that a considerable number of Nazi war criminals had not been brought to trial and that, in many cases where trials had taken place, the sentences passed had been ridiculously light. [...] Mr. Scheel agreed that he would have liked to see justice done, but explained the difficulties in bringing people to trial after so many years.“ Vgl. den Artikel „Scheel Starts Israel Visit at Yad Vashem“, THE JERUSALEM POST vom 8. Juli 1971, S. 8.

Es entspann sich noch eine Diskussion darüber, durch wen die israelische Regierung Kenntnis von dem Inhalt des EG-Papiers erhalten haben könnte. Herr Staatssekretär *Frank* wies in diesem Zusammenhang auf die weitgehende Unterrichtung des UN-Generalsekretärs¹⁰ durch den französischen UN-Botschafter¹¹ hin.

Der Abgeordnete Birrenbach habe außerdem bei einem Besuch in Tel Aviv berichtet, daß ihm aus einem allerdings älteren französischen Papier zitiert worden sei. Botschafter *Sauvagnargues* ließ demgegenüber durchblicken, daß man auf französischer Seite annehme, die Deutschen hätten Botschafter Ben-Horin ins Bild gesetzt. In diesem Zusammenhang kam Staatssekretär *Frank* auf den mangelnden Informationsaustausch der EG-Regierungen untereinander zu sprechen, der aber im Grunde eine erforderliche Ergänzung für eine gedeihliche politische Zusammenarbeit in Europa sei. „Wer weiß zum Beispiel,“ so führte Herr Staatssekretär aus, „was etwa die italienische Regierung in Tel Aviv oder in Kairo zu den nahöstlichen Problemen erklärt?“

Nach einer nochmaligen kurzen Unterhaltung über den Inhalt des EG-Papiers, bei der übereinstimmend festgestellt wurde, daß ein Dissens wegen seiner klaren Formulierungen eigentlich nicht möglich sei, unterstrich Herr Staatssekretär *Frank* nachdrücklich den Erfolg des Ministers in Israel, dem es gelungen sei, die grundsätzlichen Bedenken der israelischen Regierung gegenüber der Beratung der Sechs zu verringern und sie insbesondere von der Furcht zu befreien, Europa versuche Israel politisch zu isolieren und trete für ein Friedensdiktat ein. Dies sei nach seiner Auffassung ein eindeutiger Erfolg.

VS-Bd. 9870 (I B 4)

¹⁰ Sithu U Thant.

¹¹ Jacques Kosciusko-Morizet.